

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando:
Vierteljährlich 3,30 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
wöchentlich 25 Pf., frei ins Haus.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühren
betragen für die geschaltelten Kolonellen
jeils ober deren Raum 40 Pfg., für
politische und gewerkschaftliche Berichts-
und Versammlungs-Anzeigen 20 Pfg.

Telegramm-Adresse:
„Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.
Fernsprecher: Amt I. Nr. 1508.

Donnerstag, den 6. März 1902.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.
Fernsprecher: Amt I. Nr. 5121.

Johann Jacoby.

(Zum 25jährigen Gedenktage seines Todes.)

Im deutschen Reichstag, das seine gewaltigen Steinmassen am
Königsplatz türmt, deutet kein künstliches Wahrzeichen auf die Be-
stimmung eines Volkshauses des allgemeinen, gleichen Wahlrechts:
Überall heraldischer Schnitzschmuck, unpolitische Wandbilder, dynastischer
Pomp. Bronzene Ritterpuppen sollen in der mächtigen Wandelhalle
Aufstellung finden, ein Kaiser steht auf dem Schlussstein des Hauses,

Zu einem Trödelmarkt ist der in dem, seinen edlen Beruf ver-
leugnenden und verrätenden Hause betriebene bürgerliche Par-
lamentarismus geworden, eine Agentur für die Geschäftsinteressen
der besitzenden Klassen, eine Stätte kleinlichen Profitstrebens, der
Unwahrheit und Unehrlichkeit, des Schachers und der Liebedienerei.

„Ja, ich gehöre zur äußersten Opposition gegen Unrecht und
Unwahrheit“, rief vor 61 Jahren der große Vorkämpfer dieses
bürgerlichen Parlamentarismus dem anliegenden Staatsanwalt zu.
Niemand mehr aus dem Bürgertum würde heute solch ein Bekenntnis
wagen. Die gefällige Bourgeoisie hat längst alle „Ideologie“
abgestreift, moralische Begriffe gehören nicht in die Politik, wenn
ihre Proklamierung nicht gelegentlich als Heuchelei nützlich scheint,

Dennoch — nicht alle würden lachen. Dort auf der linken
Seite des Hauses, wo die Vertreter des Proletariats sitzen, würde
man ihm dankend und ehrfurchtsvoll die Hand schütteln, und der
bescheidene Mann würde sich still zu ihnen gesellen und er würde in
lächelnd-beglückter Gelassenheit ihnen sagen: „Es ist zwar anders
gekommen, wie ich einst hoffte, die menschliche Entwicklung schreitet
langsam und die Hindernisse türmen sich scheinbar in noch höherem
Maße, wie die Kraft, sie zu überwinden. Gewiß, die Dräben sind
schlimm verwickelt, eine traurige Gesellschaft von Wechsellern und
Händlern. Dafür seid Ihr aber herrlich über mich hinausgewachsen.“

Und wenn dann einst der Tag kommt, da das Proletariat zur
herrschenden Macht geworden, dann wird in der Wandelhalle des
deutschen Reichstages all der mittelalterliche Plunder verschwinden
und die unscheinbaren Männer in warmemem Abbild Platz finden,
die einst für die deutsche Einheit stritten und litten, als die Fürsten
und Junker noch diese Unstutzler mit ihren Hofsäckern verfolgten, mit
Pulver und Blei zu vernichten trachteten. In dieser Ahnengalerie
der deutschen Volkserhebung wird der Dr. Johann Jacoby aus
Königsberg in Preußen die Reihe beginnen.

Mit den „Vier Fragen eines Ostpreußen“, die 1841 erschienen,
wurde die bürgerliche revolutionäre Bewegung in Preußen ihrer selbst
bewußt. Als wir alle noch in politischer Finsternis lebten, trat
Johann Jacoby aus dem Dunkel hervor, fertig, klar, glänzend,
lähn, und ward der Schöpfer des politischen Lebens in Preußen —
so bekannte später Franz Hegler. Seit dieser Zeit wehte Märzen-
luft. Das Jahr 1848 löste die vier Fragen, um sie dann auf

Menschenalter hinaus wieder zu verwirren. „Deutschlands
Ferrikenheit hat Jahrhunderte lang Schmach und Elend auf
uns gehäuft. Nur die Einheit kann uns Heil bringen. Als
in den Tagen des März die deutschen Stämme sich gegen ihre Ver-
drücker erhoben, hat jeder einzelne Stamm seinen Willen kundgethan:
fortan soll Deutschland ein freies und einig Reich sein. . . .
Was in der Stunde begeisterter Erhebung jeder einzelne Stamm sich
gelobte, das soll jetzt von der Gesamtheit feierlich proklamiert, durch
den Gesamtwillen des souveränen deutschen Volkes ausgeführt
werden. Der deutsche Reichstag ist das Mittel, um die Ein-
heit des Vaterlandes auf dem Wege friedlicher Umgestaltung zu
erzielen! Wer Deutschlands Einheit will, der muß die Macht, die
Kraft des Volksparlamentes fördern. Wer dieser Macht entgegen-
tritt, wer sie hemmt oder schwächt, der ist ein Feind des Vater-
landes.“ So rief Johann Jacoby am 18. Mai 1848 aus.

Es ist anders gekommen, wie er hoffte. Eine Einheit wurde in
Blut gelitten, die Freiheit wurde im Waffenlärm zertreten. Johann
Jacoby erlebte noch diese Entwicklung. Aber er ließ sich weder in
sie hineinreißen noch durch sie entmutigen. Er packte sich nicht
dem liberalen Renegatentum an, wie so viele andre, er wurde sich
nicht selbst untreu und brauchte sich deshalb auch nicht vorzulügen,
wie er mit den Jahren vernünftiger und einsichtiger geworden;
Selbstverrat wählte ja stets diese Formel der Entschuldigung. Aber
er verlor auch nicht den Glauben an seine Ideale. Wie er dem
König Friedrich Wilhelm IV. 1848 aus feiner unanfängliche Geberde
das Wort entgegen schleuderte: „Das eben ist das Unglück der Könige,
daß sie die Wahrheit nicht hören wollen“ — so wagte er es auch, dem
im Erfolgsrausch dreier Kriege geblendeten Bürgertum die
geheilende Wahrheit ins Gewissen zu rufen, auch wenn er ganz
allein stand.

Nach Königgrätz schrieb er über die „Nationalen“ und die
„praktischen Politiker“:

„Ihnen ist die staatliche Einigung der Nation nicht Mittel zu
einem höheren Zweck, sondern absoluter End- und Selbst-
zweck. Volkrecht, bürgerliche Freiheit, öffentliche Moral, die ganze
Kulturentwicklung der Menschheit — alles das sind Dinge, die sich
der absoluten Nationalitätsforderung unterzuordnen
haben. Die Idee der Nationalität ist der Grundton, alle andern
Ideen sind Nebentöne, die dem Grundton folgen müssen. Weht es
nicht auf friedlichem Wege, so muß Blut und Eisen die Nation zu-
sammenhelfen: durch das Schwert muß die Einheit geschaffen
werden, lautet die Parole dieser Staatsmänner.“

Unwillkürlich wird man an die Worte des Wächters in
Wallensteins Lager erinnert:

Alles Weltregiment, muß Er wissen,
Von dem Stocke hat ausgehen müssen, —
Und das Scepter in Königshand
Ist ein Stocd nur, das ist bekannt.

Der Kaiser Napoleon ist der Erfinder dieser modernen
„Nationalitätslehre“.

Nur bevor Bismarck mit dieser Napoleonschen Nationalitätslehre
über den kleinen Buonaparte, der Schüler über den Meister trium-
phierte, übertrönte Johann Jacoby den brandenden Blut- und Eisen-
Nationalismus mit dem lähn, prophetischen Wort: „Wenn unsre
Staats- und Gesellschaftsordnungen, die glorreichen Errungenschaften
der Blut- und Eisenpolitik als eine verschollene Sache längst der Ver-
gessenheit anheimgegeben, wird man es unsrer Zeit noch als Verdienst
anrechnen, daß sie den Genossenschaftsgeist, den Keim aller mensch-
lichen Tugend und Größe, in der Arbeiterwelt belebt und gepflegt
und — dadurch den Grund gelegt hat zu einem neuen, auf dem
Princip der Gleichheit und Brüderlichkeit beruhenden, wahrhaft sitt-
lichen Gesellschaftsleben. Die Gründung des kleinsten
Arbeitervereins wird für den künftigen Kulturhistoriker von
größem Wert sein, als — der Schlagschlag von Sadowa.“

Den Sedanjubel beantwortete er mit einem unerschrockenen
Protest gegen die Annexion von Elsaß-Lothringen. Er häßte im
Herke. Und als zwei Jahre später die aufsteigende Socialdemo-
kratie durch den Leipziger Hochverratsprozeß in ihren Führern zu
Boden geworfen werden sollte, da protestierte der still gewordene
Mann gegen diese Gewaltpolitik des neu entstandenen Reiches, in
dem er öffentlich seinen Uebertritt zur Socialdemokrat
ver kündete.

Johann Jacoby war nicht eigentlich Socialist. Er war mehr
Idealist der Humanität als Gesellschaftskritiker. Gleichwohl trennte
ihn keine tiefere soziale Einsicht frühzeitig von dem bürgerlichen
Radikalismus. Schon 1848 forderte er nicht nur die politische, sondern
auch die soziale Umgestaltung; die staatliche Freiheit war ihm schon
damals nur ein Mittel für die soziale Befreiung, und er erkannte
scharf, daß in der „Zucht der Besitzlosen vor den Besitzenden“ die
Hauptgefahr für die 1848er Bewegung lag.

In der Vorrede zu der 1872 erschienenen Sammlung seiner Schriften
und Reden legte er in knappen Sätzen sein Glaubensbekenntnis nieder:
Er spricht von den „drei Zauberformeln“: Im Namen der Kirche
— im Namen des Staats — im Namen der Gesellschaft.
Durch diese dreifache Zauberformel habe seit jeder Herrschbegier und
Selbstsucht Einzelner den Geist, den Willen, die Arbeits-
kraft der Völker gefesselt und ausgebeutet.

„Die Kirche — das heißt die Annahme der Priester — sagt
zu dem Laien: Euer Geist ist zu schwach, die Wahrheit zu er-
gründen. Auf daß Ihr nicht in Irrtum und Sünde verfallt, müßt
Ihr — ohne Prüfung — glauben, was wir, die Dolmetscher
des göttlichen Geistes, als Wahrheit verstanden! . . .

„Der Staat — das heißt die Herrschaft der weltlichen Macht-
haber — sagt zu den Staatsangehörigen: ohne Unterordnung
keine Ordnung auf Erden! Nicht dem eignen beschränkten Urteile
dürft Ihr in Euren Handeln folgen, sondern dem, was wir als
Recht feststellen. . . .

„Die Gesellschaft — das heißt die Habgier der besitzenden
Klassen — sagt zu den Besitzlosen: Uns verdankt Ihr Arbeit und
Drot. Darum sollt Ihr von den Früchten Eures Schweißes und
so viel abgeben, als wir für billig erachten. Wollt Ihr dies nicht,
so steht es Euch frei, ohne Arbeit und Lohn zu verhungern.“

„Gedankenlos — willenlos — besitzlos ist die Masse des Volkes
den Zwecken der Kirche, des Staats, der Gesellschaft unterthan.“

Dann fährt Jacoby aus, wie sich zunächst die drei Mächte
untereinander beföhden, wie dem Thron, Altar und Geldmacht sich
verbünden, um den Forderungen der Freiheit und Gleich-
berechtigung Widerstand zu leisten.

Jetzt gilt es „den letzten, entscheidenden Kampf der unterdrückten,
freiheitbedürftigen Menschheit gegen den dreieinigen Feind!
Geistesfreiheit — Willensfreiheit — Arbeits-
freiheit — ist die Lösung.“

Man erkennt: Dies Glaubensbekenntnis ist wahrhaftig der
Weltanschauung des Proletariats.

Das Proletariat allein denkt denn auch heute des schlichten
Mannes, der ein Charakter von antiker Größe war. Das Proletariat
allein hat auch das sittliche Recht, Johann Jacobys Gedächtnis zu
feiern. Die reine Lust des klassischen weltbürgerlichen Deutschtums der
Leffing, Kant, Schiller, Goethe, Fichte weht um diesen revolutionären
Geist. An ihm mag sich der große, stolze Glauben an unsre welt-
geschichtliche Mission aufrichten, wenn er in den Notwendigkeiten der
kleinen, mühsamen, oft widerwärtigen Tageskämpfe zu erschaffen
und zu verzagen droht.

Verständigung der Agrarier mit der
Regierung.

In der Mittwoch-Sitzung der Tariffkommission wurde
unter Ablehnung des Erhöhungsvorschlages der Vorlage, der
bestehende Zoll für polierten und unpolierten Reis (Position
10 und 16), aufrecht erhalten, bei Weinsaat und Weindöl unter
Ablehnung noch weitergehender Anregungen die Zollfrage der
Regierung gebilligt. Abermals wurde durch die
Geschäftsführung des Vorsitzenden und die
Annahme eines Schlusantrages eine leb-
hafte Geschäftsordnungs-Debatte hervor-
gerufen. Die Mehrheit beschloß, mit dem Präsidenten des
Hauses darüber in Verbindung zu treten, daß und wie die
drei strittigen Geschäftsordnungs-Fragen dem Plenum und der
Geschäftsordnungs-Kommission vorzulegen seien. Graf
von Ballestrem lehnte aber ein Eingehen auf diese Materie ab, falls
nicht die Kommission mit einem Bericht an das Plenum treten
wolle. Als seine persönliche Ansicht sprach er aus, daß dem
Brauch des Hauses entsprechend die Kommission selbst ihre
Geschäftsordnung festzusetzen habe. Nunmehr wurde von der
Mehrheit und der Minderheit folgende Vereinbarung über
die strittigen Fragen (ohne Aufgeben ihres grundsätzlichen
Standpunktes) für die ferneren Sitzungen getroffen: 1. Auch
wenn ein Schlusantrag eingelaufen ist, muß das vor Beginn
der Abstimmung über den Antrag um das Wort nach-
suchende Kommissionsmitglied sofort das Wort erhalten;
2. der Antragsteller zu einer Tarifposition hat stets das Wort
zu erhalten, haben mehrere Mitglieder einen gleichen Antrag
gestellt, so haben sie zu vereinbaren, wer von ihnen das Wort
erhalten soll, 3. mit dieser Maßgabe sind Schlusanträge
in der Kommission zulässig. Durch diese Vereinbarung
ist der in andern Kommissionen herrschende Brauch bestätigt.

Auf diesen Friedensschluß folgten einige zu allseitiger
Nachgiebigkeit auffordernde Worte des Grafen v. Posa-
dowsky. Die Mehrheit der konservativen Partei scheint
sich mit den Grundzügen der Regierungsvorlage aus-
geschlossen und mit dem Grafen Posadowsky verständigt
zu haben, so daß in der nächsten Zeit wohl allein die Zoll-
gegner die Vorlage zu bekämpfen haben werden.

Nach den vielerlei Zollfragen winkt für die nächste
Sitzung die erste Dase Zollfreier Positionen. Position 16 will
Baumwollsamern, Ricinus samen und einige andre Samen
zollfrei lassen. Freilich belegt Position 164 Ricinusöl I
mit 9 M. (in denaturiertem Zustand mit 2 M.) Zoll. Die
Gegner jeder Obstruktion haben auch hier Zollfreiheit
beantragt.

Am Mittwoch wurde zunächst über die Positionen 10 und 161:
„Reis, unpoliert und poliert“, verhandelt. Die Vorlage sieht einen
Zoll von 4 M. auf unpolierten und von 6 M. auf polierten Reis
vor. Gothein (fr. Lg.) beantragt, den Zoll auf polierten Reis auf
4 M. herabzusetzen, die Socialdemokraten beantragen, den Reis
ganz zollfrei zu lassen.

Autria (Soc.): Gründe für die Erhöhung des Zolls auf polierten
Reis sind in der Vorlage nicht angeführt, es sei denn, daß man es
als Begründung ansieht, wenn behauptet wird, daß die Erhöhung
der Getreibeiz bewirke, daß der Reisverbrauch steigt und dem
Getreidepreis größeren Wettbewerb macht. Wie es heißt, soll die
Regierung eine Zollserhöhung ursprünglich nicht beabsichtigt haben,
die erst im Wirtschaftlichen Ausschuss verlangt worden sei. Eine
Rollage der Interessenten ist nicht vorhanden. Wenige große Kapi-
talisten haben das Reisgeschäft in Händen, sie sind in einem
Kartell verbunden und suchen die Konsumenten auszulündern.
Gerade der Reis ist von außerordentlicher Bedeutung für die
Ernährung der armen Volksschichten. Die Zollserhöhung des Reis,
der gar nicht im Inlande angebaut werden kann, beweist, in welchem
Maße die arbeitenden Klassen den Auswüchsergeleiten der
Junker preisgegeben werden sollen.



**Gamp (Rp.)** ruft: **Underschämt!**

Vorsitzender **Reitlich** ruft Antrick zur Sache.

**Antrick:** Der Ausplünderer ist ein kleiner Damm dadurch entgegengesetzt, daß deutsche Kapitalisten in Indien Reis- und Weizenmühlen eingerichtet und dem Kartell Konkurrenz gemacht haben. Wollte man diese Konkurrenz bekämpfen, dann kann es am besten geschehen, wenn man den Rohreis im Zoll herabsetzt. Durch die Festsetzung des Zolles auf polierten Reis von 4 auf 6 M. würde dem Kartell ein Profit von 8 Millionen Mark bewilligt werden. Freilich haben die Herren schon jetzt ein kleines Geschäft sich gesichert, indem ihnen schon heute bei der Einfuhr von poliertem Reis 18 Prozent für Abfälle berechnet werden, während tatsächlich je nach der Güte des Rohproduktes nur 12-15 Proz. Abfälle vorhanden sind. Berechnet man den Reis, dann verschlechtert man die Lebenshaltung der Arbeiter und auch die Landwirtschaft hat Schaden, denn Weizenmehl ist ein vorzügliches Futtermittel für die Mästung von Kälbern.

**Gothein** (fr. Vg.): Man hat uns mitgeteilt, daß die Zoll-Regulierung für Reis- und Weizenmühlen in Kraft bleiben soll. Würde man auf Rohreis einen Zoll von 4,00 M. festsetzen, so würde das einem Zoll für geschälten Reis von 4,58 M. entsprechen. Unser Hauptabgabegbiet für geschälten Reis war Oestreich-Ungarn. Dort haben deutsche Kapitalisten Schälmaschinen errichtet und nun verlangen sie, daß der Zoll erhöht werde. Diesem Drängen der deutschen Kapitalisten haben die Oestreicher nachgegeben.

**Seheimrat Van** sucht den Schutz Zoll für polierten Reis damit zu begründen, daß das Deutsche Reich in Europa das einzige Staatswesen sei, das nicht zwischen poliertem und unpoliertem Reis differenziere.

**Unterstaatssekretär v. Fischer:** Der Schutz Zoll für polierten Reis entspreche dem Ausbeuteverhältnis.

**Müller-Julda** (C.) und **Genossen** beantragen gleich **Gothein** den Zoll für polierten Reis auf 4 M. zu bemessen und die Anmerkung zu Position 161: „Polierter Reis zur Herstellung von Stärke unter Ueberwachung der Verwendung 4,00 M.“ demgemäß zu streichen.

Vorsitzender **Reitlich** teilt mit, daß ein **Schlusstrat** eingegangen sei und läßt sofort darüber abstimmen, obwohl **Stadhagen** (Soc.) sich inzwischen zur Geschäftsordnung gemeldet hat.

**Der Schlusstrat wird angenommen.**

Zur **Geschäftsordnung** wiederholt **Stadhagen** seinen gestrigen Protest gegen die Zulässigkeit von Schlusstraten in Kommissionen und beanstandet die Geschäftsführung des Vorsitzenden, weil dieser seine Wortmeldung zur Geschäftsordnung unbeachtet gelassen habe. Redner beantragt, seinen Protest zu Protokoll zu nehmen. Eine Verwaltungsverordnung lassen wir uns nicht gefallen. Wir werden später im **Plenum** beantragen, daß diejenigen Teile des **Zolltarifs**, die in **geschäftsordnungswidriger** Weise in der Kommission verhandelt worden sind, an die Kommission zurückverwiesen werden.

Vorsitzender **Reitlich** erklärt, es entspreche dem Brauche, daß in **Kommissionsverhandlungen** Schlusstrat zulässig seien.

**v. Kardorff** (Rp.) tadelt die Ausdrücke der sozialdemokratischen Redner, die es liebten, den Ton der Berliner Volksversammlungen in diese Kommission zu übertragen.

**Stadhagen** (Soc.) protestiert gegen diese Kritik. Der Ton der Sozialdemokraten sei doch besser, als der Ton im Circus Busch. Die Erregtheit der Majorität beweise, daß der **Reinheits-Anfang** für die **Abgeordneten der Rechten** zu zeitig sei, weil sie offenbar einen längeren Schlaf zur Veruhigung ihrer Nerven nötig hätten.

**Antrick** (Soc.) protestiert gegen den vom Vorsitzenden verübten Bruch der Geschäftsordnung. Der § 44 der Geschäftsordnung bestimme, daß jeder sofort zur Geschäftsordnung das Wort erhalten müsse.

Vorsitzender **Reitlich** erklärt, Graf **Vallastrem** habe ihm gesagt, es stehe nirgends in der Geschäftsordnung, daß die für das **Plenum** geltenden Bestimmungen auch auf die Kommissionen anzuwenden seien. Graf **Vallastrem** habe ihm gesagt, daß er vollkommen im Rechte sei, wenn er Schlusstrat zur Abstimmung bringe, ohne vorher eine Geschäftsordnungs-Debatte zuzulassen.

**Antrick** (Soc.) ruft in heftigster Erregung aus: Anstatt auf **südtliche Art die Geschäftsordnung zu mißbrauchen**, möge doch die Mehrheit den Mut haben zu erklären, daß **Gewalt vor Recht** gehen solle. Das Verfahren des Vorsitzenden gegen **Stadhagen** sei ganz ungebührlich.

Vorsitzender **Reitlich** erklärt es für unzulässig, dem Vorsitzenden so etwas vorzuerzählen.

**Dr. Heim** (C.) wünscht, daß das **Plenum** des Reichstages über die freitliche Geschäftsordnungsfrage entscheide, ob ein Schlusstrat in der Kommission zulässig sei oder nicht. Er habe nicht Lust, sich von den Sozialdemokraten Ungezogenheiten sagen zu lassen.

Vorsitzender **Reitlich** erklärt, der Ausdruck „Ungezogenheiten“ sei vielleicht nicht ganz am Platze gewesen.

**Dr. Paasche** (nl.) behauptet, im Lande herrsche die Meinung, daß die Minorität die Majorität vergewaltige.

**Dr. Müller-Meinungen** (fr. Vg.) bestreitet, daß dies der Fall sei. Das **Plenum** müsse nicht nur über die Frage der Schlusstratentscheidungen, sondern auch darüber entscheiden, ob Wortmeldungen zur Geschäftsordnung vor der Abstimmung über Schlusstrat zu berücksichtigen seien.

Vorsitzender **Reitlich** behauptet, er sei durch die Meldungen zur Geschäftsordnung in seinen Ausführungen unterbrochen worden.

**v. Wangerheim** (L.): Herr **Stadhagen** scheint sich für eine sehr bedeutende Persönlichkeit zu halten, wenn er verlangt, daß man seine Erklärung zu Protokoll nehme.

**Stadhagen** (Soc.): Ich wundere mich nicht darüber, daß **Wangerheim** sich mit einer Retortenschlacht zu rächen sucht; ein Protest muß selbstverständlich in das Protokoll aufgenommen werden. Wenn ich es ausdrücklich verlangt habe, so ist das nur eine Erinnerung für den Schlichter gewesen. Die Anstöße der Schlusstratentscheidungen hat sich seit etwa zehn Jahren in den Kommissionen eingebürgert, aber wenn es geschieht ist, so war es nur zulässig, weil kein Widerspruch vorhanden war; soll es Gebrauch werden, daraus ein Recht zu bilden, wenn man stillschweigend etwas zuläßt, dann werden wir im **Plenum die Konsequenzen daraus ziehen und nur Beschlüsse von einem beschlußfähigen Hause fassen lassen**.

**Kardorff** (Rp.): Wenn ein Schlusstrat vorliegt, muß erst darüber abgestimmt werden, bevor das Wort zur Geschäftsordnung erteilt werden kann.

**Dr. Heim** (C.) bestreitet, daß die Absicht besteht, die Minorität zu vergewaltigen. Auch ihm sei durch einen Schlusstrat das Wort abgeschnitten worden.

**Dr. Müller-Sagan** (fr. Vg.) bestreitet, daß seine Partei anders als sachlich diskutiert habe und weist die Vorwürfe **Paasches** zurück.

**Herold** (C.) erklärt, das **Centrum** werde keinesfalls für eine **Vergewaltigung der Minorität** zu haben sein; dazu habe es selbst zu lange in der Opposition gestanden. Ueber Schlusstrat wird aber ohne Debatte abgestimmt und deshalb dürfe man nicht jemand das Wort zur Geschäftsordnung geben.

**Wolfenbühr** (Soc.) und **Stolle** (Soc.) erklären, die Ansicht **Herolds** sei falsch, denn sonst wäre es ja auch unzulässig, wenn ein Schlusstrat gestellt werde, über diesen eine namentliche Abstimmung herbeizuführen.

Der **Vorsitzende** fragt an, wie denn die Geschäftsordnungsfragen vor das **Plenum** gebracht werden sollen.

Die **Kommission** wird sich dahin schlüssig, daß zunächst dem **Seniorenkonvent** die Fragen zur Entscheidung unterbreitet werden sollen 1. ob Schlusstrat in Kommissionen zulässig seien; 2. ob vor der Abstimmung über Schlusstrat Geschäftsordnungs-Debatten angehängt seien; 3. ob jedem Antragsteller zur Begründung seines Antrags das Wort erteilt werden müsse.

Bei der Abstimmung über die Positionen 10 und 161 wird der Zoll für unpolierten Reis nach der Vorlage auf 4 M. festgesetzt. Der Zoll für polierten Reis wird dagegen mit 12 (Centrum und Linke) gegen 11 Stimmen von 8 auf 4 M. herabgesetzt und demgemäß die Anmerkung gestrichen.

In Position 15 ist **Reinsaat** und **Haussaat** mit einem Zoll von 0,75 M. belegt. Beide genießen jetzt Zollfreiheit, die für Reinsaat Belgien, Rumänien und Rußland gegenüber vertragsmäßig gebunden ist.

**Antrick** und **Genossen** (Soc.) und **Gothein** (fr. Vg.) beantragen **Zollfreiheit**, **v. Wangerheim** (Konf.) Erhöhung auf 2 Mark.

**Pingen** (C.) referiert über die Petitionen.

**Antrick** (Soc.) begründet seinen Antrag. Gründe für die Erhebung eines Zolles von 75 Pf. sind in den Motiven nicht angeführt. Nur der Wund der Landwirte versucht eine Begründung, indem er sagt, der Anbau sei im Interesse des Fruchtverfalls geboten, aber die Preise seien so tief gesunken, daß der Anbau sich nicht mehr lohnt. Die Preisstatistik aber beweise, daß diese Behauptung unwahr ist. Die Statistik zeige, daß die Preise zwar schwanken, aber eher eine steigende als eine sinkende Tendenz haben.

Die Saatzeit ist in Deutschland wenig vertreten, die Landwirtschaft gebraucht die Oelkuchen als wichtiges Futtermittel; setzt man hier einen Zoll ein, dann folgen die Konsequenzen. Wenn man den Oelmüllern das Rohprodukt verweigere, dann muß man auch das fertige Produkt höher im Zoll stellen. Die Versteuerung von Oel aber schädigt die Wachstumsindustrie. Als Konsumartikel wird Oel von den ärmeren Leuten gebraucht, von Leuten, die wöchentlich nur 4 bis 7 Mark verdienen und nur von Kartoffeln und Oel leben. Diese Politik könnte man eine **Häuberpolitik** nennen.

Da **Abg. Antrick** die **Leinöl-Industrie** in seiner Rede berührt hat, wird beschlossen, aus der Position 164: **seide Oele** in Fässern den Satz **Leinöl 4 M.** mit in die Debatte zu ziehen.

**Staatssekretär Graf Posadowsky** bekämpft mit vertraulichen Mitteilungen sowohl die Erhöhung wie Minderung der Zollsätze der Positionen 15 und 164.

**Denner** (natl.) bedauert, daß **Graf Posadowsky** seine Erklärung nicht im Voraus abgegeben und so die Verhandlung abgelaßt habe. Er bedauert, daß nicht auch die Verhandlungen über vertrauliche Mitteilungen vertraulich behandelt würden.

**Dr. Müller-Sagan** (fr. Vg.) erachtet es als selbstverständlich, daß dies wie in der Budget- so auch in der Tarifkommission in vollem Umfang der Fall sein müsse.

Vorsitzender **Dr. Paasche** erklärt dies ohne Widerspruch für die Auffassung der gesamten Kommission.

**Dr. Heim** (C.) und **Abgeordnete der Rechten**, die sich selber zum Wort gemeldet haben, stellen den Antrag auf **Schluss** der Debatte. Dieser Antrag wird mit allen gegen neun Stimmen abgelehnt.

**Gothein** (fr. Vg.) begründet seinen Antrag.

Nachdem noch **Handelsminister Müller** weitere vertrauliche Mitteilungen gemacht hat, wird ein Schlusstrat angenommen.

**Abg. Frhr. v. Wangerheim** (L.) stimmt für den Schlusstrat und zieht seinen Antrag zurück, da er nicht zu Wort gekommen sei um seinen Antrag begründen zu können.

Die Position 15 und der Zoll für **Leinöl** aus Position 164 werden in Höhe der Vorlage mit 15 gegen 8 Stimmen **angenommen**.

Vorsitzender **Reitlich** referiert über seine Verhandlungen mit dem **Präsidenten Grafen Vallastrem**. Der **Präsident** habe erklärt, daß er den **Seniorenkonvent** mit dem Streit über die Geschäftsordnung nicht befaßt wolle. Auch das **Plenum** könne damit nur befaßt werden, wenn ein schriftlicher Bericht vorliege. Der **Präsident** sei der Ansicht, daß die **Kommission den Streit selber austragen** müsse.

**Gamp** (Rp.) macht, ohne die Frage präjudizieren zu wollen und ohne irgend eine Bindung für die folgende Zeit, folgende **Vorschläge**: „In jedem Antrag muß ein Antragsteller das Wort erhalten. Wenn gleichzeitige Anträge vorliegen, verständigen sich die Antragsteller untereinander, wer von ihnen das Wort nimmt. Vor der Abstimmung muß das Wort zur Geschäftsordnung erteilt werden. Schlusstratentscheidungen sind zulässig.“

**Dr. Müller-Meinungen** (fr. Vg.) hat Bedenken über die Durchführung der Bestimmungen über die Reihenfolge bei gleichzeitigen Anträgen.

**Graf Schwerin-Erdwit** (L.) hofft auf eine Verständigung. Die Mehrheit habe sich bedeutende Redebeschränkungen auferlegt.

**Heim** (C.) wünscht, daß im Protokoll ausdrücklich bemerkt wird, daß hier nur eine private Abmachung getroffen wird. Die Antragsteller sollten immer zuerst das Wort erhalten.

Die **Kommission** erklärt sich mit den Vorschlägen des **Abg. Gamp** einverstanden.

Am **Schluss** der Verhandlung weist **Staatssekretär Graf Posadowsky** darauf hin, daß die **Feststellung des Tarifs**, soweit er nicht die Zollsätze abgrenzt, **belanglos** sei gegenüber der Bedeutung der **durch Handelsverträge zu vereinbarenden Zollsätze**. **Graf Posadowsky** sucht dies im einzelnen darzutun durch vertrauliche Mitteilungen.

**Stolle** (Soc.) erklärt, daß **Nahrungsmittelzölle niemals als Kompensationsobjekte** gelten dürfen, weil sie zu Lasten der Volksernährung seien.

**Gothein** (fr. Vg.) weist darauf hin, daß deutsche Zollerhöhungen Zollerhöhungen im Ausland zur Folge hätten und die Schwierigkeiten handelsvertraglicher Vereinbarungen steigerten, nicht minderten.

**Graf Kanitz** (L.) meint, wenn **Nahrungsmittelzölle** keine Kompensationsobjekte sein sollten, dann dürften auch die **Agrarier Industriezölle** nicht als solche gelten lassen. Die **Zolltarifvorlage** müsse als Ganzes betrachtet werden, das nur den Wert eines **Vorschlags** habe. Die Verhandlungen der Kommission über einzelne Zollsätze hätten deshalb nur sekundären Wert. **Erst bei den Handelsverträgen werde das entscheidende Wort zu sprechen sein**.

Die weiteren Verhandlungen wurden hierauf auf **Donnerstag** vertagt.

**Politische Uebersicht.**

Berlin, den 5. März.

**Der Reichstag**

war heute beschlußfähig. Ein Ereignis, das von der Rechten bei der ersten namentlichen Abstimmung durch demonstrativen Beifall begrüßt wurde. Zunächst wurde der **Nachtragsetat** in dritter Lesung debattelos bewilligt und dann die Debatte über die **Auskunftsstelle** für **Auswanderer** fortgesetzt. Der **Reichsparteiler Graf Arnim** besaß die Stirn, den parteipolitischen Charakter der „**Deutschen Kolonialgesellschaft**“ zu bestreiten.

In Wirklichkeit handelt es sich bei dieser **Auskunftsstelle**, bei der das Reich 30 000 M. hergeben soll, um ein **Verbeurenbureau** für unsere afrikanischen Kolonien. Während die **Freisinnigen** sich ebenso wie **gestern** gegen die Bewilligung der Summe erklärten, ebenso eine **Minderheit** im Centrum, deren **Wortführer** der **Abg. Heim** war, beschloß die **Majorität**, die 30 000 Mark als einmalige Ausgabe zu bewilligen. Ist aber erst einmal A gesagt, so wird wohl auch in den nächsten Jahren die gleiche Ausgabe gefordert werden.

Ein **lebhafter Kampf** wurde um das neue Dienstgebäude für die **Kolonialverwaltung** geführt, das in der **Wilhelmstr. 62** an Stelle der **Grundstücke** errichtet werden soll, die der **Fürstin Luise von Hohenzollern** gehören. Die **Reichsregierung** war bereit, 280 000 M. dafür zu bezahlen. Die **Budgetkommission** hat die Summe auf 2 1/2 Millionen herabgesetzt und die **Beisitzerin** hat eiligt zugegriffen. Aber auch dieser Preis geht weit über den wirklichen Wert des handtuchartigen Grundstücks hinaus, den **Bebel** auf 1 1/2 Millionen Mark taxierte. In namentlicher Abstimmung wurde schließlich der **Ankauf** des Grundstücks zu 2 1/2 Millionen mit 126 gegen 91 Stimmen beschlossen. Mit der **Minderheit** stimmten auch einige **Centrumsabgeordnete**.

Dem **Kolonial-Etat** sah sich der **olde ehrliche Arendt** gezwungen, wegen seiner unberechtigten Angriffe auf den verstorbenen **Kolonialdirektor Kaiser** wegen dessen **Begnerschaft** gegen **Peters Abbitte** zu leisten. Er nannte bei dieser Gelegenheit die „**Kölnische Zeitung**“ das **schäblichste Blatt** der Welt. Herr **Dr. Paasche**, der bekanntlich **Mitarbeiter** der „**Kölnischen Zeitung**“ ist, wagte nur sehr bescheidenen Widerspruch zu erheben, indem er meinte, er könne Herrn **Arendt** nicht ganz Recht geben.

Zu längerer Debatte kam es dann über die Frage der **Weiterführung der Usambara bahn** bis **Rombo**. Die **Budgetkommission** hat die **Streichung** der **Kosten** für dieses Projekt, die auf 1 550 000 M. geschätzt werden, beschlossen. Herr **Dr. Arendt** beantragt die **Bewilligung** von 950 000 M. als erste Rate, womit sachlich nichts geändert ist, denn dann müssen die **späteren Raten** eben höher bemessen werden. In der **Diskussion** war es charakteristisch, daß die **Herren Antisemiten**, die bekanntlich in allen Dingen zu spät kommen, sich jetzt als **besonders erregte Kolonialschwärmer** bemerkbar machen. Herr **Berner** und Herr **Bindewald** traten eifrig für die **Bewilligung** der Summe ein, die, wie **Richter** mit Recht bemerkte, zu einem **neuen Reichsdefizit** von 3-4 Millionen führen und die **Erhöhung** der **Zafat-** und die **Einführung** einer **Viersteuer** in greifbare Nähe rücken würde. Auch über diese **Forderung** kam es zu einer **namentlichen Abstimmung**, in der der **Arendtsche Antrag** mit 120 gegen 98 Stimmen abgelehnt wurde.

**Abgeordnetenhause.**

Das **Abgeordnetenhause** setzte am **Mittwoch** die **Beratung des Kultusetats** fort. Während in früheren Jahren fast die ganze **Generaldebatte** durch **Kulturpaukerien** zwischen **Centrum** und **Nationalliberalen** ausgefüllt wurde, scheinen sich diesmal die **Heißsporne** in beiden Lagern eine gewisse **Zurückhaltung** auferlegt zu haben. Zu **heftigen Zusammenstößen** wird es wohl erst in den nächsten Tagen kommen; vorläufig begnügen sich die **Nationalliberalen** damit, den **Begnern** vereinzelte **Seitenhiebe** zu versetzen, um die **rechte Kampfesstimmung** bei ihnen zu erzeugen.

Diese **Abweichung** vom **Programm** setzte das **Haus** in die Lage, sich der **Beratung** einer **ersteren Frage**, des **Volks-schulwesens**, zu widmen. **Abg. Kopsch** (fr. Vg.) u. **Gen.** forderten die **Regierung** in einem **Antrage** auf, **baldbmöglichst** eingehende **Untersuchungen** darüber anzustellen, ob und inwiefern die **Ausführung** des **Lehrerbeförderungsgesetzes** den **Abfischen** des **Gesetzes** entspricht. Das **Bild**, das **Abg. Kopsch**, der auf diesem Gebiete  **Sachmann** ist, und nach ihm **Abg. Ernst** (fr. Vg.), gleichfalls ein **Sachmann**, von der **Lage** der **Lehrer** entworfen, ist gerade **kein erfreuliches**. Namentlich in **Ostböhmen** herrschen geradezu **kulturwidrige Zustände**; es giebt Orte, wo das **Anfangsgehalt** der **Lehrer** 600 M. jährlich, also 1,80 M. pro Tag, beträgt. Auch die **Alterszulagen** sind durchaus ungenügend. **Trotz** dieser **Feststellungen** will der **Minister Stubi** von dem **Antrage** nichts wissen; er will, namentlich im Hinblick auf die **schlechte Finanzlage**, nur die **größten Härten** ausgleichen. Dagegen will er, sofern er der **Zustimmung** des **Hauses** sicher ist, ein **Gesetz** über die **Schulunterhaltungspflicht** vorlegen. Ein solches **Gesetz** ist von den **Nationalliberalen** und **Freikonservativen** wiederholt gefordert worden, es ist aber stets an dem **Widerstand** der **Konservativen** und des **Centrums** gescheitert, die **keine Specialgesetze**, sondern ein **allgemeines Volksschul-Gesetz** auf **konfessioneller Grundlage** zur **Verdummung** der **Rassen** verlangen. Auf dieser **Forderung** bestehen sie auch jetzt noch, es scheint aber, nach der **Rede** des **Abg. Malkevič** (L.) zu urteilen, daß wenigstens die **Konservativen** sich als **Abfchlagszahlung** mit der **bloßen** **Regelung** der **Schulunterhaltungspflicht** begnügen.

Die **Nationalliberalen** und **Freikonservativen** stehen durch ihre **Wortführer**, die **Abgg. Dr. Friedberg** und **Freiherr v. Jedlich**, die **Erklärung** abgeben, daß sie einem etwaigen **Versuch** auf **Erlaß** eines **Volksschulgesetzes** auf **konfessioneller Grundlage** den **gleichen** **Widerstand** entgegenzusetzen würden, wie dem **bedeutlichen Entourf** unfehligen **Angehendens**.

Im **übrigen** war die **Debatte** recht **belanglos**. Die **Polen** brachten ihre **bekanntesten Klagen** vor, und die **Redner** der **Linken** sowie der **Freikonservativen** spendeten dem **aus dem Amte** **scheidenden Ministerialdirektor Kügler** einige **warne Worte** der **Anerkennung**.

Am **Freitag** wird die **Beratung** fortgesetzt. Am **Donnerstag** fällt die **Plenaritzung** mit **Rückzicht** auf die **Arbeiten** der **Budgetkommission** aus.

**Nicht Vereinsrecht, sondern Polizeiwillkür.**

**Fräulein Anita Augsburg** hatte im **Tag** die **mehr als zweifelhafte juristische Ansicht** vertreten, daß das **preussische Vereinsgesetz** der **Polizei** **formell** die **Handhabe** biete, bei der **Zulassung** der **Frauen** zu **Versammlungen** **politischer Vereine** **nicht** **zweierlei Maß** zu messen, da es im **Vereinsgesetz** nur heiße, daß **politische Vereine**, die **Frauen** als **Mitglieder** aufnehmen, **geschlossen** werden **können**, und daß **Versammlungen** solcher **Vereine**, an denen sich **Frauen** beteiligten, **ausgelöst** werden **können**, **sofern** der **Aufforderung** des **überwachenden Beamten**, die **Frauen** zu **entfernen**, nicht **folge** geleistet werde. Dies **„Können“** bedeute **kein „Müssen“**, es ließe also in dem **Ermeßsen** der **Polizei**, ganz nach **Belieben** von dem **Recht** Gebrauch zu machen, ohne damit die **Pflicht** **gleichmäßiger** **Behandlung** auf sich zu nehmen.

**Fr. Augsburg** erklärte dann weiter, daß dies **formale Recht** **moralisch** das **schlimmste Unrecht** bedeute, weil es der



Politikwillkür unbegrenzten Spielraum lasse. Das hindert aber natürlich Herrn Schweinburg nicht, sich in der neuesten Nummer seines offiziösen Wochenschrifts die formale Gesetzesauslegung des Feil. Augsburg schleunigst zu tun zu machen, um daraus dann auch das moralische Recht der Polizeibehörde abzuleiten, das Vereinsrecht für Ordnungsparteiliche Vereine einfach zu suspendieren und nur für unfruchtliche Vereine in Geltung zu belassen. Die „Berl. Pol. Nachr.“ schreiben:

„In diesem (dem § 8 des Vereinsgesetzes) wird bekanntlich bestimmt, daß Vereine, welche Frauen zu ihren Mitgliedern aufnehmen, aus diesem Grunde geschlossen werden können, und ebenso ist dort gesagt, daß, wenn in einer Versammlung der Aufforderung der Polizei, anwesende Frauen zu entfernen, nicht entsprochen wird, dies ein Grund der Auflösung der Versammlung ist. In beiden Fällen wird daher der Polizei für den Fall der Nichtbeachtung jener Beschränkungen das Recht beigelegt, in der dort angegebenen Weise einzuschreiten, aber es ist in ihr pflichtmäßiges Ermessen gestellt, ob und inwieweit sie von dieser gesetzlichen Verpflichtung Gebrauch machen will. . . . Daß die Polizei von ihren Vollmachten vollen Gebrauch macht gegenüber den Socialdemokraten, welche das Vereins- und Versammlungsrecht zu gegen den Staat und seine Ordnung selbst gerichteten Bestrebungen zu mißbrauchen pflegen und welche in dem vorliegenden Falle plammäßig darauf ausgehen, die in dem Gesetze vorgesehenen Beschränkungen des Vereins- und Versammlungsrechtes zu durchbrechen oder zu umgehen, liegt in der Natur der Sache.“

Welches Glück, daß Fräulein Augsburg mit ihren juristischen Kommentierkünsten den ministeriellen Prekluft erleuchtet hat! Herr v. Hammerstein kann aufatmen: Die Frauenrechtlerin hat für ihn die Vereinsgesetzliche Frauenfrage gelöst!

„Zwar existiert ein preussisches Vereinsrecht, aber dies Recht legt es gerade in die Hand der Polizei, an die Stelle des Gesetzes die Willkür treten zu lassen.“

Ob die Gerichte sich ebenfalls dieser willkürlichen Interpretation anschließen werden?

## Deutsches Reich.

**Der Seniorenkonvent** hat am Mittwoch unter dem Vorsitz des Präsidenten beschlossen, nach Erledigung der dritten Lesung des Staats, welche voraussichtlich bis zum 15. d. M. beendet sein wird, Osterferien eintreten zu lassen. Nach Vorschlag des Präsidenten werden die Ferien bis zum 15. April dauern.

Neben dem Etat wird nur noch der Gesetzentwurf betreffend das rote Kreuz vor Ostern fertiggestellt werden. Ebenso sollen die rüchständigen Petitionen, welche von der Kommission als ungeeignet zur Erörterung im Plenum erachtet sind, durch Beschlußfassung des Reichstags erledigt werden.

Der Absicht, die Posttarif-Kommission über die Vertagung des Reichstags hinaus und auch vor dem Wiederauftreten nach Ostern arbeiten zu lassen, wurde von socialdemokratischer Seite mit dem Hinweis entgegengetreten, daß zwar gegen den früheren Beginn der Kommissionsarbeiten nichts einzuwenden sei, daß aber die Unterbrechung der Kommissionsarbeiten vor Ostern gleichzeitig mit der Vertagung des Reichstags erfolgen solle.

Falls der Plan nicht ausgehen werde, könnte es leicht passieren, daß die Beratung der dritten Lesung des Staats über den 15. d. M. hinaus dauern könnte, wodurch dann auch die Mitglieder der Posttarif-Kommission im Plenum festgehalten werden.

Als erster Gegenstand soll nach Ostern die Fortsetzung der zweiten Beratung der

### Seemanns-Ordnung

auf die Tagesordnung gesetzt werden.

### Erstmalige Geduldproben

legt Prinz Heinrich in Amerika ab. Der Telegraph meldet ein paar neue Episoden, die gleich bezeichnend sind für den Heroismus des Prinzen wie für die „Gleichheitsgesetze“ der Amerikaner.

Die Unzulänglichkeiten eines Amateurs-Photographen werden folgendermaßen geschildert:

Der Prinz stellte sich ihm bereitwillig, jedoch die Stellung gefiel nicht; der Photograph sagte: Mister Prince, treten Sie nach rechts. Mister Prince, jetzt mehr nach vorn. Mister Prince, noch weiter rechts usw.; das war denn doch zu viel. Der Prinz wurde unwillig und sagte: „Well, jetzt habe ich schon fünfmal die Stellung gewechselt für Sie und nun machen Sie Schluss!“ Später drückte der Prinz sein Bedauern darüber aus, daß er seine Selbstbeherrschung verloren habe; aber der Chef der Scheimpolizei möge ihn etwas mehr vor den Amateuren schützen.

Yengt es nicht von fast beispielloser Langmut, daß der Prinz es später sogar noch bedauerte, sich gegen seinen dreistigen Quälgeist schließlich zur Wehr gesetzt zu haben?

Seine schier unverwundliche Geduld bewies der Prinz auch in einem zweiten, noch ärgeren Falle, der folgendermaßen geschildert wird:

„Als der Zug 2 Uhr nachts bei der Wasserstation Somerset hielt, forderte eine lärmende Menge schreiend, daß der Prinz sich zeige; junge Burken schlugen schließlich gegen die Fenster des Zuges, so daß alle aus dem Schlafe erwachten. Als später diese häßliche Episode, die besonders Evans während gemacht hatte, besprochen wurde, sagte der Prinz: „Ich wußte gar nicht, was los war. Ich konnte doch nicht gut erscheinen, da ich in Nachkleidern war.“

Wie muß der Prinz den Unterschied zwischen den amerikanischen und deutschen Sitten empfunden haben. In Deutschland werden nicht nur die Eisenbahnpersonen abgeprügelt, sondern auch die Straßler, und die Passanten, mögen sie es auch noch so eilig haben, müssen sich gebuden, bis die Strafe dem öffentlichen Verkehr wieder freigegeben wird. In Amerika herrscht dagegen der Mord, der ohne Rücksicht auf ein allerhöchstes Ansehensbedürfnis seine Kugeln befriedigen will und höchst ungnädig gegen die Fensterläden poliert, wenn sein Wunsch nicht als Befehl ausgeht wird. Und kein Schutzmännlein legt sich ins Zeug!

**Der Kerger über die blamable Niederlage**, die unsre Redner am Montag der Regierung und den Zartliffen der bürgerlichen Parteien beigebracht haben, kommt in der Presse zum deutlichen Ausdruck. Zwar hat ein Teil der Berliner Presse das probateste Mittel gewählt, um sich über die schmähliche Blamage hinwegzuhelfen: das Totschweiggeheiß, aber die Provinzpresse, der das Temperament mit dem Verstand leichter durchgeht, schäumt dafür um so glühender von Schimpfereien über. Es wird da von den „unmöglich platten und törichtesten Tiraden“ der Genossen Gradnauer und Ledebour gesprochen, von dem „verworfenen Zerrbild“ ihrer Darlegungen über die auswärtige Politik, von dem „vollständigen Mangel jedes väterländischen Gefühls und nationalen Talents“. Nur ein Blatt von der Ordnungspresse macht eine Ausnahme, die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“, die ja bei aller sanftmütigen Schärfererei hin und wieder den Mut hat, die Dinge beim richtigen Namen zu nennen.

Sie läßt sich in ihrem Reichstags-Entresillet aus Berlin melden:

„Eine längere Rede voll böshafter und nicht selten ins Schwarze treffender Spizen hielt der Socialdemokrat Dr. Gradnauer gegen die „andrängliche Reichspolitik“ des neuen Kurses und gegen die ängstliche Zurückhaltung Deutschlands und der andren Mächte gegenüber den Grenzen des Boerenkrieges.“

Und in einem Willows Rede glühender Leitartikel erklärt sie nochmals ausdrücklich:

„Diese Ausführungen eines Socialdemokraten über unsre Auslandspolitik treffen — das kommt bei dieser Partei sehr selten vor — ausnahmsweise völlig zu.“

### Der Patriotismus der Panzerplatten-Interessenten.

Ein Berliner Blatt beschäftigt sich ausführlich mit allerhand Conflifengeschichten des Berliner Blattes der Panzerplatten-Patrioten, der „Berliner Neuesten Nachrichten“. Für die Leser des „Vorwärts“ ist es nichts Neues, daß dies Blatt, dessen journalistischer Lebenszweck in Plotten-Propaganda und ultrareaktionärem Schermafachertum besteht, von einem Consortium von Grohndürrückeln ausgeht, unter denen der Essener Kanonenkönig die erste Geige spielt. Auf die kirchliche Erklärung des Blattes, daß es nicht mehr knupp-offiziös, sondern in den Besitz einer Aktien-gesellschaft übergegangen sei, hatte der „Vorwärts“ prompt erwidert, daß Knupp zwar seine Zeitungsalien verkauft habe, aber nur an ein Consortium, an dem er wiederum besonders stark beteiligt ist. Ebenfalls nicht unbekannt war, daß noch immer als Vorsitzender des Aufsichtsrats des Blattes Herr Geh. Finanzrat Jenke, das Gehirn der Firma Knupp, figuriert.

Reu an dem Artikel des Berliner Blattes ist dagegen die interessante Mitteilung, daß Herr Krupp einmal in einer Anwendung von Zeitungsunfähigkeit sein Blatt, das Blatt für Marine-Patriotismus und deutsche Weltmachtspolitik, das Patriotenblatt schlechthin einem englischen Consortium zum Verkauf hat anbieten lassen!

Daß hinter dem andringlichen Patriotismus unsrer Panzerplatten-Fabrikanten ja nichts steckt, als der schäblichste und steuelpöste Kapitalisten-Heißhunger, ist zwar allbekannt; daß diese Schabigkeit aber soweit geht, hätte man kaum annehmen sollen.

**Hans Most und die Schutzzollerei.** Man schreibt uns: In der Besprechung der Reichstags-Verhandlungen vom 4. März erwähnt der Berichterstatter auch die Thatsache, daß Herr v. Kardorff einen Artikel der „Berliner Fr. Presse“ aus dem Jahre 1878 citiert habe, der sich angeblich für die bismarcksche Zollpolitik ausgesprochen habe. Ob letzteres richtig, vermögen wir nicht festzustellen, da uns der Artikel nicht zur Verfügung steht. Nicht richtig ist aber die Bemerkung des Berichterstatters, wenn er schreibt: „Der Verfasser dieses Artikels war Johann Most . . . der schon damals speciell in Zollfragen eine Ausnahmestellung einnahm.“

Daß letzteres nicht der Fall war, ergibt sich wohl klar daraus, daß Most namens der vom Parteitag in Gotha 1876 eingeleiteten Kommission zur Prüfung der Frage: „Ob Schutzzoll oder Freihandel?“ den Bericht an den Parteitag erstattete. Hätte Most eine Ausnahmestellung eingenommen, so wäre er sicher nicht zum Referenten für Vorschläge ernannt worden, die nachher der Parteitag ohne jede Debatte einstimmig annahm. Den Thatsachen entspricht, daß die Partei damals so wenig wie heute sich einseitig auf den Freihandel oder Schutzzoll festlegen wollte; ein Vorkämpfer, dem Genosse Wedel in den Worten Ausdruck gab: „Man könne nicht beschuldigen, ob für oder gegen Schutzzoll, da diese Frage für uns keine Prinzipienfrage sei und in jedem einzelnen Fall nach Umständen entschieden werden müsse.“

An Getreidezölle von 5 M. oder gar 7,50 M. dachte damals, wo schon ein Zoll von einer Mark unerreichbar hoch schien, freilich niemand, auch der verächtlichste Agrarier nicht.

### Besserung der Schulzustände als Strafe.

Schweiburg meldet: „Die Vorgänge in Breschen haben eine Folge gehabt, welche deren Urheber nicht vorausgesehen haben dürften. Die Staatsregierung ist infolge derselben zur Ueberzeugung gelangt, daß die dortigen Schulverhältnisse einer intensiven Besserung bedürfen, und daß die Schulunterhaltungs-pflichtigen demzufolge zu erheblich härteren Leistungen für ihre Schule anzuhalten sind. Die Zahl der Lehrkräfte an der katholischen Stadtschule in Breschen ist beträchtlich vermehrt, damit ein besseres Verhältnis zwischen Lehrern und Schülerzahl hergestellt und eine intensivere Gestaltung des Unterrichts ermöglicht wird. Diese Maßnahmen dürften sich aber nicht auf diese einzelne Schulgemeinde beschränken, sondern es liegen Anzeichen dafür vor, daß auch anderwärts in den zweisprachigen Landesteilen, namentlich in der Provinz Posen mit der Vermehrung der Lehrkräfte planmäßig und nach Maßgabe der zur Verfügung stehenden Lehrkräfte vorgegangen werden wird.“

Ob diese Strafe besonders schrecklich empfunden werden wird? Oder will man statt der Lehrer Büttel ansetzen? —

### Risse im Centrumsturm.

Der kirchlich unter dieser Spitzmarke im „Vorwärts“ veröffentlichte Leitartikel hat in Düsseldorf Centrumskreisen recht mobil gemacht. Das „Düsseldorfer Volksblatt“ sieht sich gezwungen, der Rot gehörend, die Thatsache zuzugeben, daß aus den Reihen der katholischen Arbeiter Düsseldorf in schärfster Weise gegen „Volksblatt“ und Vrolunger-Centrum Front gemacht wird.

Die Spaltung im Düsseldorf-Centrumslager nimmt inzwischen ihren lustigen Fortgang und die kirchliche Düsseldorf-Wochenschrift, der ultramontane „Abend-Glocken“, wartet jetzt mit einer Enthüllung auf, die so recht zeigt, wie die frommen Schäflein in den katholischen Arbeiterkreisen von den Centrumskreisen geleitet werden. „Interessantes aus dem Arbeiterverein“ ruft der „Glocken“ und schreibt:

„Welche Stellung nimmt der Verein christlicher Arbeiter und Handwerker im Paulshaus zur Zolltarif-Vorlage und den Getreidezöllen ein? Am zweiten Weihnachtstage hat bekanntlich eine christliche Arbeiterversammlung im Paulshaus stattgefunden, in welcher verschiedene interessante Tagesfragen gestreift wurden; unter anderem hat Herr Kirsch auch die Zollvorlage berührt mit Rücksicht auf die kurz vorher dort abgehaltene Hegerversammlung des Bundes der Landwirte. Die aus der Versammlung heraus durch Antrag mit etwa 50 Unterschriften geforderte Diskussion wurde vom Vorsitzenden, hochwürdigen Herrn Pfarrer Dr. Schmitt bekanntlich mit leichten Ausdrücken abgelehnt. Das Ganze war nur ein jämmerlicher Versuch, das Ansehen der hiesigen Arbeitervereine zu Gunsten der Getreidezölle und der Politik der offiziellen hiesigen Centrumskreise zu la „Volksblatt“ zu verwerfen. Es ist gewiß kläglich, wenn man zu solchen Kunststücken seine Zustimmung nehmen muß. Man fürchtete eine Diskussion, denn man traute offenbar der Masse der Arbeiter nicht den Grad von Dummheit zu, daß sie ihre eignen Interessen verlernen und sich für die Brot- und Fleischvertenerung ausprechen würden.“

Ueber die Ansichten, welche unter den Mitgliedern des genannten (christlichen) Arbeitervereins in dieser Hinsicht herrschen, darüber wollen wir nunmehr ein wenig berichten. Im Arbeiterverein findet bekanntlich allwöchentlich ein sogenannter socialer Unterricht statt, ein Vortrag nebst Aussprache der Mitglieder über sociale Fragen. Es war im Frühjahr vorigen Jahres, als auf Wunsch der Mitglieder einmal eine praktische Tagesfrage vorgebracht wurde, nämlich die Getreidezölle. Die schützende Politik des hiesigen alten Centrumslagers fand nun zwei Verteidiger, einmal an Herrn Sonnen, dem allmächtigen Mitgliede des Kuratoriums, mehrfachen Hausbesitzer und Inhaber eines angesehenen Ladengeschäfts, der wohl wenig nach einer Broterzeugung zu fragen braucht, — und Herrn Bernh. Meyer,

einem damaligen Angestellten des „Volksblatts“, dessen Aufgabe es ist, die Arbeiter mit „Volksblatt“-Politik zu bereichern. Zur Charakteristik dieser letztgenannten Centrumskreise diene dem Leser zur Kenntnis, daß dieselbe, vorgenannter Bernhard Meyer, noch vor einigen Jahren radikal war. . . . Socialdemokrat war, wenigstens in Düsseldorf seit Jahren sich als solchen öffentlich geizerte. Wie er jetzt die Socialdemokraten mit Haut und Haaren verflucht, so war er damals öffentlich Centrumskreis- und Pfaffenkreiser; aber die Herren Geistlichen wählten den wackeren Mann heranzuziehen, gaben ihm eine Stelle im katholischen „Volksblatt“ und sankt Bernhard ist seitdem Düsseldorf-Centrumskreis und weicht sich nicht fromm genug und socialistentüchtig genug zu geben. (D. V.)

Wir fügen hinzu, daß im Protokoll dieser Sitzung die einmütige Stellungnahme der Mitglieder gegen die Getreidezölle möglichst verhehelt worden ist. Die Sache charakterisiert sich selbst zur Genüge. Man sucht die Arbeiterkraft zu verunsichern und über ihre Interessen hinwegzuläuschen, im Interesse der Wirtschaft einer Oligarchie in der hiesigen Centrumspartei, wie sie in der hiesigen Aktien-Gesellschaft „Volksblatt“ nebst dem, was drum und dran hängt (vergl. Düsseldorf-Volksbank usw.) repräsentiert ist. Daß die Interessen dieser Kapitalisten, welche die Centrumspolitik nach ihren eignen Worten und Zielen anlegen, mit den Interessen der Arbeiterkraft nicht stimmen können ist klar, klar aber auch, warum diese Leute die volksfreundliche Politik eines Windhorst vermissen haben.

So die kirchlich-ultramontane Wochenschrift, die in derselben Nummer, wo sie dies schreibt, zum Papstjubiläum dessen großes Porträt und einen schwingvollen Artikel dazu bringt, die in jeder Nummer Heiligenbilder und entsprechende Artikel liefert, die also doch sicher „starkatholisch“ genannt werden muß. —

**Ein neuer Breschener Prozeß droht.** Gegen mehrere Breschener Bürger, den Photographen Firkmanek, den Maler Blasch u. a. (den Mann der Verurteilung) hat man eine Untersuchung wegen Aufreizung zu Gewaltthatigkeiten eingeleitet. Es handelt sich um die Photographien mit der Gruppe der Verurteilten. Sie sollen aufreizend sein! Die Karten sind in Tausenden in ganz Polen in Umlauf. Man bricht in Breschen schon von dem neuen Prozeß. Der Schulinspektor Winter soll wieder als Zeuge fungieren.

Das kann ja nett werden! —

**Zur Wahlrechtsfrage** in Sachsen-Weimar, 3. März. (Eigener Bericht.) Wieder einmal beschäftigte heute den Landtag ein von der Linken gestellter Antrag, die Abänderung des Landtagswahl-Gesetzes betreffend. Jeder neugewählte Landtag hat sich nun schon seit einer Reihe von Jahren mit der Einführung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts zu beschäftigen gehabt, und ebenso regelmäßig gelang es den vereinten Kräften der Reaktion, jede Verbesserung dieses Gesetzes zu vereiteln. In dem gegenwärtig vorliegenden Antrag wird das gleiche, geheime und direkte Wahlverfahren — welches für die privilegierten Wähler (10 Abgeordnete) bereits besteht, auch für die allgemeinen Wähler (23 Abgeordnete) verlangt. Die Regierung schloß sich aus, während die konservativen Abg. v. Woyneburg und Reichmuth sowie der Vicepräsident Schömann an das bestehende Gesetz gegen die von den Antragstellern erfolgten Angriffe verteidigten. Der Antrag wurde zur weiteren Veratung einem Ausschuss überwiesen. —

**Vom reichsländischen Versammlungsrecht.** Aus Meß wird und geschrieben: Vor der Strafkammer des hiesigen Landgerichts hatten sich dieser Tage der Schuhmacher Ehrhardt und der Gastwirt Klentmann unter der Anklage zu verantworten, eine Versammlung veranlaßt beziehungsweise gebildet zu haben, ohne dieselbe vorher polizeilich angemeldet. In der That handelte es sich jedoch um eine sogenannte reunion privée (Privat-Versammlung), die, falls jeder Erschienene sich durch persönliche schriftliche Einladung ausweisen kann, der polizeilichen Anmeldung, Genehmigung und Ueberwachung nicht bedarf. Die Anklagebehörde hatte nach dem Bericht eines in die Versammlung eingedrungenen Polizei-Wachmanns behauptet, es seien darin Ausdrücke gefallen, die weit über das Maß des „Erlaubten“ hinausgingen. Die Staatsanwaltschaft beantragte deshalb gegen beide Angeklagte sechs Tage Gefängnis und 20 M. Geldstrafe, eventuell weitere 20 Tage Gefängnis. Im Gegensatz hierzu erkannte das Gericht auf kostenlose Freisprechung, da die Versammlung in durchaus gesetzlicher Weise veranstaltet worden und verlaufen sei. — Das Meyer-Landgericht hat bereits in der Frage des § 152 der Reichs-Gewerbe-Ordnung eine für die Arbeiterbewegung des Reichslandes günstige Entscheidung gefällt, ohne daß sich die Verwaltungsbehörde veranlaßt gefühlt hätte, sich auch nur im geringsten an dieselbe zu kehren. —

## Ausland.

### England.

**Der Achtstundentag für Bergarbeiter.** London, 3. März. (Eig. Ber.) Infolge der Kränklichkeit von Mr. Walfour, dem Führer des Unterhauses, ruhen die Verhandlungen über die neue Geschäftsordnung. Dafür aber gewinnt das Hans Zeit zu parlamentarischen Arbeiten. Uebermorgen soll die zweite Lesung des Entwurfs betreffend Einführung des Achtstundentages für Bergarbeiter beginnen. Der Entwurf wurde vor ungefähr 18 Monaten angesetzt. Noch am 27. Februar 1901, also vor mehr als einem Jahre, wurde die zweite Lesung beantragt und mit 212 gegen 109 Stimmen beschlossen. Nichtsdestoweniger wurde in der Session 1901 nichts zur Förderung des Entwurfs getan. Zu bemerken ist noch, daß unter seinen heftigsten Gegnern sich auch Mr. Fenwick befindet, der die Bergarbeiter von Northumberland im Parlament vertitt. —

### Italien.

**Zur Eisenbahner-Bewegung.** Die Regierung dürfte mit ihren Maßnahmen gegenüber den Eisenbahnern recht wenig zufrieden sein. Aus allen Teilen des Landes und von den verschiedensten Bevölkerungsklassen gehen Proteste ein gegen die Mobilisierung der Eisenbahn-Angestellten. Von dem mobilisierten Jahrgang 1878 haben sich nur etwa 40 000 gestellt, es fehlen also noch 25 000 Mann. Der „Avanti“ meint, daß vielleicht 20 000 von den Mobilisierten einen triftigen Entschuldigungsgrund würden beibringen können, von 5000 aber könne man annehmen, daß sie sich der Mobilisierung zu entziehen suchen. Gegen diese wird nach Ablauf von 8 Tagen gerichtliche vorgegangen werden. Daß die Regierung selbst das Gefühl hat, daß sie unberechtigt und parteiischer Weise in die Differenzen zwischen Eisenbahner und den Gesellschaften eingegriffen hat, geht daraus hervor, daß sie jetzt die Führer der Eisenbahner nach Rom berufen hat. Diese unterhandeln seit zwei Tagen mit dem Ministerium und wenden sich nun an ihre Genossen mit der Aufforderung, die Entscheidung über den Streik bis auf den 10. März hinauszuschieben. In dem Aufreiß, der von fünf der bekanntesten Führer der Eisenbahner unterzeichnet ist, worunter sich auch der Deputierte Rossi und Turati befinden, heißt es, daß die Unterhandlungen über die „organici“ (Reglements der Löhne, Dienstzeit usw.) schon ziemlich weit gediehen seien, daß sich aber eine eingehende Beratung nötig mache. —

**Zur Regierungskrisis.** Der Minister des Innern, Giolitti, hat sich über die Krisis einem Zeitungskorrespondenten gegenüber dahin ausgesprochen, daß das Ministerium nochmals geschlossen vor die Kammer treten werde. Erhalte es keine Mehrheit, so bleibe ihm nichts übrig als zurückzutreten und einem Ministerium Sonnino Platz zu machen. Zwischen diesen beiden Möglichkeiten haben die Regierungsparteien zu wählen, es läge nun an ihnen, zu entscheiden. —

## Der Kongreß zu Tours.

Tours, 3. März 1902. Erster Verhandlungstag. (Zählung der Abend- und Nachmittags-Programme.)

In Fortsetzung dieser Diskussion spricht Rebelein zu Gunsten des Programmentwurfs des General-Komitees. Zunächst kritisiert er Devilles Auffassung von den Minimal-



In der gestrigen Nachmittagsitzung wurde über den Bericht der Kommission und der Kammerfraktion u. a. verhandelt. Dem künftigen Generalkomitee wurde aufgegeben, ein periodisches Parteiorgan anzubahnen, das wöchentlich erscheinend sein soll. In eine Tageszeitung ist vorberathen nicht zu denken. Der Fraktionsbericht wurde nur unter Vorbehalt gebilligt. Bestimmte Befehle zur Verhinderung von skandalösen Abstimmungen der Deputierten wurden noch nicht gefaßt. Es heißt, daß der Kongreß darauf noch zurückkommen werde.

In der Abend Sitzung verlas Jaurès die neue Prinzipien-erklärung, die von der Kommission einstimmig votiert wurde. Von der marxistischen Prinzipienklärung des Generalkomitees ist so gut wie nichts beibehalten worden. Die neue Erklärung ist wesentlich von Jaurès verfaßt, sie ist ideologisch und rhetorisch gehalten, eher ein Manifest als ein Programm, dem Umfang nach eine kleine Broschüre. Sie reproduziert alle Leitgedanken der Jaurès'schen Programmrede. Der Kongreß nahm die neue Erklärung debattelos unter stürmischen Beifall und einstimmig an.

Über die Ministerfrage wurde einstimmig beschlossen, daß in Zukunft kein Socialist ohne Zustimmung der Partei ins Ministerium eintreten darf.

Genosse Kautsky ersucht um Aufnahme nachstehender Zeilen:

Das Wachsen des Mittelstandes. In der Programm- diskussion auf dem Kongreß von Tours hat Gabriel Deville nach dem gestrigen Bericht des „Vorwärts“ den Satz des Programm-entwurfs demängelt, der sagt: „So spaltet sich in allen industriellen Ländern die Gesellschaft immer mehr und mehr in zwei feindliche Klassen: die Bourgeoisie und das Proletariat.“ Das, erklärte Deville, ist als Thatfache falsch, wie schon Kautsky in einem Artikel über den Mittelstand geschrieben hat, der nach Kautsky im Wachsen begriffen ist.

Um einer Legendenbildung vorzubeugen, sei mir gestattet zu bemerken, daß Devilles Mitteilung „als Thatfache falsch“ ist. Ich habe nie erklärt, daß der Mittelstand in seiner Gesamtheit im Wachsen begriffen sei. Ich verachte vielmehr die Anschauung, daß er im ganzen und großen abnimmt. In dem Artikel, auf den Deville sich bezieht (Neue Zeit XIII, 2, S. 16), handle ich von einer besonderen Art von Mittelstand, der sogenannten „Intelligenz“, die allerdings zunimmt. Ich sage da:

„Ein neuer, an Zahl sehr starker und ununterbrochen zunehmender Mittelstand bildet sich auf diese Weise, dessen Wachstum im Grunde ist, unter Umständen den Rückgang des gesamten Mittelstandes zu verdecken, der durch den Niedergang des Kleinbetriebes verursacht wird.“

In meiner Schrift gegen Versteinen gebe ich näher auf diese Frage ein. Aus dieser nur noch folgendes Citat:

„Die Intelligenz ist diejenige Bevölkerungskategorie, die am raschesten wächst. Nach der deutschen Gewerbezählung wuchs im Gewerbe von 1882 bis 1895 die Zahl der Lohnarbeiter um 62,6 Proz., die der Angestellten dagegen um 118,9 Proz. Jedes war dieses rasche Anwachsen noch nicht genügend, den relativen Rückgang des Unternehmertums zu paralisieren, das absolut nur um 1,3 Proz. wuchs. Vom Betriebspersonal waren in Prozenten:

	1882	1895
Unternehmer	39,6	28,7
Angestellte	2,8	4,4
Lohnarbeiter	57,6	66,9

Also selbst wenn wir die Angestellten mit den Unternehmern zusammen als „Reisende“ rechnen wollten, wäre ihr Prozentsatz 1882 bis 1895 von 42,4 auf 33,1 gesunken. (S. 130.)

Diese Zeilen genügen wohl, zu zeigen, daß Deville sich mit Unrecht auf mich beruft. Ich begreife es, daß er und Seinesgleichen nach Mißgünstigen für ihr Neugeborene suchen, muß es aber ablehnen, als Kronzeuge ihrer reaktionären Mittelstandspolitik zu fungieren.

### Letzte Nachrichten und Depeschen.

**Hamburg, 5. März.** (Privatdepesche.) Der Redacteur der „Harburger Zeitung“ L. i. e. m. a. n. n., der die Genossen Abg. Förster und den Redacteur Steneger des Meinesides im Eheprozeß des früheren Abg. Hartmann beschuldigt hatte, wurde heute vom Harburger Schöffengericht zu 200 Mark Geldstrafe und sämtlichen Kosten verurteilt. Die Verhandlung erbrachte den Beweis gänzlicher Haltlosigkeit obiger Beschuldigung.

### Die Zuckerkonferenz.

**Brüssel, 5. März.** Die „Aftin. Bl.“ meldet: Die deutschen Delegierten der Zuckerkonferenz erhielten heute mittag die telegraphische Mitteilung aus Berlin, die Konvention in dem bereits veröffentlichten Wortlaut zu unterzeichnen; falls die französischen Delegierten heute abend noch rechtzeitig eintreffen, wird die Konvention noch heute abend unterzeichnet werden. Andernfalls wird die Unterzeichnung morgen bestimmt vollzogen.

### Grubenarbeiter-Kongreß und Achtstundentag.

**Mais (Dep. Gard), 5. März.** (W. L. B.) Der internationale Kongreß der Grubenarbeiter hat sich für den Achtstundentag entschieden und mit 124 gegen 105 Stimmen beschlossen, die Einführung des Achtstundentages durch einen Generalausstand zu erzwingen, ohne sich in neue Verhandlungen mit der Regierung einzulassen.

### Um eine Stimme.

**London, 5. März.** (W. L. B.) Das Unterhaus lehnte mit 208 gegen 207 Stimmen eine Bill ab, welche für Bergarbeiter den achtstündigen Arbeitstag einführen will.

**Stuttgart, 5. März.** (W. L. B.) Der Mörder der vor drei Monaten in den königlichen Anlagen ermordeten Modellschierin Babette Birch wurde in Arzachem in der Person des 27 Jahre alten, aus Stuttgart gebürtigen Mechanikers Ludwig Gersier verhaftet. Gersier, ein früherer Zuhälter der Ermordeten, hat bereits ein volles Geständnis abgelegt.

**Kopenhagen, 5. März.** (W. L. B.) In der hiesigen geographischen Gesellschaft teilte der Marinekapitän Hovgaard mit, daß der Seemanns-Vöth-Wilkesen der Nordpol-Expedition Baldwin von Franz-Josefslund aus Nordbrüden an seine Familie gelangen ließ, die vom 17. August v. J. datiert sind. Derselben besagen, daß die Fahrt sehr schwierig gewesen ist; an Bord des Schiffes „America“ war alles wohl. Das Schiff sollte bei Franz-Josefslund überwinteren. Baldwin beabsichtigt, unter Anlegung von Depots in Zwischenräumen von 20 englischen Meilen bis zum 83. Grad vorzudringen. Von dort aus soll die große Expedition nach dem Nordpol mit 400 Hunden ausgehen. Falls der Nordpol erreicht wird, wird Baldwin die Ostküste Grönlands zu erreichen suchen, wo im letzten Sommer ein Depot für ihn errichtet worden ist. Baldwin wird versuchen, durch Nachrichtenstationen Mitteilungen zu geben.

**Brüssel, 5. März.** (W. L. B.) Wie die „Agence Havas“ meldet, ist die Zuckerkonvention heute abend unterzeichnet worden.

**Liverpool, 5. März.** (W. L. B.) Der in Queenstown überfällige Dampfer „Ecuria“ wird nach einer bei der Cunard-Linie eingegangenen Depesche heute oder morgen im Schlepptau des Dampfers „William Cliff“ bei den Azoren eintreffen. Die Schraubenwelle der „Ecuria“ ist gebrochen; an Bord alles wohl.

**Melbourne, 5. März.** (W. L. B.) Hier ist bisher ein einziger Fall von Pest nachgewiesen und zwar auf einem von Sydney gekommenen Dampfer. In Sydney sind seit dem Ausbruch der Pest 40 Fälle vorgekommen, von denen 14 tödlich verliefen.

forderungen. Diese bedeuten keineswegs nur sofort durchführbare Forderungen, sondern sie bezeichnen die Tendenz unserer Reformthätigkeit, ohne deshalb Abschlagsmaßnahmen, die ihre Durchführung anzuhalten, anzuschließen. In Bezug auf Militärausgaben müssen wir uns an die Taktik der deutschen Genossen halten: „Keinen Mann und keinen Groschen.“ Das erfordert die Klassenlage des Proletariats. Unsere Milizforderung steht damit in keinem Widerspruch.

Zur Prinzipienklärung übergehend, verweist Redner Devilles Antrag, den Socialismus im Programm an die Revolution von 1789 anzuknüpfen. Diese ist ja der Geist, der Höhe, den die Bourgeoispartei gerade den Socialisten entgegenhalten. Ihr mühtet den Worten der „Menschenrechte“ einen andern Sinn unterlegen, als die Männer von 1789, die das Privateigentum im Auge hatten. Aber auch die Deklaration der Menschenrechte von 1793 ist nicht socialistisch. Man könnte höchstens vielleicht an Wobert, an die Verschönerung der Gleichen anknüpfen. Aber die Grundlage unseres Socialismus ist doch der Klassenkampf. Ihr wollt Euch auf Grundsätze berufen, die historisch einen un-socialistischen Sinn haben und von den Radikalen, von Kérelle angegriffen werden. Das Geheiß Chapellers, Verbot der Koalitionen, wurde ja durch die Deklaration der Menschenrechte begründet.

Deville's Kritik betrifft die Stelle des Entwurfes, die von der Klassencheidung handelt, ist nicht zutreffend; im Entwurf ist das Verschwinden des Mittelstandes gerade als Tendenz formuliert.

Renaudels Gegenentwurf scheint im allgemeinen den revolutionärsten Teil der Partei besprechend zu wollen. Er ist aber viel furchtbarer als der Entwurf des Generalkomitees gegenüber dem Kleinbürgertum und der Bauernschaft. Die socialistische Partei darf nicht die Kleinbürgerlichen Vorurteile schonen, sie soll nur diejenigen Kleinbürger zu gewinnen suchen, die unsere Ideen anerkennen. Die Bauern sind keine eigentliche Klasse. Redner erinnert an Marx Urteil über die französische Bauernschaft im „18. Brumaire“. Die Bauern haben keine Organisation, keine eigenen Vertreter im Parlament. Die meisten von den Bauern gewählten Deputierten, etwa 150 Mann, sind Großgrundbesitzer, dann kommen noch Aerzte. Selten werden von den Bauern Linksradikale gewählt, noch seltener stimmen sie für Socialisten. Wollen wir die Bauern gewinnen, dann mühten wir ein Agrarprogramm auszuarbeiten, heiläufige Einschübeln in der Prinzipienklärung taugen nichts. Es ist gefährlicher, bei den Bauern ein Mißverständnis über unsere Stellung zu ihnen aufkommen zu lassen, als ihren Widerstand gegen unsere Ideen hervorzuheben.

Der Gegenentwurf stellt das Ziel vor den Mitteln, das ist scholastisch. Der Komiteeentwurf dagegen hält sich an die historische Entwicklungskurve, ebenso wie das Erfurter Programm.

Wozu einen Teil der Resolution Kautsky über die Ministerfrage in den Programmtext aufnehmen? Die Resolution selbst besagt ja, daß es sich dabei um die Taktik, nicht um das Princip handelt. Ich weiß, die Ministerfrage wird noch für lange Zeit traurige Folgen haben, aber es genügt, von ihr in einer besonderen Resolution oder in einem Manifest zu sprechen. Die Guesdisten und Blanquisten würden übrigens so wie so nicht abhürten, haben sie doch nicht für die Resolution Kautsky, sondern für die Resolution Guesde-Jerry gestimmt.

Renaudel bemerkt, daß er und Genossen auch mit einer besonderen Resolution über die Ministerfrage, außerhalb des Programms, zufrieden wären, nur aber mühte sie vor Annahme des Programms votiert werden.

Revelin erklärt sich damit einverstanden und fährt fort, indem er die wichtigsten Punkte der Prinzipienklärung des Komitee-Entwurfes begründet: die Klassencheidung, den Klassenkampf und den Internationalismus. In Bezug auf den ersten Punkt lehnt sich der Entwurf an das Erfurter und Wiener Programm an. Der Internationalismus ist im Entwurf schärfer ausgedrückt als in jenen beiden Programmen.

Der Generalstreik soll nicht ins Programm aufgenommen werden. Radezu die Hälfte sämtlicher französischen Socialisten ist gegen den Generalstreik. Unser Programm soll aber ein Einigkeitprogramm sein, — auch unter dem Gesichtspunkt der Einigkeit mit den Guesdisten, die gegen den Generalstreik sind. Und auch die Mehrheit des internationalen Socialismus hat die Resolution Briand zu Gunsten des Generalstreiks verworfen (Pariser Internationaler Kongreß 1900). Selbst die Allemanisten haben den Generalstreik nicht ins Programm aufgenommen. — offenbar weil es eine noch dunkle Frage ist. Auch der letzte Gewerkschaftskongreß hat keine Klarheit darüber geschaffen. Warten wir also ab, bis die Frage durch die tatsächliche Entwicklung geklärt worden ist. Der Satz des Komitee-Entwurfes über die „stetige, methodische und revolutionäre Klassenaktion“ umfaßt übrigens alle Möglichkeiten, auch den Generalstreik. Zwischen „methodisch“ und „revolutionär“ giebt es keinen Widerspruch: je methodischer die Aktion, desto gesicherter die Revolution, indem eine Vergeudung der Kräfte vermieden wird.

Unser Programm muß sich in der Ära der Gesamtpartei bewegen; es darf nicht unter den Durchschnitt der jetzt geltenden socialistischen Ideen herabsinken. Sonst wären die Guesdisten und Blanquisten berechtigt, zu sagen, daß Ihr keine wahrhaft socialistische Partei seid. Es soll ein Programm der Wiederbelebung sein und dem andern socialistischen Lager Achtung einflößen können. Es soll für die französische Socialdemokratie das sein, was das Erfurter Programm für die deutschen und das Wiener für die österreichischen Genossen ist! (Lebhafte Beifall der Minderheit.)

Briand, Sekretär des Generalkomitees, freut sich über den ruhigen Ton der Diskussion: Das beweist, daß man gekommen ist, um die einigenden, nicht die verneinenden Punkte zu suchen, obwohl jede Meinung scharf ausgesprochen wird. Zwei Strömungen sind zum Ausdruck gekommen: eine evolutionistische mit Deville und eine revolutionäre mit Renaudel. Wir haben ein Programm in einem trübigen Augenblick auszuarbeiten; die Nähe der Wahlen macht die einen aus Rücksicht auf die Wähler zu gemäßigten Ideen geneigt, während die andern aus Reue desto revolutionärer auftreten. Deville überredet in gemäßigtem Sinne. Noch ihm hat es den Anschein, als ob wir die Bourgeoisgesellschaft bitten mühten, alljährig sagen zu wollen, was sie uns gewähren möchte. Reformen sind kein Geschenk, sie werden aufgezogen. Der übermäßige Widerstand erzeugt eine Hebertreue in den Forderungen, und dann kommt etwas Zuchtschmittliches heraus. Es ist wahr, daß mit dem Worte „Revolution“ Mißbrauch getrieben wurde, daß ferner viele Leute sich die Revolution ohne Gewalt nicht vorstellen können. Die Revolution braucht nicht notwendig gewaltthätig zu sein, aber sie kann es sein infolge der Konturrevolution. Wir sind keine Gewaltkamen aus Reue, wir wollen unsere Ideen ohne Gewalt verwirklichen, aber wir müssen die konturrevolutionäre Gewalt voraussehen, die unsere Gegenaktion hervorruft.

Am Schluß bemerkt Redner: Doch wozu weiter diskutieren? Habt Ihr denn nicht den Generalstreik bereits auf dem Kongreß vom Dezember 1899 votiert und neuesten wieder im Generalkomitee? Oder habt Ihr im Dezember 1899 ihn nur votiert, um den Guesdisten ein Bein zu stellen, um sie mit den Blanquisten, die für den Generalstreik sind, zu vereinigen? Der Generalstreik muß ins Programm kommen in der Form, wie er in dem Resolutionsvorschlag auf dem Pariser Internationalen Kongreß formuliert wurde, der auch von Jaurès und Allemane unterzeichnet wurde. (Beifall.)

Deru, der neulich vom Ministerium wegen seiner antimilitaristischen Artikel genöthigt wurde, verlangt die Abschaffung oder doch die Erklärung des Ausdrucks „Klassenkampf“. Das Maximalprogramm der Links- Radikalen sei daselbe wie unser Minimalprogramm. Ferner verlangt er eine klare Definition des Internationalismus: im Falle eines ungerechten Angriffs auf Frankreich würden die Socialisten mitkämpfen, aber ihre Stellung zum Vaterlande müsse scharf getrennt sein von der der demokratischen Patrioten, denen das Vaterland eine Art Religion sei. Die gegenwärtigen Vaterländer seien uns Stiefmütter, die dreifarbige Fahne sei ein Stück Tuch, das in den europäischen Hauptstädten, in Algerien und so weiter beschmückt wurde. Wir mühten formell auf die Revanche verzichten, sowie auf jeden Kolonialkrieg.

Jaurès stimmt mit Deville überein, daß das Programm an die Revolution von 1789 anzuknüpfen habe: Trotz der bourgeois Interpretation der Deklaration der Menschenrechte, wohnt dieser letzteren ein solcher latenter socialistischer Sinn inne, daß das Proletariat, in dem Maße wie es in der Revolution wächst, aus der Deklaration kommunistische Folgerungen zieht. Wir sind die Logiker der Demokratie. Auch das soll im Programm gefaßt sein, das wird uns neue Kraft geben. Ich unterschätze nicht die Bedeutung der ökonomischen Entwicklung und der des Proletariats schon seit Louis Philippe. Aber das allein genügt nicht.

Der Entwurf des Generalkomitees rechnet nicht genug mit der neuesten Entwicklung. Revelin beruft sich immer auf das Erfurter Programm. Hat aber nicht Debel die Revision dieses Programms angefordert? Sollen wir 1902 das deutsche Programm von 1891 abändern? Der Entwurf ist von einem socialen Pessimismus durchdrungen, er spricht vom „Wachstum des sozialen Elends, der Unsicherheit, des Drucks und der Ausbeutung“. Nun weiß ich wohl, wie viel Elend es heute giebt, Optimismus wäre ein Verbrechen. Aber die Dinge sollen in ihrer Bewegung dargestellt werden. Die Lage des Proletariats ist in Hebung begriffen, seine Verteidigungsmittel vermehren sich: Gewerkschaften, Genossenschaften, Arbeiterschutzbewegung. Wie Adler auf dem Wiener Parteitag sagte, würden die Arbeiter selbst protestieren, wenn sie vom „wachsenden Elend“ hörten. Nach Marx ist die Verelendung die notwendige Vorbereitung der Revolution. Er sagt, daß der Kapitalismus im Gegensatz zum Feudalismus seine Arbeiter nicht ernähre. Das ist nicht wahr. Die Katastrophen-Theorie ist unrichtig.

Wie wird der Socialismus siegen? Man hat von zwei Methoden gesprochen: von der Reform und der Revolution. Es ist aber unhistorisch, sich auf eine dieser Methoden zu versteifen. Es kann sein, daß die Reformen sich nach und nach zu einer gründlichen Umgestaltung auswachsen werden; es ist aber auch eine sprungweise Wendung möglich infolge des Widerstandes der Reaktion. Ob es zur Gewalt kommt, kann man nicht bestimmen wissen. Aber woher die Prophetengabe Renaudels, der selbstsicher proklamiert, daß nur die Revolution den Socialismus zum Siege bringen werde?

Im Gegensatz zu Deville glaube ich, daß die Revolution sehr klar definiert werden kann. Lacour meinte, die Revolution bedeute weiter nichts als die Vergeßlichkeitsklärung; das ist aber nur Kollektivismus und man kann auch legalistischer Kollektivist sein. In diesem Sinne sind wir ja alle revolutionär. Aber es genügt nicht, wir sollen Revolutionäre sein auch in dem Sinne, daß wir den Kapitalismus nicht mehr als ein Rechtssystem anerkennen, sondern bloß als einen Gewaltzustand. Wenn aber historische Erschütterungen eintreten, irgend ein glücklicher Zufall, dann darf das Proletariat den gesetzlichen Boden verlassen, ohne sich von Loyalitäts-Steuer abhalten zu lassen. (Beifall.) Aber es ist nicht zu vergessen, daß mit dem Worte Revolution Mißbrauch getrieben wurde. Man hat mit dem Worte um sich geworfen, ohne die Sache ernst zu nehmen. Das ist Heuchelei, und die Heuchelei ist nicht revolutionär. (Lebhafte Beifall.) Dann führt die revolutionäre Phrase zur Anwendung von der methodischen Arbeit. Die revolutionäre Phrase lenkt die Arbeiter von dem Gebrauch der ihnen zur Verfügung stehenden Kampfmittel ab. Wir haben das gesetzliche Recht der gewerkschaftlichen Organisation, aber nur ein Zwölftel der Arbeiter sind organisiert. Die Konsumvereine umfassen bisher eine nur unbedeutende Zahl von Arbeitern, und es giebt fast keine Produktivgenossenschaften. Die Idee des Generalstreiks ist zu nichts geworden, weil sie mit der Revolution gleichbedeutend wurde. Und doch ist der Generalstreik an sich legal und er könnte für bestimmte Forderungen sehr wirksam sein. So aber hat man durch die Generalstreik-Idee die Energie des Proletariats in der Richtung eines eingebildeten Falles von Gewaltaktion abgelenkt. Die revolutionären Deklamationen sind eine Bürgschaft für die Kapitalisten.

Alle großen historischen Umgestaltungen sind von der Majorität durchgeführt worden. Die Rolle der aktiven Minderheit besteht nur darin, die Mehrheit hinzuweisen, im Namen der Interessen dieser selben Mehrheit. Man soll nicht zu der Mehrheit von der Kraft der Minderheit sprechen, sondern der Mehrheit die Ueberzeugung der Minderheit mitteilen, um sie in die Bewegung hineinzureißen! Das ist freilich schwieriger als einige leere Worte über die Revolution zu sagen! (Lebh. Beifall.)

Zum Minimalprogramm übergehend, bemerkt Jaurès, daß Deville hierüber das meiste bereits gesagt habe. Die Abschaffung der Staatsschuld würde die kleinen Renten ruinieren, während doch in Renaudels Gegenentwurf die Kleinbürger gesichert werden. — Es besteht allerdings ein Widerspruch zwischen der Verweigerung des Kriegsbudgets und der Milizforderung, aber er ist nicht in der Weise zu beseitigen, wie Deville vorgeschlagen hat; wenn die Socialisten nach Deville für jede durch die Landesverteidigung gerechtfertigte Forderung stimmen mühten, so mühten sie das ganze Kriegs- und Marinebudget votieren. Aber es ist im Programm zu sagen, daß die Partei leidenschaftlich den Boden des Vaterlandes verteidigen will, und eben darum fordert sie die Vollmiliz, die, wie Vallant nennlich in der Kammer sagte, das beste Verteidigungsmittel ist. Die Socialisten können also erklären, daß sie unter dem Milizsystem für die Militärausgaben votieren würden. — Redner hat nichts gegen die Aufnahme des Generalstreiks ins Programm, wenn dieser nur einen friedlichen und gesetzlichen Charakter trägt. Redner kritisiert die Auffassung vom Generalstreik als dem Stimmenschlagen der Revolution, dem Uebereinkommen derselben. Selbst ein in diesem Sinne festgesetzter Generalstreik wäre keineswegs die sociale Revolution. Gätte die Kommune 1871 gefaßt, so würde es um 30 Jahre früher ein Ministerium Waldeck-Rousseau gegeben haben. (Heiterkeit.) In Spanien würde der festgesetzte Generalstreik weiter nichts als eine Republik herbeiführen, die stets von einem militärischen Staatsstreich bedroht wäre. Sonst kann der Erfolg des Generalstreiks, wenn er bestimmten Eingelforderungen gilt, verschieden sein je nach den Umständen. In Belgien hat er 1893 einen halben Erfolg gebracht, das allgemeine Wahlrecht mit dem Pluralvotum; die neueste Bewegung der französischen Bergarbeiter hat das Achtstundengeheiß erzielt, freilich befristet durch das gegenwärtige Ministerium.

Mit Revelin spricht sich Redner aus gegen die Einfügung der Kautsky'schen Resolution über die Ministerfrage ins Programm. Nach einigen Monaten kann es ja in Belgien zur Ministerfrage kommen. Falls die Merkmalen in den Kommunalwahlen der Koalition der Socialisten und Liberalen unterliegen, würden dann die ersteren die ganze Regierung den Liberalen überlassen?

Renormand ruft: Aber dann würde die belgische Partei über die Teilnahme von Socialisten an der Regierung entscheiden!

Jaurès: Stimmt! Seit drei Jahren höre ich nicht auf, zu sagen, daß das individuelle Experiment Milkerands sich nicht wiederholen darf, daß ein Socialist nur auf Grund eines Parteibeschlusses ins Ministerium eintreten darf. Doch zurück zu Belgien! Ohne die socialistischen Stimmen könnten die Liberalen keinen Tag am Ruder bleiben. Die Lage wäre also die, daß die Socialisten im geheimen thätig mitregieren würden, ohne die Verantwortung dafür zu tragen. Die nun, wenn die Liberalen darauf nicht eingehen und im Falle der Weigerung der socialistischen Partei, an der Regierung teilzunehmen, die Regierung nicht allein übernehmen wollen? Dann würden, trotz aller Kämpfe, ja wohl die Merkmalen wieder zur Macht zurückkehren. (Lebhafte Beifall.) Ich bespreche nur das Recht, meine bessere Ueberzeugung betreffs der Ministerfrage zu propagieren, aber auch die beste Methode ist abschließend, wenn sie gegen den Willen der Partei geht. Es wäre daher ein schwerer Fehler, wenn ein Socialist Milkerands Handlung wiederholen wollte. Aber man soll der Partei nicht den Weg versperren — das ist alles, was ich verlange. (Lebhafte Beifall.)

Die Generaldiskussion ist geschlossen. Man schreitet zur Wahl einer Kommission aus 15 Mitgliedern, die die Programm-entwürfe zu prüfen hat. In die Kommission werden Vertreter der beiden Richtungen oder vielmehr S d a t t i e r u n g e n gewählt.

Schluß der Sitzung 2 1/2 Uhr nach Mitternacht.



Reichstag.

158. Sitzung vom Mittwoch, den 5. März 1902, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsstische: Freiherr v. Nöthfosen. Zunächst wird die Festsetzung eines zweiten Nachtrags zum Reichshaushalts-Etat für das Rechnungsjahr 1901 in zweiter Lesung debattelos angenommen.

Hierauf wird die dritte Lesung des Etats des Auswärtigen Amtes beim Titel Auskunftsstelle für Auswanderer fortgesetzt.

Abg. Graf Arnim (Sp.) verteidigt die Kolonialgesellschaft gegen die gestrigen Angriffe des Abg. Veibel. Die „Deutsche Kolonialgesellschaft“ verfolgt keine parteipolitische Tendenzen und wird die ihr übertragenen Auskunftsstelle unparteiisch und objektiv verwalten. (Bravo! rechts.)

Abg. Lenzmann (fr. Sp.): Die Resolution, die Auskunftsstelle der „Deutschen Kolonialgesellschaft“ zu übertragen, ist aus einer all-deutschen Bewegung hervorgegangen. Deshalb hat die Linke damals gegen die Resolution gestimmt. Auch gehören nicht alle Parteien zur Deutschen Kolonialgesellschaft, so sind die Sozialdemokraten und auch meine Partei nicht in ihr vertreten. Bei der jetzigen ungünstigen Finanzlage können wir nicht für die Ueberweisung von 30 000 Mark an eine Gesellschaft stimmen, die nach unserer Ansicht für Deutschland eine wenig segensreiche Politik getrieben hat. Bewilligen wir in diesem Jahre diese Summe, dann müssen wir es auch im nächsten Jahre thun. Wir werden gegen die 30 000 M. stimmen.

Staatssekretär Freiherr v. Nöthfosen: Wenn es nach dem Abg. Lenzmann ginge, dann müßten die verbündeten Regierungen den Reichstag gewissermaßen um Entschuldigung bitten, daß sie eine Resolution des Reichstages nicht angenommen haben. (Sehr richtig! rechts.) Ich glaube nicht entgegen dem Abg. Lenzmann, daß die Deutsche Kolonialgesellschaft einseitig Propaganda betreiben werde.

Abg. Dr. Heim (C.): Die Deutsche Kolonialgesellschaft ist ausschließlich zu dem Zweck gegründet, für unsere Kolonien Propaganda zu machen. Eine solche Gesellschaft ist keine unparteiische Stelle, der eine Auskunftsstelle übertragen werden kann. (Sehr richtig! links.) Was der Deutschen Kolonialgesellschaft recht ist, ist dem Deutschen Flottenverein billig. Wer giebt uns denn die Garantie dafür, daß im nächsten Jahre nicht der „Deutsche Flottenverein“ zu einer Propaganda für die deutsche Flotte von uns eine Beihilfe fordert. Wir dürfen nicht einer Gesellschaft, die einseitige Parteipolitik betreibt, staatliche Subvention zuwenden. (Bravo!)

Abg. Dabach (C.) schließt sich den Ausführungen des Vorredners an.

Abg. Dr. Müller-Sagan (fr. Sp.) polemisiert gegen die Ausführungen des Abg. Graf Arnim. — Es handelt sich hier darum, ob man einer Privatgesellschaft von Staatswegen eine Beihilfe gewähren darf. Ich verneine dies auf das allerentschiedenste.

Abg. Cahendy (C.): Wenn man der Deutschen Kolonialgesellschaft die 30 000 M. giebt, so kann das nur unter gewissen Bedingungen geschehen. Ich werde dieselben bei der dritten Lesung in einem Antrage formulieren.

Abg. Kaab (Antif.) spricht sich für die Bewilligung der 30 000 M. aus. Der Reichstag dürfe seine eigene Resolution nicht desavouieren. Wenn Herr Dr. Heim die Zuwendung eine Liebesgabe an die Kolonialgesellschaft nennt, so habe dieses Wort in seinem Munde eine geradezu unheimliche Bedeutung. (Große Heiterkeit.)

Hierauf schließt die Diskussion. Die Regierungsvorlage, die 30 000 Mark als dauernde Ausgabe in den Etat einzuführen, wird gegen die Stimmen der Reichspartei und einiger Rationalliberalen abgelehnt; der Antrag der Budgetkommission, die 30 000 Mark als einmalige Ausgabe zu bewilligen, angenommen. Dagegen stimmen die Sozialdemokraten, die freisinnige Volkspartei und einige Mitglieder des Centrums.

Beim Kapitel „Kolonialverwaltung“ führt

Abg. Liebermann v. Sonnenberg (Antif.) Beschwerde darüber, daß ein Feldwebel der Schutztruppe, der im Dienste invalide geworden ist, die ihm zustehende Pension nicht vollständig erhalten habe. Das Reich dürfe nicht so kleinlich sein, um diesem Mann seine berechtigten Ansprüche zu kürzen. Leider habe das Kriegsministerium die Beschwerde des Betroffenen abgelehnt.

Kolonialdirektor Dr. Stübel: Der betreffende Feldwebel ist aus der Schutztruppe ausgeschieden und in das Heer übergetreten. Die Prüfung und Erledigung seiner Ansprüche ist Sache des preussischen Kriegsministeriums. Dieses hat vor kurzem an die Kolonialverwaltung das Ansuchen gerichtet, eine dem Betreffenden noch zu zahlende Summe auf ihren Ressort zu übernehmen. Die Kolonialverwaltung hat dies abgelehnt und angeben, die Summe einstweilen aus dem allerhöchsten Dispositionsfonds zu entnehmen. Die Sache wurde also an das Kriegsministerium zurückgegeben; was daraus geworden ist, ist der Kolonialverwaltung bis jetzt nicht bekannt geworden.

Geheimrat Zwele tritt der Auffassung des Abg. Liebermann v. Sonnenberg entgegen, als ob irgend ein militärischer oder Civilbeamter schon durch seinen bloßen Eintritt in den Dienst die Pensionberechtigung erwirke. Das Reichssekretariat stehe allen berechtigten Ansprüchen mit dem größten Entgegenkommen gegenüber.

Nach weiteren Bemerkungen des Abg. Liebermann v. Sonnenberg und des Geheimrats Zwele wird das Kapitel bewilligt. Damit ist das Ordinarium erledigt.

Es folgt das Extraordinarium.

Beim Titel „Beihilfe zur Förderung der auf Erschließung Centralafrikas und anderer Ländergebiete gerichteten wissenschaftlichen Bestrebungen („Afrikafonds“) 200 000 M.“ nimmt das Wort

Abg. Dr. Daffe (natl.): Es fehlt noch an einer planmäßigen Erforschung des Lebens der Eingeborenen in Afrika. Ein junger Gelehrter, Frobenius, hat kürzlich der Kolonialverwaltung eine darauf gerichtete Arbeit vorgelegt, die ich zur wohlwollenden Prüfung empfehlen möchte.

Der Titel wird bewilligt.

Ein weiterer Titel verlangt als erste Rate zum Ankauf der Grundstücke Wilhelmstr. 62 und Mauerstr. 45/46 als Dienstgebäude der Kolonial-Centralverwaltung die Summe von 1 578 000 M. — Die Kommission beantragt den Ankauf der beiden Grundstücke unter der Bedingung zur Annahme zu empfehlen, daß der königlich preussische Fiskus den Einbruch von Fenstern in die Korridorwand der bezeichneten Gebäude unter der Garantie gestatte, von dieser Erlaubnis nur bei dem Auftreten zwingender Gründe zurückzutreten, und daß der Gesamtankaufspreis von 2 800 000 M. auf 2 300 000 M. ermäßigt wird. Im Fall der Annahme der letzten Bedingung soll die erste Rate von 1 578 000 M. auf 1 278 000 M. ermäßigt werden.

Verichterflatter Abg. Prinz Arenberg weist auf das inzwischen eingegangene Schreiben des Reichsfinanzlers hin, wonach die Besitzerin der Grundstücke, Prinzessin Luise von Hohenzollern, sich mit der Ermäßigung des Kaufpreises auf 2/3 Millionen Mark einverstanden erklärt und ebenso der Fiskus die Bedingung der Kommission angenommen hat.

Abg. Dr. Müller-Sagan (fr. Sp.): Ich bitte, die Position abzulehnen und auf den Ankauf dieser Gebäude zu verzichten. Die Form des Grundstücks ist so beschaffen, daß es für Reichszwecke unmöglich geeignet sein kann. Auch der Preis, den jetzt die Budgetkommission uns zu bewilligen vorschlägt, ist noch sehr teuer.

Abg. Werner (Antif.): Die Kommission hat das Grundstück bewilligt und es für geeignet befunden. Ich bitte die Summe zu bewilligen, obgleich der erzielte Abschlag von 300 000 M. nicht sehr bedeutend ist.

Abg. Veibel (Soc.): Der Teil der Gebäude, der nach der Wilhelmstraße zu gelegen ist, mag vorläufig dem gewünschten Zwecke

entsprechen, aber der zweite Teil, der nach der Mauerstraße zu liegt, wird nach meiner Meinung sich in wenigen Jahren als unzureichend herausstellen, so daß ein Neubau erforderlich werden würde, der natürlich viele hunderttausend Mark kosten würde. Die ganze Form des Grundstücks ist sehr wenig geeignet für die Zwecke eines Dienstgebäudes. Außerdem ist der Preis des Grundstückes viel zu hoch. Das Grundstück würde kaum einen Privatkauf finden, und wenn es doch einen fände, so würde dieser jedenfalls nicht mehr als 1 1/2 Millionen dafür bezahlen. Gerade in der Wilhelmstraße wird es nicht schwer sein, andre Grundstücke zu günstigeren Bedingungen zu erwerben, die besser geeignet sind für die Zwecke der Kolonialverwaltung. Wir werden daher gegen die Bewilligung der Summe stimmen.

Abg. Cahendy (C.): Die Bedenken des Abg. Veibel sind in der Budgetkommission widerlegt worden. Wir werden der Forderung zustimmen.

Damit schließt die Diskussion. Die Abstimmung über den Kommissionsantrag ist auf Antrag des Abg. Dr. Müller-Sagan (fr. Sp.) eine namentliche.

Das Ergebnis der Abstimmung ist folgendes: Für die Annahme des Kommissionsantrages stimmen 120 Abgeordnete (Konservative und Reichspartei, der größte Teil des Centrums, die Antifemiten und die freisinnige Vereinigung), dagegen 91 Abgeordnete (die Sozialdemokraten, freisinnige Volkspartei, deutsche Volkspartei, Polen und ein kleiner Teil des Centrums). Der Kommissionsantrag ist also angenommen. Die Mitteilung des Vizepräsidenten Grafen Stolberg-Wernigerode, daß das Haus beschlußfähig sei — es sind 217 Abgeordnete anwesend — wird auf der Rechten mit Beifall aufgenommen.

Der Rest des Etats des Auswärtigen Amtes wird debattelos angenommen.

Es folgt die zweite Beratung des Kolonial-Etats. Die Beratung beginnt beim Etat für Ostafrika.

Bei den einmaligen Ausgaben nimmt

Abg. Dr. Arendt (Sp.) die Ausherrungen, die er bei der Erörterung der Ausherrungen über den verstorbenen Kolonialdirektor Dr. Kayser gethan hat, auf Veranlassung der Witwe des Verstorbenen zurück. Sein Gewährsmann habe sich im Irrtum befunden. Es sei falsch, daß Herr Kayser zu Ungunsten von Dr. Karl Peters Angaben verschwiegen habe, die ihm Bischof Luder persönlich mitgeteilt habe. Redner fährt fort: Ich muß es aber auf das weiteste von mir abweisen, daß mein Vorgehen, wie es die „Kölnische Zeitung“ gethan hat, irgendwie in Vergleich gestellt wird mit dem Verhalten des Abg. Veibel betreffs des Ausherrbriefes. Die „Kölnische Zeitung“ schrieb: „Der Abg. Dr. Arendt hätte sich seinen Gegner Veibel zum Muster nehmen sollen, der seinen Irrtum vor dem Reichstags-Tribunal aus offen und ehrlich eingestanden hat.“ Fürst Bismarck hat bekanntlich einmal die „Kölnische Zeitung“ das schäblichste Blatt der Welt genannt. Der „Vorwärts“ druckte damals den Artikel der „Kölnischen Zeitung“ ab unter dem Titel: „Der alte ehrliche Arendt.“ (Große Heiterkeit.) Der Vorwurf des „Vorwärts“, daß ich mich eines groben parlamentarischen Verschuldens schuldig gemacht hätte, ist aber ganz ungerichtet. Der Brief meines Gewährsmannes liegt zu jeder Zeit jedem Mitglied bereit.

Abg. Dr. Paasche (natl.): Ich kann dem Abg. Dr. Arendt mit seinem Angriff auf die „Köln. Ztg.“ nicht ganz recht geben. Dr. Arendt hatte damals, 1894, ziemlich scharfe Angriffe auf den verstorbenen Kolonialdirektor Dr. Kayser erhoben, indem er ihm vorwarf, dem Reichstag seine persönliche Bekanntschaft mit dem Bischof Luder verschwiegen zu haben. Aber gerade diese Thatfache hatte Dr. Kayser dem Reichstag schon vorher mitgeteilt. Dr. Arendt hätte danach alle Veranlassung gehabt, heute seine Vorwürfe gegen Dr. Kayser ohne weitere Einschränkung zurückzunehmen.

Abg. Dr. Arendt (Sp.): 1894 mußte ich auf Grund des mir zugegangenen Materials annehmen, zu meinen Angriffen auf Dr. Kayser berechtigt zu sein. Die Ausführungen des Abgeordneten Dr. Paasche waren durchaus überflüssig.

Damit schließt die Debatte. Der Titel wird bewilligt. Ebenso eine Reihe weiterer Titel. Es folgt die Etatsposition, die zur Fortführung der Eisenbahn Tanga-Korogwe (Ufambaraabahn) bis Rombo als erste Rate 1 550 000 M. fordert.

Die Budgetkommission beantragt die Streichung dieses Titels, während ein Antrag Dr. Arendt (Sp.) als erste Rate 950 000 M. bewilligen will.

Kolonialdirektor Dr. Stübel: Ich bitte um Annahme des Antrags Dr. Arendt.

Abg. Richter (fr. Sp.): Das Engagement des Reichstags erstreckt sich in jedem Fall auf den Bau der ganzen Bahn, wozu wir diesmal nur die erste Rate bewilligen sollen. Alle Ausgaben, die wir jetzt noch etwa bewilligen, fallen auf eine Erhöhung der Materialarbeiten. Das möchte ich besonders den Herren zu Gemüte führen, die bei jeder Gelegenheit über diese Erhöhung klagen. Nehmen Sie den Antrag Arendt ab! (Beifall links.)

Staatssekretär Freiherr v. Nöthfosen: Es giebt keine verkehrtere Eisenbahnpolitik in Ostafrika als die Unterbrechung einer Eisenbahnlinie, die später aller Wahrscheinlichkeit nach doch weiter geführt werden muß. Es ist weit besser, die Bahn, wenn auch in langsamem Tempo, weiterzuführen, als die Arbeiten jetzt liegen zu lassen.

Abg. Dr. Arendt (Sp.): Abg. Richter hat gemeint, mit der Annahme meines Antrags würde der Reichstag sich für den Bau der ganzen Bahn festlegen und die Kosten dafür könne er jetzt nicht bewilligen. Ich meine, die geforderte Summe ist eine so kleine, daß sie im Etat des Deutschen Reiches fast keine Rolle spielt. Wollten wir hier sparen, so würden wir an ganz fallcher Stelle sparen. (Lachen links.) England hat bereits in Afrika 21 000 Kilometer Eisenbahnen gebaut und diesen Beispiel müssen wir folgen. Wenn wir jetzt unsere ganze Kolonialpolitik vernachlässigen wollen, so könnten wir ja gleich dem Beispiel Hannibal Fischers folgen, der die deutsche Flotte an den Reißbrettern verfertigte. (Lachen links.) Auch ich glaube, daß in den Kolonien nicht alles so ist, wie es sein sollte. Die uns vorgelegte Denkschrift ist so abgefaßt, daß man auf die Vermutung kommen könnte, sie sei von einem Kolonialfeind geschrieben. (Beifall rechts.)

Abg. Werner (Antif.) spricht sich für den Antrag Dr. Arendt aus.

Abg. Richter (fr. Sp.): Wenn die Bahn rentabel wäre, würde auch ich solche Ausgaben für Kolonialzwecke bewilligen. Die bisher gebante Strecke aber wird nicht einmal die Betriebskosten decken. Wir belosten durch die Bewilligung dieser Bahn das Reich mit einem neuen Deficit von 3-4 Millionen Mark. Bei dem schon bestehenden Deficit würden solche Bewilligungen schließlich die Einführung der Bier- und Tabaksteuer unvermeidlich machen. Das ist die Mittelstandspolitik des Abg. Werner! Abg. Dr. Arendt meinte, er wolle an andern Kolonialausgaben sparen. Bisher haben die Herren vom Kolonialpartei immer nur dann gespart, wenn es sich um ein paar armselige Schreiber handelte. Aber möge Herr Arendt doch sein Versprechen wahrnehmen; wir sehen ja erst im Beginn der zweiten Lesung des Kolonialetats. (Heiterkeit.)

Die Begründung für den Bahnbau, daß Arbeiter beschäftigt werden müssen, ist hinfällig. Wie weit sollen wir denn bauen? Bis zum Kilimandscharo? Dann bleibt immer noch eine Strecke übrig, wo Bahnen gebaut und Arbeiter beschäftigt werden können. Der Plantagenbesitzer Wiesmahl hat in der Budgetkommission gesagt, die Bahn hätte nur Zweck, wenn sie bis Kilimandscharo fortgeführt würde. Das sind 245 Kilometer, die 30 Millionen Mark kosten. Die Bahn soll, wie ich gehört habe, ja auch dazu dienen, die Rengierde der Eingeborenen zu befriedigen, die wissen wollen, wie es an der Küste ausseht. Wo eine Bahn gewissermaßen zu Somitagnachmittags-Spreefahrten! (Große Heiterkeit.) Eine Million tollt zur Hand; dem muß endlich Einhalt gethan werden! (Bravo! links.)

Staatssekretär Freiherr v. Nöthfosen: Es handelt sich um einen Bahnbau von 44 Kilometer, das ist ungefähr die Entfernung von Berlin nach Werder a. d. Havel. Man sollte doch nicht so thun, als ob es sich um eine riesige „Afrikabahn“ handelte.

Abg. Windwald (Ant.): Man sollte den Strom der deutschen Auswanderer nach dem fruchtbareren Ufambara-Land lenken. Wie viel deutsche Bauernsöhne könnten dorthin gehen! (Lachen links.) Man schaffe in unsere Kolonien keine Bauernhöfe! (Großes Gelächter, links.) Leider ist bei der Ausbeutung unserer Kolonien das Großkapital viel zu sehr beteiligt; es macht unseren Kolonialbesitz zum Gegenstand seiner Schachergeschäfte. Es würden sich gerne viele kleine Leute bereit finden, in unsere Kolonien zu gehen, wenn sie nur mientgellich Land bekommen könnten.

Damit schließt die Diskussion. Die Regierungsvorlage, welche 1 550 000 M. forderte, wird abgelehnt gegen die Stimmen der Rationalliberalen, der Reichspartei, einiger Konservativen und des Abg. Frese (fr. Sp.).

Die Abstimmung über den Antrag Dr. Arendt, der 950 000 M. bewilligen will, ist auf Antrag des Abg. Richter eine namentliche.

Es sind anwesend 218 Abgeordnete, davon stimmen für den Antrag 98 (Konservative und Reichspartei, Rationalliberale und der Abg. Frese (fr. Sp.)), dagegen 120 Abgeordnete (die Sozialdemokraten, die freisinnige und sächsische Volkspartei, freisinnige Vereinigung, Centrum und Polen). Der Antrag ist also abgelehnt. Die Position wird nach dem Antrage der Budgetkommission gestrichen.

Darauf vertagt das Haus die Weiterberatung auf Donnerstag 1 Uhr. Außerdem: Garantievorlage für die ostafrikanische Centralbahn.

Schluß 5 1/2 Uhr.

Parlamentarisches.

Chinesische Einnahmen und Zinsanleihe.

Die Budgetkommission des Reichstags hielt Mittwoch jedenfalls die letzte Sitzung vor den Osterferien ab. Sie beschäftigte sich mit der allgemeinen Finanzierung des Etats. Vom Referenten Abg. Sped (C.) waren zwei Anträge gestellt. Der erste bezog sich auf die Finanzierung der Expedition in Ostafrika. Als Einnahme ist darin die erste Zinsrate der Entschädigung von China in Höhe von 10 998 000 M. angesetzt, außerdem Verkaufserlöse von Wertpapieren 10 000 M. und als erste Tilgungsrate der Entschädigung von China 516 824 M. Aus noch offenstehenden Krediten der Jahre 1900 und 1901, die für die Expedition nach Ostafrika bewilligt, aber nicht verausgabt sind, sind 32 738 000 M. vorhanden. Die Kommission stimmt dem Antrag des Referenten einstimmig zu, die Summe von 10 998 000 M. als Einnahme, die Summen von 516 824 M. und 32 738 000 M. als außerordentliche Deckungsmittel in den Etat einzuführen.

Zum zweiten beantragte der Referent, die im Etat vorgesehene Zinsanleihe von 35 000 000 Mark zu streichen. Diesem Antrag auf Streichung wurde nach längerer Diskussion von der Kommission mit 17 gegen 11 Stimmen Folge gegeben.

Damit war die Vorberatung des Reichshaushaltsetats von der Budgetkommission erledigt.

Kellnerinnensteuer — Tabaksteuer — Wollereien.

Die Petitionskommission des Reichstags beschäftigte sich in ihrer Sitzung am Mittwoch u. a. mit einer Petition des Vereins Münchner Kellnerinnen, welche eine gesetzliche Regelung der Arbeitsverhältnisse der Kellnerinnen verlangen. Petitionen fordern 1. nach beendeter Tagesarbeit eine Ruhezeit von mindestens 10 Stunden; 2. obligatorischen Fortbildungs-Staatsunterricht für jugendliche Kellnerinnen; 3. daß Kellnerinnen unter 16 Jahren überhaupt nicht und solche im Alter von 16-18 Jahren in der Zeit von 10 Uhr abends bis 6 Uhr morgens nicht beschäftigt werden dürfen; 4. Ausnahmen von der gesetzlichen Ruhezeit sollen höchstens an 30 Tagen im Jahre zulässig sein; 5. gesetzliche Bestimmungen, wonach Schankwirtschaften der Aufsicht weiblicher Gewerbe-Aufsichtsbeamten unterstellt werden sollen, wenn in ihnen die Bedienung durch weibliches Personal stattfindet. Endlich fordern Petitionen die Einführung einer zweijährigen Lehrzeit für Kellnerinnen. — Die Kommission beschloß, über die Forderung, die Einführung der Lehrzeit betreffend, zur Tagesordnung überzugehen, die übrigen Wünsche der Petitionären aber dem Reichsfinanzler als Material zu überweisen.

Der Magistrat und die Stadtverordneten-Versammlung zu Ohlau (Schlesien) petitionieren um Abänderung der Tabaksteuer-Gesetzes in dem Sinne, daß das Verhältnis zwischen der Besteuerung des inländischen Tabaks und der Steuer auf ausländischen Tabak wieder 1 zu 5 betragen solle, wie es vor dem Inkrafttreten des Gesetzes vom Jahre 1879 der Fall war. Jetzt verhält sich die Inlandsteuer zur Auslandsteuer wie 1 zu 1,88. — Auf Antrag Tugauer beschloß die Kommission, diese Petition der Postamt-Kommission zur Veratung zu überweisen.

Der Verband der Vereine deutscher Wollereibeamten, Westphalen und Pächter in Danzig wünscht eine größere Ausdehnung der Freiheit hinsichtlich der in Wollereien beschäftigten jugendlichen Arbeiter. Die Arbeitergesetz-Bestimmungen sollen auf Wollereien keine Anwendung finden. — Die Kommission beschloß Uebergang zur Tagesordnung.

Partei-Nachrichten.

Die Abstammung Liebknechts von Luther.

In den Dokumenten des Socialismus war kürzlich die Frage aufgeworfen worden, ob über die Abstammung Liebknechts von Dr. Martin Luther etwas Näheres bekannt sei. Genosse Verstein, der Herausgeber der Dokumente, bemerkte dazu, daß Liebknecht selbst wiederholt von dieser Abstammung gesprochen habe, daß ihn jedoch nicht bekannt sei, ob Dokumente darüber existierten. Jetzt liefert in der in Marburg erscheinenden „Christlichen Welt“ ein Herr Walter Köhler einen interessanten Beitrag zu der Frage, aus dem hervorgeht, daß die Annahme der nahen Verwandtschaft der Familie Liebknecht mit Luther eine hohe Wahrscheinlichkeit für sich hat. Er schreibt:

Liebknecht ist bekanntlich in Gießen geboren; die Familie kam dorthin mit der Berufung des Johann Georg Liebknecht als Universitätsprofessor im Jahre 1707. Von diesem Johann Georg Liebknecht nun heißt es, wie mir Herr Dr. Weder aus dem Universitäts-Archiv gütigst mitteilte, in dem offiziellen Leichenprogramm der Universität Gießen auf seinen Tod d. d. 19. September 1740:

Natus igitur et in lucem editus est noster Wasungae Hennebergiae ann. 1679 d. 23 aprilis, patre viro doctissimo Michaelae Liebknechtio, scholae trivialis illius oppidi praecoptore et collega per 53 annos bene merito, cuius maiores beato Luthero nostro consanguinitate functi fuerunt.

Zu deutsch: „Unser Liebknecht wurde geboren und ans Licht der Welt gebracht zu Wasungen im Hennebergischen am 23. April 1679. Sein Vater war der gelehrte Michael Liebknecht, Lehrer und Amtsgenosse an der Schulstube jener Stadt 53 Jahre lang, wohlverdient, dessen Vorfahren mit unsrem seligen Luther durch Verwandtschaft verbunden waren.“

Also schon jener Johann Georg Liebknecht hat um die Abstammung der Liebknechts von Luther gekümmert, allen Anschein nach durch seinen Vater; woher dieser die Kunde hat, wissen wir einstweilen nicht, wir dürfen aber ohne Bedenken die Familienrelation bis etwa zum Jahre 1650 hinaufreichen. Das wäre bis zum hundert Jahre nach Luthers Tod, also keineswegs eine schlechte Bezeugung, zumal man



annehmen darf, daß man auf eine solche Abkommenschaft zu achten pflegte. Wie man und ob wirklich ein Glied der Lutherischen Familie sich mit einem des Jüdischen Geschlechts verbunden hat, wäre noch zu ermitteln. Kobbes' Stammbaum der Familie des D. Martin Luthers (2. A. 1856) giebt keinen Fingerzeig, und eine Anfrage beim Pfarramt Wafungen brachte bisher keinen Ertrag."

**Partei-Presse.** Die Aktiengesellschaft Leipziger Buchdruckerei, Leipziger Volkszeitung, teilt mit, daß der Vorstand der Gesellschaft aus den Genossen Weitzel, Heinitz und Kaufmann besteht.

**Totenliste der Partei.** In Hamburg starb nach längerem Krankenlager der Parteigenosse Heinrich Leibold. Der Verstorbene war Mitbegründer des Verbandes der Schneider, der ihm viel verdankt. Mehr als 10 Jahre war er Gewerbegerichts-Beisitzer, und zwar schon vor der allgemeinen Errichtung der Gewerbegerichte, als in Hamburg schon ein Gewerbe-Schiedsgericht bestand. So wie Leibold der gewerkschaftlichen Organisation ohne irgend welche Unterbrechung seiner Mitgliedschaft die Treue bis zum letzten Atemzuge bewahrt hat, so treu hielt er auch zu den politischen Kämpfen und Zielen des Proletariats, zur Arbeiterbewegung im allgemeinen. Schon unter dem Ausnahme-Gesetz gehörte er der sozialdemokratischen Partei an und war auch für diese stets thätig, soweit seine Kräfte und Fähigkeiten dazu ausreichten, derselben stets neue Anhänger und Mitglieder zu gewinnen. Alle, die ihn gekannt haben, werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

### Polizeiliches, Gerichtliches usw.

**Wegen Verteilung von Druckschriften** wurden sechs Genossen in Leipzig zu je 3 Mark Geldstrafe verurteilt. Das Schöffengericht hatte sie freigeprochen, die Berufungsammer fand jedoch in der des Sonntags geschehenen Verbreitung eine öffentlich bemerkbare Arbeit.

## Aus Industrie und Handel.

**Die Allgemeine Berliner Omnibus-Aktien-Gesellschaft** hatte in ihrer Generalversammlung eine heftige Opposition zu bestehen. In Anbetracht des schlechten Abschusses wurde der Vorschlag gemacht, man möge sich mit der Neuen Berliner Omnibus-Gesellschaft einigen, um eine gegenseitige Konkurrenz zu beseitigen, hier wie dort unrentable Linien eingehen zu lassen. Die Direktion will von einer Fusion mit der Neuen Berliner Omnibus-Gesellschaft, die bereits mit Unterbilanz arbeitet, nichts wissen und nicht die Schuld an dem unglücklichen Abschluß dem niederen Tarif bei. An Dividende war nur 1 Proz. vorgeschlagen — eine Abfindung, die den Herren Aktionären ungenügend erschien, wohl umso mehr, als auch der Aufsichtsrat auf seine 12000 M. nicht verzichten wollte. Man beschloß deshalb kurzer Hand 4 Proz. zu verteilen und die Bilanz so ins Gleichgewicht zu bringen, daß die Abschreibungen auf Pferdeconto um 90 000 M. reduziert wurden. Eine etwas sonderbare Methode.

**Stahlfabrikanten-Syndikat.** Die in Köln abgehaltene Versammlung von Stahlfabrikanten beschloß einstimmig die Bildung eines Syndikats und wählte zu diesem Zwecke eine Kommission, die sofort mit den nötigen Vorarbeiten beginnen wird.

**Geschäftsberichte der Aktiengesellschaften.** Die Deutsche Effekten- und Wechselbank in Frankfurt a. M. verteilt in diesem Jahre eine Dividende von 1 1/2 Proz. (im Vorjahre 4 Proz.). — Die Deutsche Anstalt für den Handel in Eisenwaren verteilt ihren Reingewinn auf 340 945 M. (226 513 M.), Dividende 8 Proz. (8 Proz.). — Die Deutsche Treuhänder-Gesellschaft verteilt über einen Reingewinn von 281 645 M. (194 956 M.), Dividende wie im Vorjahre 15 Proz. — Der Düsseldorf-er Bankverein vertritt einen sehr unglücklichen Abschluß. Der Reingewinn beträgt 934 190 M. (1 059 881 M.) Außerdem werden 525 000 M. zu Abschreibungen auf Consozial- und Contocorrent-Conto verwendet. Dividende 4 Proz. (8 Proz.). — Die Chemische Fabrik vorm. Schering verzeichnet einen Bruttogewinn von 752 857 M. (663 322 M.) Dividende 10 Proz. (15 Proz.). — Die Terrina-Gesellschaft Großlichterfelde wirt 27 Proz. Dividende aus.

**Auswärtiger Handel der Schweiz im Jahre 1901.** Die Einfuhr der Schweiz im verfloffenen Jahre betrug 1098,1 (1900: 1111,1), die Ausfuhr 836,5 (836) Millionen Frank. Danach betrug die Einfuhr um 13 Millionen weniger als 1900, die Ausfuhr aber um 1/2 Million mehr. Die so viel besprochene Unterbilanz ist demnach von 275,1 auf 261,6 oder um 13 1/2 Millionen zurückgegangen, worüber sich alle kritischen Beurteiler der Handelsbilanz freuen werden. Dazu liegt aber um so weniger Grund vor, als der Rückgang der Einfuhr, wovon hauptsächlich Rohstoffe (Eisen und Eisenwaren für 14,4, Steinkohlen für 6,9 Millionen weniger) betroffen sind, in direktem Zusammenhang mit der Krise steht, unter der fast das ganze Land leidet. Von den Ausfuhrartikeln erwähnen wir kondensierte Milch, deren Export von 26,73 auf 28,94 Millionen Frank stieg, wovon England für die Versorgung seiner Truppen in Südafrika den Löwenanteil bezahlte.

## Gewerkschaftliches.

### Berlin und Umgegend.

**Herr Tapeziermeister Heinrich Kahlen** sendet uns folgende Mitteilung: In Nummer 53 des „Vorwärts“ vom Dienstag, den 4. d. M., bringen Sie unter der Rubrik „Gewerkschaftliches“ einen Bericht über die Lohnbewegung der Kleber, worin ausgeführt wird, daß ich gesagt haben soll: Die wirtschaftliche Misere mache es möglich, den Angriff der Kleber leicht abzuwehren, wenn die Meister nur einig sind, und dies müsse geschehen.“ Das ist nicht von mir gesagt worden. Trotz der allgemeinen Abneigung der Meister gegen Erneuerung der Tarife mit der Gehilfenchaft habe ich erklärt, daß ich für die Zukunft die Hoffnung auf eine Tarifgemeinschaft, ähnlich wie bei den Buchdruckern, zur Bekämpfung der Schwindelarbeit im beiderseitigen Interesse nicht aufgeben kann, da ich keinen anderen Ausweg wüßte, um die Auswüchse in unserem Gewerbe zu bekämpfen. Auch wurde in der Versammlung der Tarif der Kleber mit geringen Differenzen als berechtigt anerkannt. Aber wie die Verhältnisse in unserem Gewerbe liegen, übernehmen die Gehilfen selbst Arbeiten zu Preisen, die jede Tarifgemeinschaft über den Haufen werfen. Ein Beispiel möge mir gestattet werden: Obwohl ich mich sonst mit höherer Klebearbeit nicht befasse, wurde ich von einem Hausbesitzer ersucht, Offerte zu machen zum Kleben von 800 Rollen in einem großen Geschäftshause. Ich verlangte per Rolle 24 Pf.; jetzt macht ein Gehilfe die Arbeit für 25 Pf. per Rolle inklusive Meister — also 30 Proz. billiger. Daß unter diesen Umständen für einen Meister, der Steuern, Krankenkassen-, Alters- und Invaliditäts- und Berufsgenossenschafts-Beiträge bezahlen muß, jede Kalkulation aufhört, ist erklärlich. Da in unserem Beruf, namentlich zum Kleben, wenig Mittel zum Selbständigearbeiten notwendig sind, so wissen wir selbst manchmal nicht, wer eigentlich Meister und wer Gehilfe ist. Im übrigen kann Ihr Gewährsmann versichert sein, daß ich meine Haltung in wirtschaftlichen Fragen, welche meinen Beruf betreffen, meinen politischen Freunden gegenüber jederzeit verantworten werde. Mit Hochachtung H. Kahlen.

### Deutsches Reich.

**Zur Bewegung der Schneider.** In München ließ der Gewerbeichter Dr. Premes die streitenden Parteien zu sich rufen. Die Gehilfen erklärten, daß sie keinerlei Ansprüche haben, das Einigungsamt anzuerkennen, würden sich aber an den Verhandlungen beteiligen, um nachzuweisen, daß das Recht auf ihrer Seite sei. Da eine Reihe von Firmen sich an der Aussperrung nicht beteiligten, bei anderen die Arbeit wieder aufgenommen wurde, reduzierte sich die Zahl der Aussperrten auf 369 mit 312 Kindern. — In Kassel sind 200 Schneider in den Ausstand getreten. Auch nach dort ist Bezug fernzuhalten.

**Tischler als Erzieher für streikende — Steinarbeiter gesucht.** Bei der Firma Aug. Wegener in Herrenhausen bei Hannover streiken die Steinarbeiter. Die Firma sucht sich nun zu helfen,

indem sie durch Inserate „Handwerker für Fabrikgeschäft, Tischler bevorzugt“, sucht. Einige Tischler, die auf das Inserat hineinsahen, mußten dann erfahren, daß sie Streikberichterdienste verrichten sollten, indem man ihnen das Polieren und Schleifen von Marmorplatten zu dem horrenden Preise von 30 Pf. pro Stunde übertragen wollte. — Herr Wegener dürfte lediglich die Erfahrung machen, daß die Tischler genau so solidarisch denken wie die Steinarbeiter.

**Kriegerverein und Gewerkschaft.** Vom Vorstand des Kriegervereins in Heiligenhafen, Ostholstein, war an 15 Mitglieder die Aufforderung gerichtet worden, sie sollten aus ihren Gewerkschaften (Maurer- und Hilfsarbeiter-Verband) austreten, widrigenfalls sie aus den Kriegervereinen ausgeschlossen werden würden. Zwei Mitglieder, darunter ein 48er Schleswig-Holsteinischer Veteran, kamen der Aufforderung nach, die übrigen legten in einem gemeinsamen Schreiben Protest gegen das Anstehen des Vorstandes ein und sind daraufhin auf Grund eines Statutenparagraphen, der sich gegen die Sozialdemokratie wendet, ausgeschlossen worden. Die Ausgeschlossenen werden wegen der materiellen Vorteile, deren sie mit ihrer Mitgliedschaft verlustig gehen, Klage erheben.

**Während des Sammelsticker-Streiks** hatte der Genosse Paulsen als Geschäftsführer der Krefelder Filiale des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes ein Flugblatt herausgegeben, in welchem er das Treiben der Streikbrecher in drastischer aber zutreffender Weise geschildert hatte. Die sofortige Verhaftung war die Folge und mußte Paulsen sechs Wochen in Untersuchungshaft zubringen. Im Oktober vorigen Jahres verurteilte ihn die Strafkammer zu Krefeld zu zwei Monaten Gefängnis auf Grund des § 130 des Strafgesetzbuchs. (Aufzeichnung zum Klassenhof.) Auf seine Revision hat das Reichsgericht das Urteil aufgehoben und an die Vorinstanz zurückgewiesen. Das Reichsgericht hob in der Begründung seiner Entscheidung hervor, daß die Strafkammer in dem Urteil den § 130 zu Unrecht angewendet habe. Es kämen hier nicht verschiedene Bevölkerungsklassen in Betracht, sondern es handle sich um streikende und arbeitswillige Arbeiter, also um Leute, welche derselben Bevölkerungsklasse angehören. Von einem Gegensatz zwischen streikenden und nichtstreikenden Arbeitern nach § 130 des Strafgesetzbuchs könne keine Rede sein. Dem die Meinungs- und Interessenunterschiede treten dort regelmäßig nur in konkret gelagerten Fällen mit konkreten Zielen hervor und verschwinden in der äußeren Erscheinung mit Erledigung der bestimmten Streitpunkte, ohne daß das Gepräge eines dauernden Zustandes irgendwie kenntlich wird. — Die Krefelder Strafkammer wird sich also noch einmal mit dem Fall zu beschäftigen haben.

**Die Zimmermeister in Hensburg** haben alle Forderungen der Gesellen rundweg abgelehnt. Wegen der schlechten Konjunktur wollen diese für das laufende Jahr von einer Lohnbewegung absehen.

**In Greiz** schweben gegenwärtig wieder Einigungsverhandlungen, die vom Oberbürgermeister Thomas angebahnt worden sind. Schon am Sonntag konferierte derselbe mit dem Vorsitzenden der Lohnkommission und am Montagvormittag waren die Weber Dietrich, Heibel, Masche und Höhrschütz im Rathaus. Wie man erzählt, ist der neue Lohnsatz von der Kommission des Fabrikantenvereins fertiggestellt. Man will denselben aber vorläufig nicht der Öffentlichkeit übergeben. Am Dienstag haben aufs neue Besprechungen stattgefunden, an denen die oben genannten Arbeiter und seitens der Fabrikanten der Vorsitzende der Lohnkommission Wip, Direktor Möbus von Gebrüder Albert und Louis Wed teilnahmen. Welches Resultat diese Besprechungen hatten, können wir zur Zeit noch nicht mitteilen.

### Ausland.

**Zum Turiner Gasarbeiterstreik.** Das auf Veranlassung des Bürgermeisters zusammengesetzte Schiedsgericht hat bestimmt, daß von den 600 Streikenden 242 Arbeiter in den Gasanstalten unterkommen finden sollen; die übrigen sollen später eingestellt werden. Der Schiedsrichter hat in den Reihen der Streikenden große Erbitterung hervorgerufen.

## Sociales.

### Zur Ausführung des Gewerbegerichts-Gesetzes.

Die Auslegung, die die Bestimmung des Gewerbegerichts-Gesetzes über die Errichtung von Gewerbegerichten für Orte mit mehr als 20 000 Einwohnern durch den Minister Möller in seinem Erlaß vom 23. Dezember 1901 gefunden hat, wird Anlaß zu Erörterungen im Reichstage geben. Die „Arbeitsmarkt-Korrespondenz“ will wissen, daß nach einem parlamentarischen Bericht der Abg. Trimborn sich zu der Auffassung des Handelsministers zustimmend geäußert habe, und scheint darum zu befürchten, daß infolgedessen die Reichstagsverhandlungen die Absicht der Urheber des Gesetzes nicht deutlich zum Ausdruck bringen, viellecht eher zu Gunsten der Auffassung des Ministers ausfallen könnten.

Die Sachlage bei diesem Gesetz ist nicht so einfach, als daß mit der bloßen Deklaration des Willens der Urheber durch die selbst schon alles erledigt wäre. Die vom Minister den Unterbehörden erteilte Anweisung beruht ja nicht bloß auf gewagter Auslegung einer ungenau formulierten Vorschrift, sondern hat eine Gesetzesvorschrift für sich, die für sich allein betrachtet, zweifellos ist. Das gilt für den ersten Teil der Anweisung, die sich auf § 7 bezieht. Dieser Paragraph schreibt unabweislich vor, daß die sachliche Zuständigkeit des Gewerbegerichts auf bestimmte Gewerbe und die örtliche auf bestimmte Gemeindegebiete beschränkt werden kann. Das ist eine sehr unglückliche Bestimmung, die die Urheber des Gesetzes, zu denen noch mehr Leute wie der Abgeordnete Trimborn gehören, die Absicht hatten, in allen Orten, wo nach dem neuen Gesetz Gewerbegerichte errichtet werden müssen, dessen Wohlthaten allen gewerblichen Arbeitern zugänglich zu machen, ist nicht zu bezweifeln; klar ausgesprochen, namentlich im Gegensatz zum § 7, haben sie das aber nirgends. Der § 7 (früher 6) ist unerörtert und stehen geblieben als ein Zeichen ungenügender Durcharbeitung des Gegenstandes.

Sollte er in der Praxis so ausgelegt werden, wie befürchtet wird, daß man durch Beschränkung des Gerichts auf ein unerhebliches Gewerbe oder einen gewerblosen Gemeindeteil die vermuteten Absichten der Urheber durchkreuzt, so wäre das zwar eine illoyale Auslegung, aber der Wortlaut oder eine bei Schöpfung des Gesetzes ausgesprochene unabweisliche Willenserklärung hände dem nicht entgegen. Indes hat diese Vorschrift schon bisher bestanden und ist nicht in solcher Weise angewendet worden. Sollte es jetzt geschehen, dann liegt es am Reichstag. Ein Parlament, das sich seiner Würde und seiner Macht bewußt ist, hat Mittel genug, die Regierung auch an illoyale, seinen Absichten widersprechender Ausführung seiner Gesetze zu hindern — wenn es will. Ob es wollen wird, müssen wir abwarten und da würde es allerdings die Arbeiterfreundlichkeit des Centrums, das hier den Ausschlag gäbe, in schlechtem, aber nicht in neuem Lichte erscheinen lassen, wenn es Herrn Möllers Auslegung billigte.

Anderes ist es mit dem zweiten Teile der Ministerialanweisung, die sich um die Auslegung der Worte „für Gemeinden“ dreht und die Herr Möller so anwendet, daß schon durch die Errichtung eines Berg-Gewerbegerichts für Gemeinden mit mehr als 20 000 Einwohnern den Vorschriften des Gesetzes genügt sei. Das ist direkt falsch. Das läßt sich nachweisen aus der Entstehungsgeschichte des Wortes „für“. Im ursprünglichen Antrage stand „in“; so wurde er auch vom Plenum der Kommission überwiesen, die Vertreter der Regierung stimmten dem Gedanken, der darin liegt, in der Kommission ausdrücklich zu und nur aus rein äußerlichen Gründen, um bei dicht zusammengewachsenen Gemeinden Komplikationen zu vermeiden, wurde auf Wunsch des sächsischen Regierungsvertreters das Wort „in“ durch „für“ ersetzt.

Ob da der Abgeordnete Trimborn und mit ihm das ganze Centrum heute eine andre Meinung vertritt oder nicht, wäre ganz gleichgültig. Hier ist die Absicht nicht nur der Urheber des Gesetzes, sondern der Vertreter beider gegebender Faktoren schon bei der Schöpfung des Gesetzes klar zum Ausdruck gelangt. Rechtlich ist dem

Gesetz nicht genügt durch Erstreckung des Geltungsbereiches eines Gewerbegerichts oder gar eines Berg-Gewerbegerichts auf eine Anzahl weit auseinanderliegender Gemeinden mit mehr als 20 000 Einwohnern.

**Die neunstündige Ruhezeit in den Berliner Gastwirtschaften** einzuführen wird in einer von der Sachkommission der Berliner Gastwirtschaften dem Polizeipräsidenten eingereichten Petition gefordert. Die Bundesrats-Verordnung vom 23. Jan. d. J. über die Beschäftigung von Gehilfen und Lehrlingen in Gast- und Schankwirtschaften sieht bekanntlich für Gehilfen über 16 Jahre nur eine 8 stündige Ruhezeit vor. In Ziffer 1, Abs. II der Bestimmungen ist jedoch den Polizeibehörden das Recht eingeräumt, die längere Ruhezeit (die 9 stündige, die nach der Verordnung nur den Gehilfen und Lehrlingen unter 16 Jahren zugesichert ist) auch für die Gehilfen über 16 Jahre vorzuschreiben.

Von diesem Rechte Gebrauch zu machen ersucht die Sachkommission das Polizeipräsidentium und begründet dies Verlangen mit den besonderen Verhältnissen der Großstadt. Die weitest große Zahl der in Berlin beschäftigten Kellner habe ihre Wohnungen nicht bei dem Prinzipal; das Verhältnis war nach den Erhebungen der „Kommission für Arbeiterstatistik“ vom Jahre 1893 wie folgt:

Deutsches Reich Berlin	
Von je 100 Kellnern . . . . .	64,4 21,1
„ „ 100 Oberkellnern . . . . .	78,7 16,7
„ „ 100 Kellerinnen . . . . .	88,1 —

In den Berliner gastwirtschaftlichen Betrieben werde — so machen die Petenten weiter geltend — eine sehr intensive Arbeitsleistung verlangt, der Beschäftigungserfolge in der Regel in später Nachtstunde, wenn die Verkehrsinstitute (Straßenbahn etc.) ihren Betrieb bereits eingestellt haben, und so müsse die Mehrzahl der Gehilfen nach vollendeter sehr anstrengender Arbeitszeit dann noch den oft weiten Weg bis zur Wohnung zurücklegen.

Jedermann, der die aufreibende Tätigkeit der Gastwirtschaften kennt und die großstädtischen Wohnungsverhältnisse in Rechnung zieht, wird zu dem Schluß kommen müssen, daß das Verlangen der Petenten berechtigt und äußerst beschleunigt ist. Hatte doch selbst das Reichs-Gesundheitsamt in seinem Gutachten für die Gehilfen von über 16 Jahren eine achtstündige Ruhezeit — ohne die Wege nach und von der Arbeitsstätte — für notwendig erachtet. Auch in dem Entwurf der Bundesrats-Verordnung war für Städte von über 20 000 Einwohnern die neunstündige Ruhezeit vorgesehen. Wenn diese Bestimmung jetzt gefallen und es dem Ermessen der Polizeibehörde überlassen ist, die neunstündige Ruhezeit event. einzuführen, so kann es nur den Sinn haben, daß man die Einführung von den lokalen Verhältnissen abhängig machen wollte. Daß die Vorbedingungen für die Einführung der verlängerten Ruhezeit in Berlin vorliegen, dürfte zweifellos sein, und so glauben wir, daß der Polizeipräsident sich den Wünschen der Petenten kaum wird verschließen können.

### Vermittlungsverfahren in Streikfällen in der Schweiz.

Der in diesem Blatt mehrfach erwähnte unglückliche Gießerstreik in Auzwil (Kanton St. Gallen) hatte die vereinigten socialistische und demokratistische Partei des Kantons St. Gallen zu einer Eingabe an die Regierung um den Erlaß einer Verordnung, betreffend Vermittlung in Streikfällen, veranlaßt, und die Regierung hat nun unter Annahme der detaillierten Vorschläge des Gesuches eine bezügliche Verordnung erlassen. Dieselbe enthält 5 Artikel, durch welche bestimmt wird, daß in Streikfällen die Regierung den Parteien Gelegenheit zu geben habe, die Streitigkeit durch ein Vermittlungsverfahren beizulegen. Auf Verlangen eines Beteiligten wird die Regierung eine Vermittlungskommission unter dem Vorsitz eines seiner Mitglieder oder eines unbeteiligten Dritten ernennen. In wichtigen Fällen kann auch der Gemeinderat oder das Bezirksamt beim Regierungsrat die Bestellung einer Vermittlungskommission nachsuchen. Dieselbe ist berechtigt, aus der Reihe der beteiligten Arbeiter und Unternehmer Vertreter in gleicher Zahl oder auch sonstige Sachkenner heranzuziehen. Wenn es sich nur um einen Betrieb handelt, kann der Regierungsrat eines seiner Mitglieder oder einen unbeteiligten Dritten allein mit dem Vermittlungsversuch beauftragen. Für jede Partei sollen in der Regel zwei Vertreter in die Kommission gewählt werden, wobei die Vorschläge der Parteien thunlichst zu berücksichtigen sind. Die Vermittlungskommission kann sich selbst ergänzen, jedoch ist hierbei stets eine gleiche Anzahl von Arbeitgebern und Arbeitern zu ernennen. Die Beschlüsse der Kommission werden durch die absolute Mehrheit gefaßt. Das Verhandlungsprotokoll ist von sämtlichen Kommissionsmitgliedern zu unterzeichnen. Nach dem Bericht der Kommission erläßt die Regierung im „Amtsblatt“ eine Bekanntmachung unter Mitteilung der Gründe der event. Ablehnung des Verfahrens durch eine Partei, oder der Ablehnung des Vergleichsvorschlages, oder der Annahme desselben durch beide Parteien, wobei der wesentliche Inhalt des Vergleichs mitgeteilt wird.

### Die Arbeitslosigkeit in Rotterdam.

Die sozialdemokratische Partei in Rotterdam haben dieser Tage eine Zählung der Arbeitslosen vorgenommen, die hauptsächlich als Grundlage für einen in der Gemeindevertretung gestellten Antrag auf Unterstützung der Kollektenden und Schaffung von Arbeitsgelegenheit dienen sollte. Die Zählung hatte folgendes Ergebnis: Durch die Gewerkschaften wurden insgesamt 1329 Arbeitslose gezählt, von denen nahezu 600 über 3 Monate arbeitslos waren, 200 über 2, 250 über 1 Monat und nur 200 weniger als einen Monat. In anderen Erwerbszweigen wurden noch weitere 1602 Arbeitslose gezählt mit zusammen 20 097 Wochen Arbeitslosigkeit. Da aber wegen der kurzen Frist, die für die Zählung zur Verfügung stand, diese sehr unvollkommen ausgefallen ist, muß man die wirkliche Zahl der Arbeitslosen auf mindestens 4000 veranschlagen. — Die Gemeindevertretung lehnte alle zur Vinderung des Notstandes vorgeschlagenen Maßnahmen mit 84 gegen 2 Stimmen ab.

## Verfassungen.

**Nidorf.** Die außerordentliche Generalversammlung des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes nahm am 25. Februar den Bericht vom Goutag entgegen; eine Diskussion darüber fand nicht statt. Bei der Wahl eines Delegierten zum Verbandstag erhielten: Lutz Nidorf 151 und Kirchner Weissensee 4 Stimmen. Die Wahl der Delegierten zum Gewerkschaftskongress ergab für Arends 111, für Glocke 105 Stimmen. Zur letzteren Wahl wurde lebhaft Klage geführt, daß die Einladungen zur Konferenz für Auffüllung der Kandidaten an die Wahlstellen zu spät ergangen seien, und wurde eine dementsprechende Resolution angenommen. Sämtliche von der Kommission ausgearbeiteten Anträge zum Verbandstag wurden einzeln mit großer Majorität angenommen und die Stimmzettel zur Urabstimmung, betreffend „Arbeitslosenunterstützung“ verteilt.

**Reinickendorf.** Am Disputierabend am Donnerstag, den 27. Februar, wurde der Antrag des Gemeindevorstandes Schilling, betreffend die Notstandsarbeiten in der Gemeindeführung vom 24. Februar erörtert. Dabei wurde das Verhalten Schilling's als einer Aushungerung des Gemeindevorstandes gegenüber, daß unter den 625 Arbeitslosen sich Gesunde befänden, das arbeitslos wäre und auch sogenannte „Naturfischer“ darunter zu zählen seien, scharf verurteilt. Die Genossen forderten ferner, daß der „Vorwärts“ über die letzten Versammlungen nicht getraut hätte. Der Berichterstatter machte geltend, daß der „Vorwärts“ seine Spalten nur für allgemein interessierende Fragen offen halten könne.

**Samariterkursus für Arbeiter und Arbeiterinnen.** Heute abend, 9 Uhr, im Vereinslokal, Treppenstr. 45, für den Samariterkursus, sowie für den Kursus des Turnvereins Nichte: Vortrag des Zahnchirurgen Herrn Fährde über: Zahn- und Mundkrankheiten. Höre willkommen. Neue Teilnehmer können jederzeit eintreten. — Das Stützungsfest findet am 15. März im Klubhause, Kommandantenstr. 72, statt.

**Öffentliche Versammlung der Vorbereitungs- und Freizeitgehilfen** in Heinersdorf, den 27. Februar, 7 1/2 Uhr abends. Tagesordnung: Freizeit der 2 Freizeitge. Die Einführung der Hygiene in unsern Beruf. Die Aufhebung des Vertrages vor dem Einigungsamt. Ergänzungswahl der Revisionskommission.



Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonntags von 1 1/2 bis 3 1/2 Uhr abends statt.
G. 3. 1001. In Berlin giebt es Stadtfürsorgeämter; sie ziehen für die Armenverwaltung die zurückerhaltenen Unterhaltungen ein, z. B. die Kosten der Verpflegung in Krankenhäusern.

D. S. 17. Rein. - 2. Weltende. Sachverständige für Glücksspiele sind wir nicht. - Alter Abonnent Pa. 100. Sie sind im Recht und können eine Beschwerde an das Postgesetz einbringen. - P. S. 60. 1. und 2. Rein. 3. Briefträger. - A. S. 78. 1. Geburtsurkunde, die Bescheinigung über den Scheitern und die Wittensurkunde werden verlangt. 2. Eine Frau besteht nicht; melden Sie oder (später) 4 bis 6 Wochen vor der Heirat das Aufgebot an. - K. Rein. - R. O. V. Die Verletzung Auswärtiger darf dann gehindert werden, wenn der Neu-Kandidat voranschicklich der Armenpflege versalien wäre.

D. S. 4. 1. Ja. 2. Das hängt von der Höhe des Nachlasses ab. 3. Ja. 4. Rein. 5. Das ergibt das Testament: Das Vichtteil beträgt die Hälfte des gesetzlichen Teils. 6. Rein. - H. S. 367. Ja, aber Ihrem Zweck wird es entsprechen, im zweiten Testament vor "Dieses uhm." zu setzen: Meine Mutter lege ich auf den Vichtteil. - Bauer. Dies Eigentum Ihrer Frau darf nicht für Ihre Schulden.

Witterungsbericht vom 5. März 1902, morgens 8 Uhr. Table with columns: Stationen, Barometer, Windrichtung, Witterung, Wetter, Temp. n. G., Stationen, Barometer, Windrichtung, Witterung, Wetter, Temp. n. G.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Donnerstag, den 6. März. Opernhaus. Samson und Dalila. Anfang 7 1/2 Uhr. Schauspielhaus. Das große Licht. Anfang 7 1/2 Uhr. Neues Opern-Theater (Kroll). Geflossen. Schiller. Der Revisor. Anfang 8 Uhr. Deutsches. Es lebe das Leben. Anfang 7 1/2 Uhr. Berliner. Alt-Heidelberg. Anfang 7 1/2 Uhr. Festung. Rosa. Anfang 7 1/2 Uhr. Reichens. Ein galanter Richter. Vorher: Furcht vor der Schwelgermutter. Anfang 7 1/2 Uhr. Neues. Das ewig Weibliche. Anfang 7 1/2 Uhr. Wesen. Im Brunnen. Hierauf: Der Ruh. Anfang 7 1/2 Uhr. Secessionstheater. Delleo Villenconos Bunte Welt. Anfang 8 Uhr. G. v. Wolzogens Bunte Theater (Weberbr.) Anfang 8 Uhr. Schall und Rauch. Serenissima. Zwischenstücke. Anf. 8 1/2 Uhr. Trianon. Coralle u. Co. Anfang 8 Uhr. Central. Das süße Mädel. Anfang 7 1/2 Uhr. Thalia. Seine Kleine. Anfang 7 1/2 Uhr. Suisen. Der Kaperbrief. Anfang 7 1/2 Uhr. Carl Weiss. Das Jungfernhilt. Anfang 8 Uhr. Friedrich-Wilhelmstädtisches. Der Rigenmedaron. Anfang 7 1/2 Uhr. Belle-Alliance. Die Dame aus Trouville. Hierauf: Cr. Anfang 7 1/2 Uhr. Crepus. Specialitäten-Vorstellung. Anfang 8 Uhr. Chorvari. Täglich Vorstellung. Anfang 8 Uhr. Metropol. Ne feine Nummer. Specialitäten-Vorstellung. Anfang 8 Uhr. Apollo. Don Juan in der Hölle. Specialitäten-Vorstellung. Anfang 8 Uhr. Casino-Theater. Lustige Brüder. Anfang 8 Uhr. Schall und Rauch. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 8 Uhr. Reichshallen. Stettiner Sänger. Anfang 8 Uhr. Polak. Spezialitäten-Vorstellung. Die Weibchenfee. Anfang 8 Uhr. Passage-Theater. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang nachmittags 5 Uhr. Passage Panoptikum. Spezialitäten-Vorstellung. Urania. Don Juan in der Hölle. Anfang 8 Uhr. Im 4. Bild: Frauchens Geburtstagstisch. Anfang 8 Uhr. Täglich: Sternwarte.

Urania.

Tauben-Strasse 48/49. Im Theater um 8 Uhr: Frühlingstage an der Riviera. Im Hörsaal um 8 Uhr: Dr. Spies: Flüssige Luft. Invalidenstr. 57/62. Tägl. Sternwarte. Castans Panoptikum. Friedrich-Strasse 165. Neu! Präsident Roosevelt. Miss Alice Roosevelt. Neu! Italienische Konzertkapelle "Humberto" a. Venedig. Neu! Der Boerenkrieg! Riesenszenenbilder aus dem Transvaal-Kriege, nach der Natur aufgenommen.

Thalia-Theater.

Dresdenerstrasse 72/73. Abends 7 1/2 Uhr: Seine Kleine. Große Ausstattungsspiel mit Gesang und Tanz in 3 Akten. Paula Born u. G. Guido Thielscher, Gerda Wolde, Felmerding, Vansincker, Vojta, Bonnoyus. "Hab's Sie nicht den kleinen Cohn gesehen?" Sonntag, 9. März, nachm. 3 Uhr, keine Preise: Deborah. Carl Weiss-Theater. Große Frankfurterstr. 132. Preciosa. Schauspiel mit Gesang von Pius Alexander Wolff. Russt von Karl Maria von Weber. Anfang 8 Uhr. Morgen zum erstenmal: Gasparone. Sonnabendnachmittag 4 Uhr: Max und Moritz. - Abends 8 Uhr: Tod Jungfernhilt. - Sonntag nachmittags 3 Uhr: Cibello. - Sonntagabend: Gasparone.

Metropol-Theater.

Thomas, Bender, Josephi. Mit vollständig neuer prachtvoller Ausstattung. 'ne feine Nummer! Burleske Ausstattungsspiel mit Gesang und Tanz in 1 Vorspiel und 4 Bildern von Julius Freund. Im 4. Bild: Frauchens Geburtstagstisch. Anfang 8 Uhr. Bauchen über all gestattet.

Apollo-Theater.

Kolossaler Erfolg der neuen Specialitäten! The 3 Milons Martin Kettner Milly Capell 3 Avolos Sam Elton Willi Walden The Leamy-Troupe Der Kosmograph. Vorher: Don Juan in der Hölle. Anfang 8 Uhr. Deutsche Konzerthallen. An der Spandauer Brücke 3. Grösst. Vergnügungsaloka Berlin Internationale Konzerte u. Specialitäten-Vorstellung. Tägl. Anstich des "Urbock". Bockbier-Jubel u. Trubel. Ausschank: Berliner Bock-Bräuerei Bürgerl. Diner, 5 Gänge. Tägl. Matinee von 12-2 Uhr.

Central-Theater.

Heute Donnerstag, abends 7 1/2 Uhr: Das süße Mädel. Operette in 3 Akten von G. Kleinhardt. Morgen und folgende Tage: Das süße Mädel. Sonnabendnachmittags 4 Uhr, halbe Preise, jeder Schwedische hat ein Kind frei: Schwedische bei den sieben Zwergen. - Sonntag nachmittags 3 Uhr, halbe Preise: Die Gelsha. Belle-Alliance-Theater. Die Dame aus Trouville. Emil Soudermann u. G. Ferd. Worms. Migi Wittner. Nola Marion. Hierauf: Cr. Lebensbild in 1 Akt. Adèle Harwig u. Leopold Turner u. G. Anf. 7 1/2 Uhr. Morgen: Diefelbe Vorst.

Typographia.

Gesangverein Berliner Buchdrucker und Schriftgiesser. (M. des A.-S.-B.) - Chormeister: Alexander Weinbaum. Sonntag, den 16. März, in Louis Kellers Festsälen, Koppenstrasse 29: Lieder- und Kammermusik-Abend unter gütiger Mitwirkung der Konzertsängerin Käthe Ravoth (Sopran) und hervorragender Solisten vom Berl. Tonkünstler-Orchester. Nach dem Konzert: TANZ. Eintritt 50 Pf. Kinder 10 Pf. Anfang 8 1/2 Uhr. Billets a 50 Pf. sind im Bureau des Vereins Berliner Buchdrucker, Bitterstr. 88, und im Sotzsaal des "Vorwärts" zu haben. Der Vorstand.

Cirkus Renz-Konzert-Tunnel.

Karlstrasse. Karwoche 7 Uhr. Nur erstklassige Spezialitäten. J. H. Hütt. Jeden Sonnabend nach der Vorstellung: Tanz ohne Nachzahlung.

Palast-Theater.

(früher Secu-Palast) Burgstr. 22. Direktion R. Winkler u. W. Fröbel. Das neue große März-Programm! 12 neue Nummern. Großer Erfolg! Jack u. Merry, Fanny Behrens, Richards-Truppe, Charles-Trio. Fredoff. Neu! Dazu um 8 1/2 Uhr: Neu! Die Weibchenfee. Berliner Volkstheater mit Gesang in 2 Akten. Anfang 8 Uhr. Entree 50 Pf. Billet-Verkauf v. 11-1 Uhr. E. von Wolzogens Buntes Theater (Weberbr.) Köpnickstr. 68. Heute abend 8 Uhr u. a.: "Atellerpuk", "Nora-Parodie", "Zafal" von Falda, "Strohwitwe u. Strohwitwe", "Saltrisches Schattentänkele", Bozema Bradsky, Kompositionen und Begleitung Oskar Strauss.

Schall und Rauch.

(Kleines Theater) Unter den Linden 44. Donnerstag, 6. März, abds. 8 1/2 Uhr. Gastspiel von Eman. Reicher. Die Frau des anderen, Komödie in 1 Akt von Latzko. Geschlossen vom toten Rabbi, Improv. Soloscene von Eman. Reicher. Serenissima-Zwischenspiele. - Bauernkomedi. Abschiedssouper.

Indische Menagerie.

im Exerzierhaus (am Brenzlauer Thor) Voßringstrasse 1-7. Täglich 3 große Vorstellungen. 4. 6 und 8 1/2 Uhr. Dreifarbig mit Löwen, Tigern, Wölfen u. Schänen, sowie Löwen-Ringkampf und Fütterung um 4 u. 8 1/2 Uhr. Entree: I. Platz 1 R., II. Pl. 50 Pf., III. Pl. 25 Pf. Kinder unter 10 Jahren und Militär ohne Charge zahlen auf I. u. 2. Pl. die Hälfte, dem 3. Pl. 15 Pf. Die Direktion: Fröese.

Passage-Theater.

Anfang Sonntags 3 Uhr, Weekentags 5, Ende 11 Uhr. Beginn des Abendprog. 8 Uhr. Der kleine Cohn ist da! Burleske in einem Akt. Der Bajazzo und sein Kind. 16 erstklassige Spezialitäten 16.

Reichshallen.

Täglich: Stettiner Sänger. Anfang Weekent 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr. Mephisto. ca. 500 Mitwirkende. 2 Musikcorps. Große Ausstattung. Pantomime vom Hofballtänzer A. Siems. Morgen, Freitag, den 7. März, abends präcise 7 1/2 Uhr: Grosse Gala-Vorstellung mit gewechseltem Progr. und Kapiteln der oben angeführten Spezialitäten.

Berlins grösste Fischhandlung.

empfehlen wir täglich frischen Fange und täglich frischer Zufuhr in Kühlwaggons frische, geräucherter und marinierte Seefische zu bekannt billigen Preisen. Deutsche Dampffischerei-Gesellschaft, Nordsee. Dampfstation Berlin C. 22, Bahnhof Börse, Bogen 9-10. II. Filiale: Lüneburgerstr., Ecke Paulstr. Prinzessstrasse No. 30. III. Madalstr. 22, I. Schles. Bahnhof. Diese Woche: Schellfische in allen Größen 25-30 Pf. pro Pfd. Cablian auch ohne Kopf und 30-35 Pf. im Anschnitt. Seelachs 25-30 Pf. und im Anschnitt 35-40 Pf. Bratfunder, Rotzungen, Schollen, Seehecht, Knurrhahn, Austerfisch, Goldbars, Heilbutt, Tardutt, Steinbutt, Seezungen etc. gleichfalls billig. Lebende Hummer 2,80 Mk. pro Pfd. Johs. Skorezyk, Generalvertreter für Berlin.

W. Noacks Theater.

Brunnenstrasse 16. Bajazzo und seine Familie. Schauspiel in 5 Akten v. J. Wittmann. Heute: Tanzkränzen. Freitag: Verlorene Ehre.

Cirkus Busch.

Donnerstag, 6. März, abends 7 1/2 Uhr: Gr. Vorstellung. Klondike, Original-Entrée des Cirkus Busch und die neu engagierten Spezialitäten. Großer Möbelverkauf. In meinem großen Möbelspeicher und Lageräumen. Neue Königstr. 59 (alte Alexanderplatz) haben viele Wohnungs-Einrichtungen, neue und vielfachen gemessene, zum sofortigen sehr billigen Ausverkauf. Besondere Gelegenheit für Brautleute wohl noch nie dagewesen. Brautleute erhalten ein Hochzeitsgedächtnis gratis. Durch große Gelegenheits-Einkäufe, Ermäßigungen der Ladenmiete, ferner durch Selbstanfertigung künstlicher Vollermodelle und Decorationen als Zimmerdecorationen sind ich im Stande, meine hier im Stande, ganze Einrichtungen schon von 150, 200, 300 Mark zu liefern. Hochgeachtete Ausstattungen von 1000 bis zu 2000 Mark. Ganz besonders zu empfehlen ist der große Vorrat der besten gemessenen und jurischgeprüften Möbel, die fast noch ganz neu und im Preise ganz bedeutend herabgesetzt sind. Musikabend gratis und gratis. Kein Kaufzwang. Gekaufte Möbel werden 3 Monate kostenlos aufbewahrt, durch eigene Geispanne geliefert und aufgestellt. Bitte genau auf Hausnummer 59 zu achten.

Filialen.

Berlin Stettin Chausseestr. 54. Magazinstr. 2. Bellealliancestr. 98. Hohenzollernstr. 3. Wagnanzüge 24 M. 30 M. Paletots nach Mass 22 M. Gewunderwert anzusehen, welchen Vorrat ich dem werten Publikum biete. Von reinwollenen Stoffresten 9816. Befere ich den besten Wagnanzug mit Anproben unter Garantie tabellen Eines zu obigen Preisen. Engros-Resthandlung Chausseestr. 54, Bellealliancestr. 98, 1 Treppe. 1 Treppe.

Patentanwalt Dammann.

Moritzplatz 57. Kaufm. bis abends neun. 130508. Bühne W. 2 an beliebige Teilzahlung. Olga Jacobson, 145 Invalidenstr.

Stenographen-Verein.

Neuer Unterrichts-Kursus beginnt Freitag, den 7. März, im Bezirk Centrum, bei Gruppe, Annenstrasse 18. Beginn 8 1/2 Uhr abends. Die erste Stunde ist kostenfrei. Unterrichtsgeld 4 Mk. Das Lehrbuch wird gratis geliefert.

Carl Helbig, Seilgehilfe und Wagnere.

für sämtliche Reanfertigen Berlins 41118\* und Umgebung. Ufedomir. U. Eing. Wafistr. 19, I. Wer Stoff hat fertige unter Garantie tabellen Eines, guter Zustehen. Anzug 18 M. Sommerpatetot 16 M. Alexander Schmidt, Wienerstr. 1-6. Alte Stallstrasse, vorn 1 Treppe, I. Aufgang. Eingang von Stallstrasse und. Mit Stoff Anzug von 37 M. an.

Stenographen-Verein.

Neuer Unterrichts-Kursus beginnt Freitag, den 7. März, im Bezirk Centrum, bei Gruppe, Annenstrasse 18. Beginn 8 1/2 Uhr abends. Die erste Stunde ist kostenfrei. Unterrichtsgeld 4 Mk. Das Lehrbuch wird gratis geliefert.



**Achtung! 6. Wahlkreis. Achtung!**  
**(Schönhauser Vorstadt.)**  
 Sonntag, den 9. März, abends Punkt 5 Uhr, im „Jägerhaus“,  
 Schönhauser Allee 103:  
**Volks-Versammlung.**  
 Tages-Ordnung:  
 1. Vortrag des Genossen **Waldeck Manasse** über: „Ber-  
 trübnisse Götter und Götzen“. 2. Diskussion.  
 Nach der Versammlung: **Geselliges Beisammensein.**  
 Um zahlreichere Beteiligung ersucht  
 Der Vertrauensmann: **Karl Münch.**

**Beerdigungsverein Berliner Zimmerleute.**  
 Sonntag, den 9. März 1902, nachmittags 5 Uhr:  
**Mitglieder-Versammlung**  
 im Vereinslokal, Grenadierstraße 33.  
 Tages-Ordnung:  
 1. Vortrag des Herrn **Dr. J. Friedberg**, über: „Alkoholismus.“  
 2. Vereinsangelegenheiten.  
 Um zahlreicheres Erscheinen ersucht  
 Der Vorstand.

**Verein abst. Arbeiter und Arbeiterinnen Berlins.**  
 Heute, Donnerstag, den 6. d. M., abends 8 Uhr,  
 in den Krminhallen, Kommandantenstr. 20:  
**Vortrag.**  
 Die Mäßigkeit, die gefährlichste Form des Alkoholismus.  
 Diskussion. Bereinigungsangelegenheiten.  
 Gäste willkommen.  
 Der Vorstand.  
 NB. Das Vereinsorgan „Der Abstinenz“ sowie Statutenbücher werden  
 in dieser Versammlung ausgegeben.

**Steinarbeiter.**  
 Freitag, den 7. März, abends 8 Uhr, im „Englischen Garten“,  
 Alexanderstraße 70:  
**Öffentliche Versammlung.**  
 Tages-Ordnung:  
 1. Bericht vom Gesellenausschuss über die weiteren Tarifverhandlungen.  
 2. In welcher Krankenkasse versichern wir uns?  
 Um zahlreicheres Erscheinen ersucht  
 Der Vertrauensmann.

**Achtung! Achtung!**  
**Mitglieder des Arbeitervereins.**  
 Die **ordentliche Mitglieder-Versammlung** findet nicht  
 am Donnerstag, den 6. März, sondern am **Donnerstag, den 13. März**  
 im Gewerkschaftslokal, Engel-Ufer 15, Saal 5, statt.  
 Der Vorstand, J. H.: Rob. Ahrens.

**Zur Ballsaison. Für Vereine und Gesellschaften.**  
 Cotillon, Masken, Zauber-, Scherz-Artikel, Damen-  
 spenden, Polonaise-Dekorationen.  
**Paul Schimlick, Festlichkeitsbedarf,**  
 Fal. Via, 11873. Berlin, Friedrichstraße 235.

Wichtig bei Capitalanlagen ist die  
**Berliner Finanz- und Handelszeitung**  
 XIII. Jahrgang Berlin SW., Hafenplatz 4 XIII. Jahrgang  
 best informiert, dreimal wöchentlich erscheinendes Finanzblatt.  
 Anfragen der Abonnenten über in- u. ausländische Wertpapiere  
 werden im „Briefkasten“ eingehend beantwortet.  
 Abonnementspreis Mark 3.00 pro Quartal.  
 Die Zeitung wird einen ganzen Monat hindurch auf  
 Verlangen gratis und franco zugesandt.

**Das beliebteste aller Hustenmittel**

**IV. Wahlkreis, Osten.**  
 Sonntag, den 9. März 1902:  
**Großes März-Vergnügen**  
 in L. Kellers Festsälen, Koppenstrasse 29,  
 bestehend in  
**Konzert, Gesangsaufführungen, Theater-Vorstellung.**  
 Kultrieren der Gesellschaft **Strzelewicz.**  
 Nachdem: **Tanz.**  
 Herren, welche daran teilnehmen, zahlen 50 Pfennig nach.  
 Anfang nachmittags 4 Uhr. — Programm gratis. — Billet 25 Pf., an der Kasse 30 Pf.  
 Von 6 Uhr ab im kleinen Saale: **Tanz.**

**Wahlverein des 6. Berl. Reichstags-Wahlkreises.**

**Sonnabend, den 8. März 1902:**  
**13. STIFTUNGS-FEST**  
 in den Räumen des **Palast-Theaters** (früher Feen-Palast)  
 Burg- und Wolfgangstrassen-Ecke  
 bestehend in  
**Gesangs-Aufführungen und Theater-Vorstellung.**  
**Festrede**, gehalten vom Reichstags-Abgeordneten **Ledebour.**  
 Nachdem: **Tanz.**  
 Herren, welche daran teilnehmen, zahlen 50 Pf. nach.  
 Anfang präcise 8 Uhr. **Programms gratis.** **Billets 20 Pf.**  
 Der Vorstand.

**Freie Volksbühne**  
 Sonnabend, den 15. März 1902, abends 8 Uhr, im grossen Saal der  
 Brauerei Friedrichshain:  
**Lieder- und Balladenabend**  
**März-Fest**  
 unter Mitwirkung des Fräulein **Laura Detschy** und Herrn **Gustav Waschow** vom  
 Theater des Westens, Herrn **Eduard v. Winterstein** vom Lessing-Theater und des  
 Violin-Virtuosen **Max Pfizer.**  
 Recitation.  
 Zum Vortrag gelangen u. a.: **Der Arbeitsmann** von Dehmel-Strauss.  
**Belsazar**, Schumann. **Ein Studentengrab** (1848), Bunal-Federn. **Lass brausen**  
**die Räder**, Bunal-Federn. **Die rote Haube**, Schumann. **Der Tod und die**  
**Tödin**, Löwe. **Die deutsche Muse**, Plüddemann usw. usw.  
 Festmarken a 50 Pf. vom 1. März ab in allen Zahlstellen.

**8. Serie der Vorstellungen im Berliner Theater:**  
**Wilhelm Tell**  
 am Sonntag, den 16. März, 1.2. Abteilung,  
**Anfang 2 1/4 Uhr.**  
 10./11. Abtl. kommenden Sonntag 2 1/4 Uhr im **Lessing-Theater**: **Hans Rosenhagen.**  
 Der Vorstand. I. A.: G. Winkler.

**Dr. med. Schaper**  
 homöop. Arzt u. Spez.-Arzt f.  
**Haut- u. Harnleiden,**  
**Frauenkrankheiten.**  
 Königsgrünerstr. 27. Spr. 9-1. 4-7.

**Ausverkauf**  
 wegen Aufgabe des Ladengeschäfts.  
 Alle Waren im Preise ganz erheblich herabgesetzt.  
**D. Wurzel & Co., Köpnickstr. 160.**

Sind infolge des angenehmen Geschmacks und **Epigwegerichtheit = Bonbons.** Nur allein  
 der durchaus sicheren Wirkung meine echte u. zu haben  
 bei **Gustav Behm**, Berlin O., Frankfurter Allee 120. **G. R. Venzel**, Pring Gänsestr. 47 u. Hermannstr. 237,  
**Carl Ehlers**, Wiesenstraße 32, und **Otto Schulz**, Gausstraße 84, vis-à-vis der Wiesenstraße.

Als Vermählte zeigen sich ganz er-  
 gebenst an:  
 Frau **Eme. Maria Schmidt**,  
 Restaurateurin, N. Gochsbergstr. 23,  
 Karl Sauer, Nachwächter, Schullstr. 112.  
 Berlin, den 5. März 1902.

**Julius Fischer!**  
**Beiß- u. Bayerisch-Bier-Lokal.**  
 2. Wahlkreis, Zahlstelle 1  
**Boeckstr. 7.**  
 Vereinszimmer mit Billard zu  
 25 Personen. 33322\*

**Dr. Simmel, Prinzenstr. 59.**  
 Spezialarzt für **11/13\***  
**Haut- und Harnleiden.**  
 10-2, 5-7. Sonntag 10-12, 2-4.



Sehr beachtenswert!  
**Montag, den 10. März,**  
 eröffne einen  
**Serien-**  
**Verkauf**  
 besonderer Gelegenheits-Partien  
 beispieillos billiger

**Teppiche**  
 mit unbedeutenden Musterfehlern  
 Ich mache meine werte  
 Kundschaft, namentlich  
**Hotellers** und  
**Logierhausbesitzer,**  
 auf diese seltene Kaufgelegen-  
 heit ganz besonders aufmerksam.  
 NB. An Händler gebe von  
 diesen Partien nur einzelne  
 Stücke ab.

**Teppich-Specialhaus**  
**Emil Lefèvre**  
 Berlin S., Oranienstr. 158.  
 Beachten Sie gef. mein  
**Sonntags-Insert!**

**Kleine Anzeigen.**

**Verkäufe.**  
**Cellulosefabrik** an der Poststraße mit Dreifach-Planino zu verkaufen. **Annahmestrasse 8.**  
**Ornamentgeschäft**, gut gehend, Frachthälfte preiswert zu verkaufen. **Pankowstraße 32.**  
**Kolonialwaren, Obst, Gemüse**, Geschäft, verlegungslos sehr billig verkauft. **Friedenau, Nollstraße 33.**  
**600 Paar**, schön gefärbte Par-  
 zellen, Ostbahn-Barock, verkauft  
 Hausverwaltung **Brünnestraße 151.**  
**Schöne elegante Herrenhosen**  
 aus feinen Stoffen 9-12 Paar.  
 Verkauf Sonnabend und Sonntag.  
 Berlinhaus Germania, Unter den  
 Linden 21, II. **10000\***  
**Zwei Paar** vierfüßige Damen-  
 hemden, Herrenhemden 3.-. Aus-  
 stellungen sowie elegante Kesse-  
 mütter preiswert. **Waldstraße 21, Nähe**  
**Polizeiinspektion.** **139/4**  
**Teppiche** (Sehr schöne) in allen  
 Größen für die Hälfte des Wertes im  
 Teppichlager **Brühl, Poststraße 4,**  
**Bahnhof Vorie.** **111/7\***  
**Teppiche, Betten, Steppdecken,**  
**Gardinen, Kissen, Regulator,**  
**sofort billig, Verkauf nach**  
**große d. Teilschlüssen gestattet.** **1\***  
**Möbelmagazin** liefert Möbel,  
 Teppiche, Gardinen auf Teilzahlung  
 unter sehr günstigen Bedingungen.  
 Abzahlungen auf Jahre hinaus ver-  
 teilt. **Weyer, Invalidenstraße 38, an**  
**der Chausseestraße.** **8545**  
**Kanarienvogel** und Weibchen ver-  
 kauft **Prinzeßinnenstraße 12, III.**

**Gardinenhaus** Große Frankfurter-  
 straße 9, portiere. **737\***  
**Möbel-Gelegenheit.** Beim Kustor  
 Otto Riede, Wäldersstraße 25  
 (Bahnhofsvorort), sehen zum preisbilligen  
 Verkauf neue gediegene und wenig  
 gebrauchte Einrichtungen, ein Polster-  
 Sesselzimmer aus 30,00, Sofa-Teppiche  
 20,00, Zimmerteppiche 8,00, Rüsche-  
 schränke, Salongarnituren, Pianos-  
 flos, Antheilchen, Kassetten, Schreib-  
 tische, Bücherregale, Salonstühle,  
 gestufte Uebergardinen, Divanbetten,  
 Stühle, Steppdecken, Salomöbeln,  
 Blüschbeden 5,00. Verschiedene  
 Gelegenheitskäufe. Gefasstes Lager  
 ungenügend. **10058\***  
**Versorgungshalber** fünf Zimmer  
 Möbel, garantiert tadelloser, auch  
 einzeln. Brautleute nur Gelegenheits-  
 kauf. **Kuhlschloß, Berlin 25,00,**  
**Salongarnitur, Wert 150,00, für**  
**85,00, Tischset 45,00, Kuchensch-**  
**stühle 4,25, Anrichte 16,00, Salon-**  
**uhr 12,00, Salontrapez, Tisch-**  
**bestellen, komplett, 35,00, Buffet**  
**100,00, Stuhl 2,50, Gardinen, Fenster**  
**3,00, Goldschmuck 65,00, gelackter**  
**Möbelgeschäft, Berlin 50,00, Schreib-**  
**tisch, Bett, Regulator, Teppich,**  
**Trümmen 28,00, Salongarnitur**  
**65,00. Auch Sonntag. Dresden-**  
**straße 66, eine Treppe.** **10038\***  
**Teppiche** mit Porzellan-  
 fabriksüberlage Große Frankfurter-  
 straße 9, portiere. **737\***  
**Möbelwerke** mit austauschbaren  
 Rollenrollen, für Restaurateur Möbel-  
 automaaten, geringe Teilzahlung.  
**Kunzberg, Wäldersstraße 13.** **1\***  
**Gasofen!** **Brockhoff-Gasofen!**  
**3,00, Gasofen-Gasofen!** **5,00,**  
**Gas-Bratofen!** **7,00, Gas-Wärmer!**  
**Gas-Ofenapparat!** **billig!** **Wohlfahrer,**  
**Wallner-Theaterstraße gleichbedeutend.**

**Rähmaschinen,** preiswerte Be-  
 zugskasse, ohne Anzahlung, Woche  
 1,00, Lieferung nach allen Stadtteilen  
 sofort. **Vollort genügt. Wälders-**  
**bergerstraße 82\*, Köpenickerstraße**  
**Nr. 60/61.** **788\***  
**Malzfabrik,** durchlaufend für  
 Blinieren, Bräuterei, Schwächliche,  
 Gesundheitspflege, bessere Gesund-  
 heit, überaus gesund, 14 Flaschen  
 3 Mark, 1/2 Tonne 3,50 exklusive.  
 Nicht Flaschenzahl, Qualität ent-  
 scheidet. **Portiererei Klingler,**  
**Bernauerstraße 119.** **113/17\***  
**Steppdecken** billig **Habit Große**  
**Frankfurterstraße 9, portiere.** **737\***  
**Vollen Fahrräder,** erstklassige,  
 65-100, Jahresgarantie, Gebrauchte  
 20-45,00. **Schlische 2,75, Decken**  
**5,00. Tische, Bernauerstraße 21.** **9805**  
**Grünflächen** 0,75. **Waldhölzchen**  
 1,50 verkauft **Waldemarstraße 33 II.**  
**links.** **9806**

**Vermischte Anzeigen.**  
**Rechtobureau,** Teilwerkstraße  
 Hinlindviertel, Eingangsstraße, Rab-  
 erteilung. **9012\***  
**Rechtobureau** **Habich, Andreas-**  
**straße dreiundzwanzig, Rechtsfälle,**  
**Kostenlos.** **9415\***  
**Infantischen, Kragen, Eingaben,**  
**Reklamations-Puffer, Steglitzer-**  
**straße 65.** **8105**  
**Immunisier** **Hahnziechen, Brunnen-**  
**straße 42. Jährlich 9000 verschiedene**  
**Patienten. Dr. dental surgery**  
**Bilcher.** **4415**  
**Kunstkopiererei** von **Herrn Krosch,**  
**Steinwegstraße 48, Quergebäude hoch-**  
**partiere.**

**Anfertigung** eleganter Herren-  
 garderobe. Teilzahlung gestattet.  
**Maxim, Kleine Frankfurterstraße**  
**anzahl. 9365**  
**Reiseversicherung!** Wer hat über diese  
 rucksacklose Garantie unter Zeit  
 unrichtigen will, verlange die Pros-  
 pectblätter des Weltbundes gegen Si-  
 cherheit, welche unentgeltlich versendet  
 werden vom **Tierärztverein Berlin,**  
**Königsgrünerstraße 108. Postfach 10000**  
 auch Referenzen für Vorträge in  
 Arbeitervereinen über Reiseversicherung  
 bereit werden. Um gütigen Abdruck  
 wird gebeten. **1616\***  
**Goldfächer, Silber, Fahrgeld,**  
**kauft Brunnenstraße 137, Uhrmacher-**  
**laden.** **9425\***  
**Bücherantiquar** zu höchsten Preisen.  
**Wolff, Wartenstraße 101.** **130/1\***  
**Schlösser, alte Möbel** **kauft**  
**Engel, Wäldersstr. 57.** **10272\***  
**Briefmarken - Sammlung** **kauft**  
**Brak, Klopffstraße 21.** **1475**  
**Hochkalkulation** **Dramenstraße**  
 Vorlesungen empfohlen **Restaurant**  
**Emil Helm, Wäldersstraße 7, gegen-**  
**über Bahnhof.** **724\***  
**Zaun** mit **Bühne, 300 Personen**  
**schon zu vergeben, auch Sonntag,**  
**Dramenstraße 180.** **8356\***  
**Gefährliche, Interventions-,**  
**Wittlar, Steuerfächer!** Unfall-  
 Versicherung! **Stellungsgesuche, Pat-**  
**erteilung!** **Stroßkassab. Vinn-**  
**straße 36.** **139/5**  
**Gangbare** **Geschäfte** jeder Art  
 habe zum Verkauf für Berlin, auch  
 auswärtig, einzelne mit Hausverwal-  
 tung. **Käuflich (privatlich) K. Gieseler,**  
**Kandwegstraße 10/11.** **9875**  
**Kanarienvogel** **kauft, Preisangebots,**  
**Schmidstraße 31, Konopla.** **12/6**

**Mittagstisch** für Herren **Wagitz,**  
**Wäldersstraße 58, Quergeb. II.** **724**  
**Wer Stoff hat?** Fertige Herren-  
 anzüge mit Futterstoffen 15 Mark.  
**Wagner, Schneidermeister, Frank-**  
**furterstraße 59, III.** **9825\***  
**Arbeitsmarkt.**  
**Stellengesuche.**  
**Fagerhalter,** mehrere Jahre als  
 solcher im größeren Betrieb Berlin  
 tätig, branchenständig, mit dem Ge-  
 nossenschaftswesen vollständig ver-  
 traut, sucht zum 1. April oder später  
 solche oder ähnliche Stellung. Ge-  
 fällige Angebote an **Ernst Tost, Rir-**  
**dorf, Jägerstraße 42 II.** **10488\***  
**Gelernter Kaufmann,** 27 Jahre,  
 mit der Buchführung vertraut, sucht  
 dauernde Stellung irgend welcher  
 Art, auch Kaution. **Offerten K. 100,**  
**Postdam, Hauptpostlagernd.** **10468**  
**Wunder** **Engländer** **littet** um  
 Arbeit. Stühle werden zu den  
 billigsten Preisen geflochten, werden  
 abgeholt und unentgeltlich zurück-  
 geliefert. **Adresse: Wäldersstraße 27,**  
**H. Wälder.**  
**Stellenangebote.**  
**Normerlehrling** verlangt. **Alte**  
**Salobstraße 67.** **9615\***  
**Für ein größeres Ball-Lokal** Berlins wird ein erster  
**Tanzmaitre** (große Figur) gesucht. **Offerten**  
**postlagernd unter K. M. Postamt 32.** **136712\***

**1** **Verling** für **Klempner**, Gas  
 und Wasser verlangt **F. Vogt, Wälders-**  
**straße 130.** **9115**  
**Schiffwatter** verlangt **Niederwall-**  
**straße 15.** **9805**  
**Koloniarbeiterinnen** verlangt  
**B. Pfaut, Blumenstraße 74.** **10478\***  
**Achtung! Achtung!**  
**Modelltischler!**  
 Von der **Union, Electricitäts-**  
**Gesellschaft, Monbit,** sowie  
 von der **Firma Ludwig Löwe,**  
**Maschinenbau, Eckert, Fabrik**  
**industrieller Maschinen, Friedrich-**  
**berg, und Schropp,**  
**Berliner Modellfabrik, Kottbus-**  
**allee, **Jachmann, Eisenwerke,****  
**verlängerte Huttenstraße, und fami-**  
**liäre Modelltischler** aufgegeben. **Den**  
**Modelltischleren **Kurzholz,****  
**Dramenstr. 25, **Dietrich, Chaus-****  
**straße 52, **Garbe, Wäldersstr. 30,****  
**und **Horn, Charlottenburg,****  
**Bismarckstraße 106, auf Anfrage aus**  
 der „Union“ zugegangen.  
**Zuzug fernhalten!**



Die Gesetzgebung Englands und Transvaals.

Herbert Spencer, der bekanntlich zu den ausgesprochensten Gegnern des südafrikanischen Krieges zählt, regte im Jahre 1900 den Gedanken an, einen Vergleich zu ziehen zwischen der Gesetzgebung Transvaals und der Englands vor der ersten Reformbill (1832). Dieser Gedanke wurde von Mr. Edward V. Rouse, einem englischen Voerensfreund, aufgenommen und soeben ist von ihm eine Broschüre erschienen, die das Resultat des Vergleichs enthält. Mr. Rouse lebte längere Zeit in Johannesburg und war dort Vorsitzender des Gewerkschafts-Fartells (Trades-Council). Seit etwa 14 Monaten weilt er in London, redigiert das Reformblatt „New Age“ und ist in der Friedensbewegung unangesehnt tätig. Der Verfasser ist der Ansicht, daß es gar nicht nötig sei, bis auf das Jahr 1832 zurückzugehen. Die Gesetzgebung Transvaals könne zu ihrem Vorteile auch mit der zeitgenössischen Englands verglichen werden. In Folgendem geben wir einige Parallelen.

England. Transvaal.

1. Das Wahlrecht — betreffend Briten und Voeren. Beschränktes Wahlrecht, errungen nach 50 jähriger Residenz. Im Jahre 1899 belief sich die männliche Bevölkerung des Vereinigten Königreichs, die im Alter von 21 Jahren und darüber stand, auf 11 885 900. Davon waren nur 6 161 487 stimmberechtigt. Allgemeines Wahlrecht. Jeder männliche Voer erhält im Alter von 21 Jahren das volle Wahlrecht; im Alter von 18 Jahren das beschränkte Wahlrecht.

2. Das Wahlrecht — betreffend Ausländer. Bedingungen: 5 Jahre Residenz in England oder Kolonien; Naturalisationschein; Zahlung von 5 Pf. Sterl. an Naturalisationsgebühren; Gulddignung; Befähigung seitens des Staatssekretärs des Innern, der dem Naturalisierten das Wahlrecht verweigern kann. Bedingungen: 7 Jahre Residenz; 2 Pf. Sterl. an Naturalisationsgebühren; Gulddignung; jeder Ausländer, der 2 Jahre im Lande gewohnt, erhält den ersten Naturalisationschein, der ihn berechtigt, bei Unterhauswahlen zu stimmen, ebenso bei gewissen Beamtenwahlen. Kein Beamter hat ein Recht, dem Ausländer die Naturalisationspapiere zu verweigern.

3. Aufstellung der Wähler. Die Registrierung der Wähler ist sehr kompliziert und entzieht von 10 bis 25 Proz. der Wähler. Besondere Registrierung nicht nötig. Jeder Bürger oder Ausländer wird vom Feld-Kornet registriert, bei Umzug von einem Ort oder Distrikt in den andern.

4. Zahl der Stimmen. Zahlreiche Wähler mit mehreren Stimmen. Jeder Wähler nur 1 Stimme.

5. Oberhaupt des Staates. Erbliche Monarchie. Gewählter Präsident; seine Wähler sind alle registrierten Bürger im Alter von 21 Jahren.

6. Gesetzgebende Körperschaften. Ein Haus wird gewählt; das andre erblich. Beide Häuser gewählt, die die gesetzgebenden Arbeiten unter sich verteilen.

7. Dauer der Parlamentsperiode. Das Unterhaus wird auf sieben Jahre gewählt. Beide Häuser werden auf vier Jahre gewählt.

8. Erziehung. Das englische Volksschulwesen steht weit hinter dem der Vereinigten Staaten oder Deutschlands. Im Jahre 1898 — das letzte Jahr, für welches eine Schulstatistik vorhanden ist — hat Transvaal fünfmal soviel für Erziehung ausgegeben wie England.

Der Verfasser giebt noch eine ganze Reihe anderer Vergleiche, die uns die Gesetzgebung Transvaals als die einer agrarischen Demokratie zeigen. Interessant ist die Bemerkung, daß die Voerengregierung nur Civilehen anerkannte, sowie daß vor dem Aufstehen Johannesburgs es keine Pfandleihanstalten in Transvaal gab. Ihre Verfassung und ihre Thaten während der letzten zwei Kriegsjahre beweisen zur Genüge, daß die Voeren ganz nahe daran waren, eine Kulturration zu werden und daß sie die Sympathie aller Freiheitsliebenden durchaus verdienen.

Zu den Gemeindewahlen.

Zu Neuenhof hat die Gemeindevahl am Dienstag noch keine Entscheidung gebracht. Es wurden für unsere Parteigenossen Dummanix 110 Stimmen abgegeben, für den von den Grundbesitzern aufgestellten Herrn Schimmel 129 Stimmen und für den vom Gemeindevorstand aufgestellten Herrn Bernix 66 Stimmen. Somit hat zwischen unsern Parteigenossen und dem Grundbesitzerkandidaten Stichwahl stattgefunden.

Im Vororte Steglitz stiegen bei den Ergänzungswahlen zur Gemeindevorstellung in der zweiten Abteilung die Kandidaten des Grundbesitzer-Vereins Kaufmann Gerike und Hofschülermeister Richter mit 147 und 151 Stimmen über die vom Ortsverein und den „Unabhängigen“ empfohlenen Kandidaten Torpedodirektor A. D. Streifmar, der 91, und Töpfermeister Schulze, der 101 Stimmen erhielt.

Friedrichsfelde. Am Sonntagvormittag 8 Uhr findet zu den Gemeindevahlen eine Flugblattverbreitung statt. Es ist Pflicht der Parteigenossen, sich Mann für Mann daran zu beteiligen. Treffpunkt bei Loffe.

Die Gemeinderatwahl in Grünau, die gestern stattfand, endete mit dem Ergebnis, daß unser Genosse Wustrow, der 97 Stimmen erhielt, mit dem Kandidaten der Bürgerpartei Schmidt, auf welchen 111 Stimmen entfielen, in die Stichwahl kommt. Ein dritter bürgerlicher Kandidat brachte es auf 93 Stimmen.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Die nächste Lokal-Liste erscheint am Sonntag, den 23. März. Wir erlauben daher die Mitglieder der Lokal-Kommission von Berlin und Umgegend, Vorschläge und Neuauflagen bis spätestens Freitag, den 14. März, einbringen zu wollen, für „Tellow-Weestow“ an den Genossen Hermann Schliebiß in Weich, Johannisstr. 2; für „Nieder-Barnim“ an den Genossen Otto Kriebe in Friedrichsfelde, Victoriastr. 4; für „Potsdam-Ost-Havelland“ an den Genossen Albert Neue in Spandau, Jagowstraße 9; für „Diverse Orte“ an den Genossen Gustav Stein in Weitzen a. O., Frankfurterstr. 32, sowie für Berlin an den Genossen Wilhelm Hinz, Prinzenstr. 68, S. 14. Die Genossen werden ersucht, hieron Kenntnis zu nehmen und die Einwendungen umgehend zu machen, spätere Einwendungen können nicht mehr berücksichtigt werden. Gleichzeitig teilen wir den Genossen mit, daß alle Anfragen und Zusendungen nur an den Genossen Wilhelm Hinz, Berlin S. 14, Prinzenstr. 68, zu richten sind und nicht an die Redaktion des „Vorwärts“.

Die Parteiklätter der obigen Kreise werden um Abdruck ersucht. Die Lokalkommission.

6. Wahlkreis. Sonntagabend 8 Uhr findet im Kolberger Salon, Kolbergerstr. 23, eine öffentliche Versammlung statt, in welcher Herr Schütte über Robespierre sprechen wird. Nach der Versammlung: Gesellschaftliches Beisammensein. Um regen Besuch bittet Die Vertrauensperson.

Lokales.

Von der Eisenbahn-Bureaufraße. Wir hatten schon früher die in der Eisenbahn-Verwaltung herrschende Praxis gekennzeichnet, nach der bei Rückvergütung nicht ausgenutzter Fahrkarten eine Mark Schreibgebühr von den Nachsuchenden erhoben wird, so daß in vielen Fällen von dem zurückgewährten Betrage nichts mehr übrig bleibt. So ungerechtfertigt ein solches Verfahren auch ist, die Eisenbahn-Verwaltung hält nach wie vor an dieser durch nichts begründeten bureaukratischen Maßregel fest.

Am 30. Januar wollte ein Lichtenberger Einwohner vom Bahnhof Frankfurter Allee nach Fürstenwalde fahren. Ein plötzlich eintretendes Unwohlsein nötigte ihn, in Rummelsburg die Fahrt abbrechen, und er wandte sich nun auf den Rat des Stationsvorstehers an die Eisenbahn-Verkehrs-Inspektion I mit einem Gesuch um Rückerstattung des Fahrgeldes. Darauf erhielt der Mann die Antwort, daß er nach Abzug von 10 Pf. für die durchgeführte Strecke und einer Mark Schreibgebühr noch 5 Pf. zu erhalten habe, die er an der Fahrkartenkasse des Bahnhofes Frankfurter Allee erheben könne. Wenn dies binnen 5 Tagen nicht geschehe, so erfolge Inforderung durch die Post auf Kosten des Gesuchstellers. Der Betreffende teilte nun der Verkehrs-Inspektion mit, daß er die fünf Reichspfennige nicht abheben werde. Mit der Pünktlichkeit, die eine preussische Behörde ziert, erhielt der Mann umgehend sein Guthaben in Gestalt einer fünfpfennig-Marke zugesandt, wofür er allerdings noch das Porto bezahlen mußte. So hat der Mann zwar Mühe und Umstände, aber keinen Nutzen von der „Rückerstattung“ des Fahrgeldes gehabt.

Was hat nun die Eisenbahn-Verkehrs-Inspektion für eine Mark Schreibgebühr geleistet? Sie hat dem Gesuchsteller als Antwort ein gedrucktes Formular überhandt, das mit 23 geschriebenen Worten ausgefüllt und adressiert ist. Und dafür eine Mark!

Wenn die Eisenbahn-Verwaltung von ihrem ganz unbegründeten bureaukratischen Verfahren nicht lassen will, dann sollte sie wenigstens durch Anschlag an den Bahnhöfen dem Publikum davon Kenntnis geben, um Leute, welche auf Rückzahlung geringer Beträge rechnen, vor Schaden zu bewahren. Besser wäre es allerdings, der bureaukratische Jopf der Schreibgebühr würde ganz beseitigt, wenigstens in solchen Fällen, wo es sich um die Vergütung kleinerer Beträge handelt.

Der Verleumdungsprozeß Jacobi-Bernhard. Die heute vor dem Schöffengericht anstehende Verhandlung der Privatklage des Stadtverordneten Leopold Jacobi gegen den Schriftsteller Georg Bernhard und den Stadtreisenden Hermann Lewinski dürfte unter dem Drucke großer räumlicher Schwierigkeiten vor sich gehen, da sie in dem ganz kleinen Sitzungszimmer Nummer 70 stattfinden muß, welches kaum für 20 Menschen Raum bietet. Es handelt sich um einen in der Welt am Montag, am 7. Oktober 1901 unter dem Titel „Gemeindejumpf“ erschienenen und mit „Mittel“ unterzeichneten Artikel, als dessen Verfasser sich der Angell. Bernhard bekannt hat. Anknüpfend an den Tod des Stadtverordneten Aieefeld und die über den Verstorbenen unzulässigen Verdächtigungen, erinnerte der Artikel an Gerüchte, die über einen andern Stadtverordneten, J. J. in Schwange gewesen seien. Der Name des Stadtverordneten war zunächst nicht genannt, die Verantwortlichkeit war aber so deutlich gekennzeichnet, daß jeder den Stadtverordneten erkennen mußte. Als seiner Zeit unläufiges Gerücht wurde u. a. mitgeteilt, daß er einen Beitrag durch Geld wieder umgeschoben gemacht habe und daß als Vermittler bei diesem Sündenbegräbnis zwei Rechtsanwältinnen, die Namen von gutem Klang tragen, tätig gewesen seien. Das Gerücht habe ihn ferner mit Wucherern in Verbindung gebracht und behauptet, in einem Spezialfall seien einem kleinen Schneidermeister Wechselabschnitte über mehrere Tausend Mark diktiert worden gegen Herausgabe minderwertiger Ware. Dieser Mann habe durch sein Geld und seine Verwandtschaft in der Stadtverwaltung hinter dem Coulissen einen ganz bedeutenden Einfluß ausüben, er verschaffe dem kapitalistischen Einfluß in Stadtparlament Geltung, er habe am schärfsten die Verstaatlichung der Berliner Electricitätswerte bekämpft und die Stange der Berliner Straßenbahn gehalten, dann aber infolge ganz eigentümlicher verwandtschaftlicher Verhältnisse sich veranlaßt gesehen, plötzlich für die Verstaatlichung der Siemens u. Halske's Bahn aufzuwachen einzutreten. Dies der ungefähre Inhalt des Artikels, der den Stadtverordneten Jacobi zur Erhebung der Privatklage veranlaßt hat, nachdem der Staatsanwalt den Antrag, öffentliche Klage zu erheben, abgelehnt hatte. Dem neben dem Verfasser mitangeklagten Lewinski wird zur Last gelegt, daß er mit dem Artikel, der, wie gesagt, keinen Namen enthielt, bei der Rundschiff des Privatklägers umhergelaufen sei, ihn gezeigt und überall betont habe, daß zweifellos Herr Jacobi gemeint sei. Den Vorsitz des Schöffengerichts wird Amtsgerichtsrat Bagler führen, dem Privatkläger Jacobi werden Justizrat Kleinholz und Rechtsanwalt Senff als Sachwalter zur Seite stehen, die Verteidigung des Angeklagten Bernhard haben die Rechtsanwältinnen Wolfgang Heine und Hugo Caro, die des Angeklagten Lewinski hat Rechtsanwalt Morris übernommen. Es sind über 50 Zeugen geladen, eine große Reihe von Zeugen, darunter Oberbürgermeister Kirchner, Stadtv. Singer, Stadtv. Marggraf u. a. sind von der Verteidigung geladen worden. Wie zur Entlastung dieses großen Apparats das kleine Sitzungszimmer ausreichen soll, ist vorläufig noch ein Rätsel.

Auf der Tagesordnung für die Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung am Donnerstag, den 6. März d. J., nachmittags 5 Uhr, stehen u. a. folgende Gegenstände: Antrag von Mitgliedern der Versammlung, betr. die Verpflichtung der männlichen Arbeiter unter 18 Jahren zum Besuch einer Fortbildungsschule. — Berichterstatter über die Petition des Vereins der Fleischbeschauer und Fleischbeschauerinnen zu Berlin um Gewährung eines festen Einkommens und Anerkennung ihrer Beamten-eigenschaft. — Berichterstatter über die Vorlagen, betr. den Vorentwurf zum Neubau eines städtischen Amtes zur Untersuchung von Nahrungsmitteln und Genußmitteln, sowie Gebrauchsgegenständen in der Fischerstr. 39/42. — Die Uebertragung der Druckverteilung des Gemeindeblattes und der damit in Verbindung stehenden Druckkosten an die Firma Wils. Greve (Jnh. Max Pösch) auf die Dauer von 3 Jahren. — Die Genehmigung einer neuen Verordnungsordnung für die Polizeiverwaltung und die Erhöhung der Kolberger, der Verkauf des städtischen Grundstückes Kottbuser Ufer 47a. — Die Errichtung des jetzigen Sonatoriums Gättergoy als Heimstätte für brustkranke Männer und die Verlegung der Heimstätte Malchow mit brustkranken Frauen — und die Vermietung der Restaurationsräume auf dem städtischen Vieh- und Schlachthof. — Vorlagen betreffend: die Vergütung des Kaufpreises für die Aktien der Aktien-Gesellschaft Berliner elektrischer Straßenbahnen.

Die Gewerbesteuer ergab in Berlin im Jahre 1900 rund 9 Millionen Mark. Sie ist in den letzten fünf Jahren um rund 4 Millionen Mark gestiegen. 1895 ergab diese Steuer bei 144 Proz. nur 5 1/2 Millionen Mark. Für 1901 ist bei 150 Proz. nach Maßgabe der Aufschreibung auf einen dem letzten annähernd gleichkommenden Betrag zu rechnen, wobei jedoch zu bemerken ist, daß — gegenüber der Erhebung der Warenhaus-Steuer — bei den in der IV. Steuerklasse für das letzte Quartal des Steuerjahres zum Betrage von etwa 285 000 M. nicht ausgeschrieben worden ist. Eingenommen sind bis jetzt rund 8 Millionen Mark. Die Einziehung für das IV. Quartal ist noch im Gange.

Die Pläne für die nordöstliche Berliner Vorortbahn liegen jetzt, nachdem mit sämtlichen beteiligten Gemeinden wegen der Benutzung der öffentlichen Wege Verträge abgeschlossen sind, der Regierung zu Potsdam vor, die bereits die Genehmigung in Aussicht gestellt hat. Die geplante Linie beginnt an der Kirche in Französisch-Buchholz, benutz bis Pantow die Provinzialstraße, geht dann durch Heinersdorf nach Neu- und Alt-Weihensee und Neu-Hohenschönhausen, durchschneidet die Gemeinden Lichtenberg und Friedrichsberg in nord-südlicher Richtung, erreicht am Vorhagerer Wege die Gemeinde Rummelsburg und benutz schließlich bis Stralau den eisenbahn-fähigen Parallelweg an der Ringbahn. Die Unternehmer sind verpflichtet, die Bahn innerhalb 15 zum Bau geeigneter Monate nach Erteilung der behördlichen Genehmigung dem Betrieb zu übergeben.

Öffentliche Hygiene-Vorträge der Centralkommission der Krankenkassen. Die sociale Gesetzgebung ermöglicht der deutschen Arbeiterschaft in hervorragendem Maße eine Versorgung in gesundheitlicher Beziehung. Der Zweck der Gesetze wird um so mehr erfüllt werden, je mehr die Arbeiter mit den Rechten vertraut sind, welche ihnen die Gesetze verleihen. Diese Kenntnisse sollen die heutigen Vorträge vermitteln. Es wird daher ausnahmsweise in jeder Schule über ein andres Thema gesprochen werden, und zwar reden: in der Schulaula Tilsiterstr. 4/5 Herr Regierungsrat Dr. Jahn über Krankenversicherung, in der Schule Schönhauser-Allee 166 der Senatsvorsitzende im Reichs-Versicherungsamt Herr Geh. Regierungsrat Viefel über Invalidenversicherung, in der Schule Gneisenaustr. 7 Herr Regierungsrat und ständiges Mitglied des Reichs-Versicherungsamts Dr. Klein über Unfallversicherung, in der Schule Stephaustr. 27 der Senatsvorsitzende im Reichs-Versicherungsamt Herr Geh. Regierungsrat Professor Dr. Hartmann über Schutz gegen Unfallgefahr in gewerblichen Betrieben, in Schöneberg in der Schule Feuerstr. 62/63 Herr Dr. Werner Heffter über gewerblichen Arbeiterschutz. Beginn der Vorträge präcise 8 1/2 Uhr abends. Eintritt für jedermann unentgeltlich ohne Legitimation. Am Donnerstag werden auch die Karten für den Vortrag des Herrn Prof. Singer am Sonntag ausgegeben.

Sternbergs Begnadigung abgelehnt. Für den verurteilten Bankier Sternberg waren bekanntlich Ende vorigen Jahres unter der Arbeiterkassette der ihm gehörigen industriellen Unternehmungen Unterschriften für ein Gnadenersuch gesammelt worden. Wie den beteiligten Kreisen jetzt mitgeteilt wurde, hat der Kaiser das Gnadenersuch als schlagig beschieden.

Der Unglücksfall. Der sich am Freitagnachmittag voriger Woche in der Gasanstalt an der Danzigerstraße ereignet hat, scheint doch nicht so ganz ohne Verursachen der Verwaltung entstanden zu sein, wie es nach einer magistratsamtlichen Meldung den Anschein hatte. Ofen ähnlicher Art wie der zusammengestürzte, gab es früher viele; sie sind aber bis auf einige im Laufe der letzten Zeit abgerissen worden, um Ofen verbesserter Konstruktion Platz zu machen. Während des Abrisses schon getrauten sich die Maurer nicht recht in das Gewölbe des Unglücksosens hinein, da häufig Steinmassen abdröckelten. Man mußte daher wissen, daß das Arbeiten an Ofen gefährlich war. Dazu aber wurde der verhängnisvolle Fehler begangen, die Anker, welche den Ofen zusammenhielten, zu lösen und dadurch dem Mauerwerk jede Sicherheit zu nehmen. Ob hier die Schuld beim Kolier oder bei der Direktion liegt, ist nicht bekannt; auf jeden Fall war es aber eine Leichtfertigkeit, unter solchen Umständen noch Arbeiter auf dem Ofen zu beschäftigen.

Es muß noch als ein großes Glück betrachtet werden, daß der Einsturz in einem Augenblick erfolgte, wo nur drei Männer auf dem Ofen thätig waren; eine Viertelsunde vorher waren 15—20 Personen an der Unglücksstelle beschäftigt. Jetzt, wo der Unfall sich ereignet hat, ist ständig ein Assistent als Aufsichtsperson zur Stelle.

Die Mitteilung, daß der verunglückte Arbeiter Hermann Schmidt seinen Verletzungen erlegen sei, hat sich glücklicherweise nicht bewahrheitet. Schmidt lebt noch; er ist im Krankenhaus bis jetzt noch nicht wieder zur Besinnung gekommen, und ob er wiederhergestellt wird, steht noch dahin.

Ein hiesiges Privat-Kundbureau war vom Polizeipräsidenten aufgefodert worden, sämtliche dort abgegebene Fundstücke an das Polizei-Kundbureau abzuliefern nebst einer Erklärung darüber, von wem und wo die Gegenstände gefunden worden sind. Der Inhaber des Bureaus verweigerte dies und erhob Klage gegen die Verfügung im Verwaltungsstreitverfahren. In der gestrigen Verhandlung vor dem Bezirksausfuch wurde die polizeiliche Verfügung aus rechtlichen Gründen aufgehoben. Der Kläger wies nach, daß er seit Inkrafttreten des bürgerlichen Gesetzbuches nur Gegenstände in Verwahrung genommen habe, die weniger als drei Mark wert seien und somit der Meldepflicht nicht unterliegen, da ja derartige geringwertige Fundstücke nicht abgeliefert zu werden brauchen. Diejenigen Fundgegenstände, welche jedoch vor dem 1. Januar 1900 eingeliefert seien, sind durch das Gesetz, da die Auffindung länger als ein Jahr zurückdatiert, Eigentum des Finders. Der Kläger habe diese Gegenstände nur in Verwahrung und müsse sie den Findern, sobald diese dieselben reklamieren, herausgeben. Der Bezirksausfuch schloß sich dieser Auffassung des Klägers vollständig an und erklärte die Polizeiverfügung für rechtsunmöglich.

Zwei Berliner Maler, die Herren Herman Hendrich und Emil Poffart, sind bei einem Brande, der aus dem Boden des von ihnen bewohnten Hauses Friedrich Wilhelmstr. 16 ausgebrochen ist, empfindlich geschädigt worden. Die beiden Maler benutzen einen Vorderraum zur Aufbewahrung von Gemälden und Aquarellen. Der Nebenraum dient zur Aufbewahrung von allerhand Packmaterial. Am 27. Ubr begab sich ein Mädchen trotz eines Verbots statt mit einer geschlossenen Laterne mit einem offenen Licht nach diesem Vorderraum. Dem Mädchen entfiel das Licht und entzündete einen Korb mit Holzwole. Sofort stand nicht nur dieser Raum, sondern auch das Dachgebäl in Flammen. Es konnte auch von der Feuerweh, die erst von einem Portier eines andern Hauses alarmiert wurde, als die Flammen schon aus dem Dache schlugen, nicht mehr verhindert werden, daß etwa ein Duzend Gemälde und Aquarelle verbrannten. Die übrigen konnten von der Wehr in Sicherheit gebracht werden. Wenn auch die Gemälde gegen Feuergefahr versichert sind, so ist der Schaden trotzdem erheblich.

Im Circus Busch kam gestern abend während der Vorstellung der Pantomime „Alondie“ der die Rolle des Indischerhüchlings spielende Reiter Ernst Bauer Schmidt beim Bräulerprung mit seinem Pferde zu Fall und trug dabei unerblickliche Hautabschürfungen davon. Der Vorfall erregte im Publikum um so größeres Aufsehen, als es annahm, daß Bauer Schmidt den kleinen Sohn des Felden des Stückes bei dem Sprung als Beute mit sich führte. In Wirklichkeit wird das Kind durch eine Wachsnpuppe ersetzt.

Auf schreckliche Weise zu Tode gekommen ist gestern in der Vorfrischen Fabrik zu Tegel der daselbst beschäftigte Maler K. Er hatte zwischen zwei etwa 250 Centner schweren Dampfesseln zu thun. Ein anderer Arbeiter wollte nun den einen Kessel mittels einer Winde in eine andre Lage bringen. Dabei zerbrach ein Mann an der Winde und der bereits auf der einen Seite hochgehobene Kessel fiel gegen den zweiten, so daß der zwischen beiden Kesseln stehende Maler, der nicht mehr Zeit hatte, um zur Seite zu springen, durchschlägig totgedrückt wurde. Der Verunglückte wies, nachdem man ihn aus seiner gräßlichen Lage befreit hatte, noch einige Lebenszeichen auf und wurde nach dem Paul Gerhard-Stift in der Wallerstraße gebracht, doch war er bereits eine Leiche, als man mit ihm dort eintraf.

Einen furchtbaren Tod suchte in der Nacht zu gestern die 41 Jahre alte Frau des Fuhrmanns Paul Witte in der Kasanien-



Alte 24. Frau Witte ist mit ihrem 3 Jahre jüngeren Mann seit 15 Jahren verheiratet. Der Ehe sind vier Kinder von 6-14 Jahren entsprossen. Obwohl Witte ein Möbeltransportgeschäft mit zehn Pferden besitzt, betrieb seine Frau einen Kleiderwarenhandel in der Markthalle, wie es heißt, weil Witte mehr Geld für andere als für seine Familie übrig habe. Er soll ein Liebesverhältnis mit einer geschiedenen Droguistenfrau, die jetzt eine Wädchenschule betreibt, unterhalten. Am Montag soll Frau Witte ihre Nebenbuhlerin besucht und gebeten haben, von ihrem Manne abzulassen, aber ohne Erfolg. Gestern in der Nacht kam es zu einem Wortwechsel zwischen den Eheleuten. Gegen 1 1/2 Uhr erhob sich die Frau von ihrem Lager, begab sich mit Petroleum und steckte dann ihr getränktes Nachgewand mit einem Streichholz in Brand. Die Kinder riefen die Nachbarn herbei und liefen nach der Rettungswache in der Kastanien-Allee. Das ganze Haus geriet in Aufregung. Die Bewohner wettelerten, Kleidungsstücke über die Unglückliche zu werfen, um das Feuer zu erlöchen. Aber bevor das gelang, war die Frau schon am ganzen Körper schwer verbrannt. Ein Arzt der Rettungswache legte ihr einen Verband an und ließ sie nach der Charité bringen.

**Wegen Doppelsehe** ist ein Privatwächter Weber von der Kriminalpolizei festgenommen worden. Weber, der damals Arbeiter war, heiratete im Jahre 1885 in Wilmerdorf, verließ aber seine Frau bald wieder und kümmerte sich nicht mehr um sie. Zehn Jahre später ging er in Berlin ohne weiteres eine zweite Ehe ein. Nun ist aber aus der ersten Ehe ein Kind hervorgegangen, das jetzt in Fürsorge-Erziehung kommen soll. Die Nachforschungen, die deshalb nach dem Vater angestellt wurden, führten zur Entdeckung der Doppelsehe. Obwohl die erste Frau ihren Mann bestimmt erkannte, leugnete er anfangs; später legte er jedoch ein Geständnis ab. Die zweite Frau erfuhr von seiner ersten Ehe erst dann etwas, als sie sich nach dem Verbleib ihres Mannes erkundigte.

**Mit seinem Dienstgewehr erschossen** hat sich der Grenadier Hohobom von der 5. Compagnie des Königin-Augusta-Regiments. Der junge Mann war aus Kaden gebürtig und in seinem bürgerlichen Berufe Handlungsgehilfe. Was ihn zum Selbstmord getrieben hat, ist nicht bekannt.

**Dr. P. Spies** wird seinen bereits angekündigten Experimental-Vortrag „Ueber flüssige Luft“ am Donnerstagabend 8 Uhr im Orsaal der Urania in der Taubenstraße halten. Im Theater wird in dieser Woche noch der Vortrag „Frühlingsdämmerung an der Riviera“ zur Wiederholung gelangen.

**Feuerbericht.** Ein größeres Schadenfeuer kam in der Nacht zum Mittwoch Engel-Ufer 4 in der Konfektfabrik von Kurz u. Angner zum Ausbruch. Auf noch nicht ermittelte Weise waren hier Regale, Arbeitstische, Kisten und Immobilien in Brand geraten. Die Wehr hatte längere Zeit mit einem Rohre Wasser zu geben, um die Flammen zu erlöchen. Eine Betriebsstörung findet jedoch nicht statt. Kleinere Brände beschäftigten die Wehr noch in der Veteranenstr. 27 und Margarethenstr. 7.

### Aus den Nachbarorten.

**Die Polizeizustände in Spandau und die dortigen städtischen Behörden.** Man schreibt uns aus Spandau: Nachdem in der vorletzten Stadterordneten-Sitzung der Versuch der socialdemokratischen Fraktion, die durch den belamten Prozeß gegen unsere Genossen Pieper und Erga offenbarten Mängel im hiesigen Polizeiwesen einer Besprechung zu unterziehen, vom Oberbürgermeister und dem Stadterordneten-Vorsitzer vereitelt worden war, sahen sich unsere Genossen genötigt, den Antrag: „die bis jetzt städtische Polizei zu verstaatlichen“, einzubringen, um so den beabsichtigten Zweck auf einem Umwege zu erreichen. In der letzten Stadterordneten-Sitzung stand dieser Verstaatlichungsantrag auf der Tagesordnung. Der Oberbürgermeister, der sich über alle polizeilichen Dinge fast regelmäßig tiefes Schweigen anferlegt und der auch in voriger Sitzung die Verantwortung der socialdemokratischen Interpellation rundweg abgelehnt hatte, mochte inzwischen wohl eingesehen haben, daß ein ferneres Schweigen in dieser die Gemüter stark erregenden Frage unmöglich sei, und — er sprach! Nicht aber zu unserem Antrag ergriß der Polizeigewaltige das Wort, sondern bei der Vorlage vorher, die im äußersten Zusammenhange mit dem Thema stand, um zu erklären, daß es ihm nicht in den Sinn komme, an dem Urteil der Strafkammer (welches unsere Genossen von der Anklage der Polizei-Veileidigung freigesprochen hat) Kritik zu üben, aber — das selbe habe ihn doch sehr überrascht! Glücklicherweise hätten aber die Socialdemokraten durch die Verbreitung des Verhandlungsberichts als Flugblatt dafür gesorgt, daß die Zahl derer noch größer geworden sei, welchen — das Urteil nicht verständlich ist! Er hätte aus dem Prozeß die Lehre gezogen, daß seine beste Absicht in das Gegenteil verkehrt würde, und deshalb würde er in Zukunft über polizeiliche Dinge noch mehr — schweigen! Kamens der socialdemokratischen Fraktion erörterte Genosse Nieger nun ausführlich die auch im „Vorwärts“ bereits mitgeteilten Polizeizustände, wobei er dem Herrn Polizeichef ganz ungeschminkt die Wahrheit sagte und darauf hinwies, daß solche Zustände unmöglich weiter aufrecht erhalten werden könnten.

Mit keinem Wort sprach unser Genosse zu unserem Antrage; den Stadterordneten-Vorsitzer, der ihn an die Begründung mahnte, vertröstete er auf später. Stadtv. Pieper (Soc.) wies auf das verlegene Schweigen der bürgerlichen Vorklätter über diese Angelegenheit hin; am liebsten hätten sie die betreffende Kammer, welche die Freisprechung meldete, im Trauerand erscheinen lassen! Kammer zog Stadtv. Nieger, nachdem sich niemand von den bürgerlichen Stadterordneten zum Wort gemeldet hatte, unseren Antrag zurück, da dieser seinen Zweck erfüllt hätte. Dem Oberbürgermeister rief unser Genosse, von seinem Amte zurückzutreten.

**Aus Niddorf.** Der Arbeiter Alfred Wehe aus der Lausitzerstraße 10 in Berlin stürzte in der Berlinerstraße hierseits von einem Kohlenwagen und geriet unter die Räder des Letzteren. Schwer verletzt wurde der Unglückliche nach dem Krankenhaus am Urban übergeführt. — Wegen eines an einer Arbeiterfrau verübten Sittlichkeitsverbrechens wurden der former Feldler und der Arbeiter Sperling in Haft genommen. — Die Verurteilung von Rindern, welche zum Einholen von Wollen ausgeführt worden, war eine Specialität der Arbeitsbucher Billy Schulz und Gustav Heppner. Beide sind jetzt von der hiesigen Kriminalpolizei abgesetzt und in Untersuchungshaft genommen worden. — Wegen eines im Hause Jägerstraße 11 hierseits verübten Einbruchs-Diebstahls wurde der Ledearbeiter Wilhelm Fabels aus der Urbanstraße in Berlin hier festgenommen.

**Kantow.** Der Gemeinde-Haushaltsetat für das Rechnungsjahr 1902 schließt in Einnahme und Ausgabe mit 608 000 Mark ab. Das veranschlagte Vermögen des Ortes beträgt 3 261 524 Mark 60 Pf., die Schulden stellen sich auf 1 778 970 Mark. Die einzelnen Positionen liegen sich wie folgt zusammen: Einnahmen aus Kapital und Grundbesitz 3285 Mark, Gemeinde- und Amtsverwaltung 4700 Mark, Standesamt und Friedhof 12 198 Mark, Gebühren, Verleumdung usw. 8090 Mark, indirekte Gemeindefiscal 78 600 Mark. Im ganzen kommt gegen das Vorjahr eine Mehrerinnahme von 12 000 Mark heraus; die direkten Gemeindefiscal in Höhe von 449 780 Mark bringen ein Mehr von 59 700 Mark, was wohl der Erhöhung der Gemeindefiscal um 20 Proz. zuzuschreiben ist. Ausgaben sind verzeichnet: Gemeindeverwaltung 63 624 Mark, Amtsverwaltung 92 785 Mark, Schulverwaltung 141 631 Mark, Armenwesen 33 065 Mark, Feuerlöschwesen 725 Mark, Straßen- und Wegebau 8650 Mark, Straßeneinrichtung 19 600 Mark, Straßeneinigung 15 709 Mark, Arbeitslöhne 1000 Mark, Friedhöferversorgung 4250 Mark, Parochialkasten 4346 Mark, Steuerverwaltung 92 752 Mark, Kanalisation 12 200 Mark. Zur Deckung des Defizits aus den letzten Rechnungsjahren sollen 25 000 Mark verwendet werden. Hervorzuheben ist, daß die Zuschüsse aus der Gemeindekasse für die Volksschulen 111 915 Mark betragen, das bedeutet gegen das Vorjahr ein Mehr von 8415 Mark, für die Realschule bei einer

Schülerzahl von 470 beträgt der Zuschuß aus der Gemeindekasse 25 603 Mark; also ein Mehr gegen das Vorjahr von 5803 Mark.

**Die Gastwirtswitwe Weber** in Stahnsdorf, die schon tot gesagt worden war, ist jetzt auf dem Wege völliger Genesung. Die schwere Schußwunde, die ihr der Gatte vor seinem Selbstmord beibrachte, ist mit den anderen geringen Verletzungen gut verheilt.

## Gerichts-Beilage.

**Der Revolver** spielte wiederum eine unglückliche Rolle in einem Streit, welcher gestern das Schwurgericht des Landgerichts I beschäftigte. Der Körperverletzung mit tödlichem Ausgang beschuldigt, befand sich der Briefträger Otto Schmidt auf der Anklagebank. Schmidt war seit längerer Zeit mit dem Arbeiter Mathias verfeindet. Ein Bekannter teilte ihm mit, daß Mathias sich mit Nachplänen gegen ihn trage und geäußert habe, er werde dem Schmidt bei Gelegenheit ein Auge ausstechen. Von dieser Zeit an trug Schmidt stets einen geladenen Revolver bei sich. Am Abend des 22. November stand der Anklagte vor einem Hause in der Reindendorferstraße, als Mathias mit mehreren andern jungen Leuten des Weges kam. Schmidt wollte zuerst einer Vernehmung ausweichen und begab sich in einen Vorgarten, dann kam ihm aber der Gedanke, daß ihm dies als Feigheit ausgelegt werden könne und er trat wieder auf die Straße hinaus. Es kam zwischen den beiden Gegnern zu einem kurzen Wortwechsel, dann ging Schmidt zuerst dadurch zu Thäulichkeiten über, daß er dem Mathias zwei Ohrfeigen verleierte. Als nun nicht nur der Beschlagene, sondern auch dessen Begleiter Miene machten, sich auf den Angeklagten Schmidt zu stürzen, sprang dieser einige Schritte zurück, zog seinen Revolver hervor und gab einen Schuß auf den vor ihm stehenden Mathias ab. Der Betroffene sank zu Boden, die Kugel war ihm in den Unterleib gedrungen. Er ist einige Tage später an der schweren Verletzung gestorben. Der Angeklagte behauptete, daß er nur einen Schreckschuß habe abgeben wollen und deshalb die Schußwaffe gegen den Erdboden gerichtet habe. Die Anklage miltäre abgeprallt sein. Während der Staatsanwalt diese Behauptung durch die Weisaufnahme nicht für befähigt hielt und deshalb auf Schuldig unter Publizität von milderen Umständen plädierte, trat der Verteidiger, Rechtsanwalt Chodziejewski, für Freisprechung ein, indem er nachzuweisen suchte, daß dem Angeklagten weder eine vorläufige noch eine schließliche Körperverletzung zur Last gelegt werden könne. Die Geschworenen verneinten auch beide Schuldfragen, worauf die Freisprechung des Angeklagten erfolgen mußte.

**Das Urteil in der Anklage gegen Wolschall u. Gen.** ist gestern nachmittags erfolgt. Durch dasselbe wurden zunächst zwei der in zweiter Linie stehenden Angeklagten, der Fabrikant O. und der Rentner H., freigesprochen, da der Gerichtshof sie für dringend verdächtig hielt, sich gegen § 175 Str.-G.-B. vergangen zu haben, die Beweise aber doch nicht für ausreichend hält. Der Techniker H., dem das ganze Monatsgehalt durch den Angeklagten Wolschall gestohlen worden ist und der die Anzeige erstattet hat, wurde zu 1 Tag Gefängnis verurteilt. Was den Angeklagten Schauspieler Haupt betrifft, so ist ihm in zwei Fällen ein Diebstahl nachgewiesen. Es ist berücksichtigt worden, daß er bisher unbefristet war, andererseits aber auch, daß er einer guten Familie angehört und daß der Stand, dem er angehört, ihm die Schwere eines solchen Vergehens hätte recht eindringlich vor die Seele führen müssen und daß er einen erheblich tieferen moralischen Fall gethan. Er ist deshalb zu einem Jahre drei Monaten Gefängnis verurteilt worden. — In Bezug auf den Vandalendiebstahl hat der Gerichtshof zwar angenommen, daß die drei Angeklagten sich zur Begehung von Diebstählen in den beiden von ihnen gemieteten Wohnungen verbunden hatten, es hat aber in keinem Falle festgestellt können, daß sie — wie es ein Reichsgerichts-Erkenntnis verlangt — in Ausführung dieser Verbindung gemeinsam gewirkt haben. Deshalb mußte in diesem Punkte der Anklage die Freisprechung der Angeklagten erfolgen. — Wolschall ist mehrerer Diebstähle überführt und zu einem Jahre neun Monaten Gefängnis, die Wähle, die von dem unglücklichen Treiben in der Wohnung völlige Kenntnis haben mußte und aus eigennütigen Motiven handelte, zu drei Monaten Gefängnis verurteilt worden. Haupt und Wolschall wurden außerdem zu drei Jahren Ehrverlust verurteilt, Wolschall wurden sechs Monate Unterherrschaft angedroht.

## Aus der Frauenbewegung.

**Nach weiblichen Mitgliefern** sehnen sich nun auch die Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften. Bisher hatten sie den Frauen das denkbar geringste Interesse zugewendet; — trotz gelegentlicher schöner Lebensarten hielt man sich das störende und unbequeme Element des schönen Geschlechts möglichst weit vom Leibe. Doch bei den freien Gewerkschaften die Frauen schon lange als gleichberechtigte Kolleginnen in Reich und Glied mitzuzählen, konnte die Herrschaft von jener Seite nicht zur Nachahmung reizen; denn das Princip der freien Aufnahme jedes Arbeitskollegen ohne religiöse oder politische Scheu widerstrebt zu sehr den Grundfragen der Gewerkschaften. Daß aber auch die Frommen beider Konfessionen mit Blick und Erfolg die Frauen zu organisieren wissen, das hat den Herren augenscheinlich zu denken gegeben. Da sich die Sache anderwärts ansichtsreich erwiesen hat, wollen sie nun auch auf diesem Felde ernten und der Centralrat ermahnt die einzelnen Vereine und Verbände, die Berufsorganisation der gewerblich und industriell beschäftigten Frauen zu fördern. Und Dr. Hirsch selbst sagt in seinem Verbandsorgan: „Jeder wahre Gewerkschafter wird diesen Zweck als höchst zeitgemäß und notwendig bezeichnen und sich mit Herz und Hand der neuen Bewegung anschließen. Gilt es doch die endliche Durchführung des alten Gewerkschaftsgedankens, die Segnungen der Organisation auch unseren Arbeitschwestern zugänglich zu machen, sie zur Mitarbeit und damit zur namhaften Verstärkung unserer großen und guten Sache heranzuziehen.“

Warum der alte Gewerkschaftsgedanke so lange ein verborgenes Dasein geführt hat, wird uns nicht gesagt, ebensowenig, warum die Liebe zu den Schwestern so plötzliche erstand. Die Liebe, die sich erst zeigt, wenn die Aussicht, ein gutes Geschäft damit zu machen, sich hervorlockt, wirkt nicht sehr überzeugend. Vorsicht ist ja der Tadel der besseren Teil; auf die Liebe zu den Arbeitschwestern angewendet verbindet sie bisher die Gewerkschaften, von den Frauen Notiz zu nehmen, und treibt sie jetzt, nach guten Erfolgen von anderer Seite, sich an der Werbung zu beteiligen, weil ein Schaden nicht mehr zu erwarten steht. Da in diesem Monat die Agitation beginnen soll, wird sich bald zeigen, welchen Erfolg der neue Bewerber davonträgt.

Neugierig kann man sein, wie die politische Klausel gehandhabt werden wird. Müssen die eintretenden Frauen auch versichern, daß sie mit der socialdemokratischen Partei nichts zu thun haben? Oder glaubt man im Lager der Gewerkschafter, daß die Frau in der Politik eine solche Null sei, daß sich bei ihr das Forchten nach der Parteigehörigkeit überhaupt nicht lohnt? Eine Wahlstimme hat sie ja freilich nicht.

Und ist sicher: ob nun die Frau auch der politischen Zwangsmittel-Interessen wird, oder ob sie eine Sonderstellung zugewiesen erhält — beides erscheint für geistig unabhängige Arbeiterinnen berechneter, welche man zu gewinnen hofft. Oder glaubt man unter den weiblichen Arbeitern so viele fanatische Gegnerinnen der Socialdemokratie zu finden, daß man sie durch das erhebende Bewußtsein gewinnen kann, unter lauter gesinnungsbereitungen bürgerlichen Elementen zu sitzen? Wir denken und hoffen, daß jede selbständige denkende Arbeiterin es vorziehen wird, den freien Gewerkschaften anzugehören, in denen kein Unterschied des Glaubens oder Denkens gemacht, kein Verkenntnis der Ueberzeugung gefordert wird, und nur einzig die Hebung der Lage des Arbeiterstandes in leiblicher und geistiger Hinsicht alle Mitglieder der Gewerkschaft zu festem Bunde vereint.

## Versammlungen.

**Wahlverein für den schlesischen Reichstags-Wahlkreis.** In der Vereinsversammlung, die am Dienstag in Hensels Saal stattfand, hielt Wollenbühr einen Vortrag über die Arbeiter-versicherung. Nachdem der Referent die Grundzüge des Unfall-, Kranken- und Invaliden-Ver sicherungsgesetzes dargestellt und die Unzulänglichkeit derselben nachgewiesen hatte, plädierte er für einheitliche Organisation der Arbeiterversicherung und deren Ausdehnung auf die Fürsorge für Witwen, Waisen und besonders die Arbeitslosen.

Unter „Verschiedenes“ fragte ein Genosse an, ob die Behauptung wahr sei, die Wänsch in einer Versammlung der Schönhauser Vorstadt ausgesprochen hätte und die dahin geht, ihm sei der Einblick in die Abrechnung des Kreises verweigert worden, und nur aus diesem Grunde habe Wänsch nicht mit den übrigen Vertrauensleuten abgerechnet, sondern seine Ueberhörsche selbst an die Parteikasse abgeliefert. — Darauf erwiderte Freythaler: Er habe zunächst gar nicht glauben können, daß Wänsch diese Behauptung wirklich ausgesprochen habe, denn es sei doch für einen Vertrauensmann sehr blamabel, wenn er öffentlich sage, er habe keinen Einblick in die Abrechnungen des Kreises, die doch durch die Hände der Vertrauensleute des Kreises gehen. Da aber Besucher jener Versammlung bestätigt haben, daß sich Wänsch wirklich so ausgesprochen habe, wie es der Versammlungsbericht des „Vorwärts“ wiedergibt, so habe er (Freythaler) eine verächtliche Erklärung an die Redaktion des „Vorwärts“ geschickt, die aber nicht aufgenommen worden sei. Er wolle nun an dieser Stelle den Genossen die erforderliche Aufklärung geben: Was Wänsch behauptet, sei nicht richtig. Es handle sich auch nicht um die Abrechnung vom Sommerfest. Diese konnte das Komitee nicht geben, weil Wänsch bis heute noch nicht über das Sommerfest mit dem Komitee abgerechnet hat. In der Hauptsache handelte es sich vielmehr um die Regelung der von den Vertrauensleuten des Kreises gemeinsam verwalteten Kreisstoffe. Der Kreis hatte für Flugblätter, Inserate und sonstige Agitationsausgaben ein Schuldenconto von 4000 Mark zu begleichen, welches, aus dem bisherigen Brauch entsprechend, alle vier Vertrauensleute zu gleichen Teilen aus den Einnahmen ihrer Vorstände zu bedecken hatten. In einer anfangs Januar abgehaltenen Sitzung der Vertrauensleute und Revisoren seien die Rechnungen über die besagten Schulden vorgelegt worden. Gleich den andern Teilnehmern der Sitzung habe auch Wänsch Einblick in die Rechnungen genommen und sich Notizen daraus gemacht. Da aber Wänsch und ein anderer Vertrauensmann weder seine Abrechnung noch Geld zur Schuldentilgung mitgebracht hatte, so sei eine neue Sitzung zum 15. Januar festgesetzt und bestimmt worden, daß jeder Vertrauensmann seine Dezemberabrechnung und Geld mitzubringen habe. Auch Wänsch sei mit dieser Abrechnung einverstanden gewesen. Wenige Tage später habe man aus der vom Parteiführer veröffentlichten Quittung für Dezember ersehen, daß die Genossen der Schönhauser Vorstadt ihre Ueberhörsche an die Parteikasse abgeliefert hätten, ohne an die Begleichung der Kreisschulden zu denken, welche zu jener Zeit entstanden waren, als die Genossen der Schönhauser Vorstadt noch gemeinsam mit dem ganzen Kreise arbeiteten, und deshalb auch zur Deckung der gemeinsamen Schulden verpflichtet waren. — In der Sitzung am 15. Januar hatte Wänsch weder Abrechnung noch Geld mitgebracht, und auf Vorhalt bestritten, daß eine dahingehende Abrechnung in der vorigen Sitzung getroffen worden sei. Auch am 15. Januar hätten wieder Abrechnungen der Vertrauensleute, sowie die der Kreisliste zur Einsicht ausgelegt. Wänsch habe weder in dieser, noch in einer früheren Sitzung Auskunft über irgend einen Posten der Abrechnung verlangt. Es sei ganz unverständlich, wie Wänsch unter solchen Umständen öffentlich behaupten könne, ihm sei der Einblick in die Abrechnungen verweigert worden. Die Thatfache bleibe bestehen, daß die Genossen der Schönhauser Vorstadt trotz mehrfacher Aufforderung weder mit der Kreisliste, noch mit dem Komitee vom Sommerfest, noch mit dem Kassierer des Wahlvereins abgerechnet haben.

**Gegen 700 Herrenschneider** hatten sich am 4. März im großen Saale des Gewerkschaftshauses versammelt. Ritter referierte über: Lassen die Vorgänge in einzelnen Geschäften darauf schließen, daß die Unternehmer der Herrenschneiderbranche systematisch die Löhne zu drücken suchen? Redner verwies zunächst darauf, daß der letzte Streik in der Branche im Jahre 1900 die Schneidermeister zusammengedrückt habe, und daß eine, wenn auch löse Centralisation derselben sich jetzt über ganz Deutschland erstreckt. So hätten mehr denn je alle Lohnbewegungen der Kollegen Deutschlands ein über den lokalen Rahmen weit hinausgehendes Interesse. Da für dieses Frühjahr in einer ganzen Reihe deutscher Städte Lohnbewegungen vorbereitet würden, so müßten die Berliner Kollegen auf der Hut sein und mit allen Mitteln verhindern, daß der Berliner Arbeitgeberverband Streikarbeit in Berlin unterbringe. Im Laufe seiner weiteren Ausführungen erlammte Ritter an, daß die sogenannte Maßkonfektion die Herrenschneidermeister schwer bedrücke. Man könne mit Bezug auf manche Geschäftspraktiken geradezu von einem unlauteren Wettbewerbs sprechen. Es gebe Firmen in Berlin, so Cohn u. Sohn in der Niederwallstraße und Stier in der Kommandantenstraße, die für andre Geschäfte arbeiten, die dort als Maßarbeit bestellt seien, konfektionieren und fertig zu den Konfektionslöhnen herstellen. Einem solchen Treiben könnte man ganz auf Hand in Hand mit den Reizern ein Ende machen, wenn letztere sich auf einen höheren Standpunkt stellen könnten. Aber die Unternehmer der Herrenschneidererei seien noch nicht so weit. Im Gegenteil bekämpften sie lieber ihre Leute mit schwarzen Listen. Redner wies dann an der Hand zahlreicher Vorkommnisse in den einzelnen Betrieben nach, daß die Unternehmer in letzter Zeit systematisch auf einen Lohndruck hinarbeiten. Die Maßarbeit „Die deutsche Mode“ drohe zudem mit der Abschaffung der Extratarife der ersten Berliner Maßgeschäfte. Pflicht der Kollegen wäre es, immer wieder zu zeigen, daß sie in jeder Beziehung auf dem Posten seien. (Lebhafte Beifall.) — In der Debatte teilte ein Redner mit, daß die Kollegen von Tranz u. Vogl sich in einer Werkstättenversammlung mit der von der Firma geschaffenen Betriebswerkstätte beschäftigt hätten. Nur zwei hätten sich bereit erklärt, in der Werkstatt zu arbeiten. — Ein anderer Redner konnte von den Herrenschneidern der Firma Peck u. Clowenburg das Gegenteil feststellen. Die sämtlichen zu Hause beschäftigten Maßschneider dieser Firma hätten sich zum Arbeiten auf der Werkstatt gemeldet, wohingegen die Firma die Maßschneider außer dem Hause nicht in die Werkstatt nehmen wolle, sondern nach Werkstattarbeitern anncnciere. Da eine Anzahl Verbandskollegen sich geweigert haben, in Betriebswerkstätten zu arbeiten, so sollen sich damit nächsten Delegiertenstellungen besetzen.

**Im Verband für das technische Bühnenpersonal** hielt Reichstags-Abgeordneter Wollenbühr einen sehr interessanten Vortrag über: „Was müssen die Bühnenarbeiter thun, um mit den andern Arbeitern gleichzustellen?“ Zum Delegiertentag entsandte die Versammlung Kuppelbe, Müller und Feldberg. Ferner wurde beschlossen, daß das Theater des Westens und das Neue Theater die Hälfte des Ueberhörsches von ihrem Maskenball der Verbandsliste zuzunehmen lassen sollen.

**Erklärung.** In dem Versammlungsbericht des Schneider-Verbandes, Filiale Berlin, vom 16. Februar dieses Jahres, nach dem mir vorgelesen wurde, eigenmächtig mit dem Gewerbe-Inspektor eine Unterredung abgehalten zu haben, obwohl derselbe einen Vertreter des Verbandes sprechen wollte, habe ich folgendes zu bemerken: Es entspricht nicht den Thatfachen, daß der Gewerbe-Inspektor über die Forderungen der organisierten Schneider an die Gefekgebung verhandeln wollte. Es ist ferner unvahr, daß der Gewerbe-Inspektor mit einem „Vertreter der Organisation“ verhandeln wollte; es ist vielmehr richtig und den beweisbaren Thatfachen entsprechend, daß der Gewerbe-Inspektor über „einige Fragen“ betreffend Heimarbeit in der Berliner Konfektionsindustrie meine Ansicht hören wollte. — Da es mir wegen Ablehnung einer umfangreicheren Erklärung durch die Redaktion nicht möglich ist, gleich hier die Beweise für das Vorstehende anzufügen, muß ich mich mit dieser Erklärung bescheiden. E. Stoboy.